

2022



JAHRESRÜCKBLICK

Bericht - Dokumentation



Erinnern - Gedenken und Mahnen - Gegen das Vergessen

Impressum

Herausgeber:

Förderverein Gedenkstätte Steinwache-Internationales Rombergpark-Komitee e.V.
V.i.S.d.P.: Georg Deventer, Vorsitzender

Gemeinnützige Anerkennung durch das Finanzamt Dortmund-Hörde 315/5791/1487
Eingetragen ins Vereinsregister 4949 beim Amtsgericht Dortmund

Gestaltung/Textbearbeitung:

Ernst Söder, Ehrenvorsitzender des Fördervereins

Druck: Mario Fragomeli Hagen



Der Förderverein ist Mitglied der FIR



Jahresbericht für die Mitglieder des Fördervereins

Der Jahresrückblick 2022 informiert über durchgeführte Veranstaltungen und Gedenktage, die trotz Corona Bedingungen im Jahre 2022 möglich waren. Darüber hinaus enthält er historische Ereignisse und Rückblicke auf die Vereinsgeschichte und den Kampf des Dortmunder Jugendringes in den 1980er Jahren um den Erhalt der Steinwache als Mahn- und Gedenkstätte sowie den Festakt zum 30jährigen Bestehen der Steinwache, am 31.10.22. Letztendlich beinhaltet der Bericht die Ergebnisse der diesjährigen Mitgliederversammlung, in der ein neuer Vorstand gewählt worden ist.

Wie immer gibt es einige historische Dokumente über die Geschichte und die Verbrechen der Nationalsozialisten, die nicht in Vergessenheit geraten dürfen, wie beispielsweise die Wannseekonferenz 1942 und die Vernichtung und Verbrechen von Lidice.

Völlig überrascht wurden wir durch den Überfall russischer Streitkräfte auf die Ukraine am 24. Februar 2022. Auch dazu haben wir einige Anmerkungen gemacht.

Wir beschreiben die Veranstaltungen anl. des Holocausttages am 27. Januar, die Ergebnisse der Gedenkveranstaltungen in der Karwoche (Bittermark usw.) die Veranstaltung zum Überfall auf die Sowjetunion im Jahre 1941 sowie den Antikriegstag am 1. September 2022, und weitere Aktivitäten.

> s. Inhaltsverzeichnis Seite 4 <

E.S.

Vorwort des Vorsitzenden

Liebe Vereinsmitglieder, liebe Freundinnen und Freunde des Fördervereins,



wir legen hiermit unseren Geschäftsbericht für das 2022 vor, der die Arbeit des Vorstandes und die Vereinsaktivitäten des vergangenen Jahres dokumentiert. Wir informieren über die vielfachen Unternehmungen und Aktionen, die wir als Förderverein durchgeführt bzw. uns an Projekten Dritter beteiligt haben. Auch 2022 stand weiterhin unter den Auswirkungen der Corona-Pandemie (seit März 2020) und den Kontaktbeschränkungen und Vorsichtsmaßnahmen, doch Begegnungen im öffentlichen Raum konnten immer mehr durchgeführt werden.

Vielfache Aktivitäten ergaben sich aus den alljährlich wiederkehrenden Veranstaltungen, wie beispielsweise das Gedenken in der Bittermark, auf dem Internationalen Friedhof, beim Antikriegstag am 1. September sowie mittlerweile auch am 08. Mai zum Tag der Befreiung 1945. In diesem Bericht werden wir im Einzelnen in Wort und Bild berichten und auch geschichtsrelevante Ereignisse beschreiben.

Der 24. Februar dieses Jahres wird in den Geschichtsbüchern mit dem völkerrechtswidrigen Überfall der russischen Föderation auf die Ukraine verbunden bleiben. Die multipolaren Wunschvorstellungen Putins und seiner Generäle zur Rückkehr nach einem großrussischen Reich sowie der geopolitische Absolutismus der US-Außenpolitik - sei es unter republikanischer oder auch demokratischer Präsidentschaft – heute nur mit „besseren Manieren“ – sind für den Rest der Welt von Übel und Ursachen permanenter Völkerrechtsbrüche dieser und weiterer Großmächte.

Heute, am Ende des Jahres 2022, sind wir in großer Sorge über die Fortsetzung der militärischen Eskalation und der Gefahr eines Atomkrieges. Die Rückkehr zu Diplomatie und Verhandlungen ist unabdingbar. Die Kriegsparteien sind aufgerufen, die Vermittlungs- und Dialogangebote der Vereinten Nationen und verschiedener Staaten anzunehmen. Das schreckliche Leid der Zivilbevölkerung in der Ukraine und die vielen toten jungen russischen wie ukrainischen Soldaten und das Leid ihrer Familien muss ein Ende haben.

Jeder weitere Tag des Krieges, jegliche weitere schwere Waffenlieferungen bringen keinen Schritt zum Frieden, sondern vergrößert das Leid. Zudem erleben wir am Beispiel des Streites um die Getreidelieferungen über das Schwarze Meer, dass insbesondere die ärmsten Staaten der Welt zu den indirekten Leidtragenden des Krieges gehören. Und die Staaten in Europa treffen unvorbereitet die fehlenden Öl- und Gaslieferungen aus Russland, damit verbunden wirtschaftliche Rezession und hohe Inflation. Was wiederum zu prekären Lebenssituationen in großen Teilen der Bevölkerung führt.

Wir sehen die Gefahr, dass die Unzufriedenheit mit der Politik von Nationalisten, Rechtsextremen und Populisten missbraucht wird, um gegen Minderheiten und Benachteiligte zu hetzen und so zur Spaltung der Gesellschaft beizutragen. Die Betroffenen solcher Diskriminierung brauchen den Schutz des Rechtsstaates und die Solidarität aller Demokratinnen und Demokraten.

Liebe Leserin, lieber Leser, unser Förderverein wird weiter - gemeinsam mit vielen weiteren Akteuren der Zivilgesellschaft – für Vielfalt, Toleranz und Demokratie eintreten. Wir bedanken uns bei allen Partnern für die faire und freundschaftliche Zusammenarbeit. Gemeinsam mit der jungen Generation, so beispielsweise mit den „Botschafter*innen der Erinnerung“, wollen wir Position beziehen, aufklären, denn „Zukunft braucht Erinnerung“.

Ganz herzlich bedanke ich mich bei unserem Ehrenvorsitzenden Ernst Söder, der auch diesen Jahresbericht wieder in seinem häuslichen Kontor hoch engagiert und vorzüglich verfasst hat.

Dortmund, im Dezember 2022

Vorsitzender des Fördervereins

Inhaltsverzeichnis

➤ Impressum	Seite 2
➤ Vorwort des Vorsitzenden	Seite 3
➤ Rückblick – Anfänge des Förderereins	Seite 5
➤ Erinnerung an die Bemühungen des Dortmunder Jugendringes zum Erhalt der Steinwache	Seite 7
➤ RWAG zieht in das alte „neue Gebäude“ der Steinwache	Seite 8
➤ Oberbürgermeister Samtlebe bedankt sich für das Engagement zum Erhalt der Steinwache	Seite 10
➤ Dokumentation „Die Wannseekonferenz“ 1942	Seite 11
➤ Jahrestag der Befreiung von Auschwitz	Seite 13
➤ Veranstaltungen in Dortmund zum „Tag der Befreiung“	Seite 15
➤ Gemeinsam gegen rechts, Faschismus und Krieg	Seite 16
➤ Gedenken in Dortmund-Brackel	Seite 17
➤ KRIEG IN EUROPA: Der Überfall auf die Ukraine im Februar 2022	Seite 17
➤ Ehemaliger Dortmunder Zwangsarbeiter Boris Romantschenko In der Ukraine getötet	Seite 19
➤ AUS UNSEREM VEREINSLEBEN	
➤ Adelheid Sroka wurde 100 Jahre alt	Seite 20
➤ Günter Bennhardt wurde 90 Jahre alt	Seite 20
➤ Wir gedenken unserer verstorbenen Mitglieder Agnes Vedder, Karl-Heinz Gerhold, Andreas Roshol und Harald Hudy.....	Seite 23
➤ MITGLIEDERVERSAMMLUNG AM 10. JUNI 2022	Seite 25
➤ Gedenken unterwegs – Neue Projekte der BdE	Seite 29
➤ Besuch der Villa ten Hompel in Münster	Seite 31
➤ Karfreitagsgedenken 2022	Seite 32
➤ Gedenken auf dem Internationalen Friedhof – Karfreitag -	Seite 37
➤ Zur Diskussion: Redebeitrag von Katrin Rieckermann Karfreitag in Lünen	Seite 39
➤ Gedenkveranstaltung Karsamstag 2022 in Lippstadt	Seite 42
➤ Gedenken zum 8. Mai 1945 an der Steinwache	Seite 47
➤ Buchbesprechung Esther Bejarano „Nie schweigen“	Seite 50
➤ Pressemitteilung FIR „Sorge um Angriffe auf Denkmäler der Sowjetischen Befreier in verschiedenen Ländern Europas“	Seite 50
➤ Vor 89 Jahren: Bücherverbrennung in Dortmund am 30. Mai 1933	Seite 52
➤ LIDICE ein tschechisches Dorf als Synonym für den NS-Terror	Seite 53
➤ Völkermord und Überfall auf die Sowjetunion 1941 / Gedenken	Seite 55
➤ Gedenken am 22. Juni 2022 am Gedenkstein an der Westfalahalle	Seite 56
➤ Gedenken in Hombruch am 22. Juni 2022	Seite 61
➤ Mediale Aufmerksamkeit für Schändungen von Gedenkstätten – Baumfrevell in Buchenwald	Seite 65
➤ Antikriegstag am 1. September 2022 an der Steinwache	Seite 67
➤ Blumen für Stukenbrock	Seite 72
➤ Gedenkstättenfahrt nach Krakau / Auschwitz	Seite 73
➤ 30 Jahre Mahn- und Gedenkstätte Steinwache	Seite 79
➤ Veranstaltungen am 9. November: hier Info Stand des Förderereins	Seite 82
➤ Letzte Seite	Seite 83



DEMOKRATIE leben!
DORTMUND

25 Jahre

**Förderverein
Gedenkstätte
Steinwache e.V.
1997 – 2022**

Vor 20 Jahren

erschien der erste schriftliche Bericht über die Arbeit des Fördervereins Gedenkstätte Steinwache.

Am 14. Oktober 1992 hatte Oberbürgermeister Günter Samtlebe zur Eröffnung der Ausstellung „Widerstand und Verfolgung 1933-1945“ in die Rheinisch-Westfälische Auslandsgesellschaft eingeladen und die Steinwache nach baulich renovierten und restaurierten Veränderungen der Öffentlichkeit übergeben.

Anschaulich konnten wir damals darstellen, welche Bedeutung die Steinwache in den ersten zehn Jahren erlangt hatte. Im Vorwort zu dem Bericht sind Einzelheiten und Zahlen genannt.



*Die sich des Vergangenen nicht erinnern
sind dazu verdammt,
es noch einmal zu erleben“.*
(Sentenz des Philosophen George Santayana)

Liebe Vereinsmitglieder,

seit Eröffnung der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache sind nunmehr elf Jahre vergangen. Im Oktober 2002 konnte das zehnjährige Bestehen der Einrichtung gefeiert werden. Mehr als 160.000 Besucher haben sich die Ausstellung „Widerstand und Verfolgung“ bisher angesehen, unter ihnen viele junge Leute, Schülerinnen und Schüler der unterschiedlichsten Jahrgangsstufen und Mitglieder von Jugendverbänden. In dem Besucherbuch finden wir ferner Eintragungen von Bundeswehr-, Polizeieinheiten und Bildungseinrichtungen.

Der Förderverein der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache besteht inzwischen seit sechs Jahren und hat mit seinen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten die Arbeit in und mit der Steinwache unterstützt. Mitglieder haben an Besichtigungen teilgenommen, Führungen organisiert und durchgeführt sowie Werbung für die Ausstellung in der Steinwache betrieben. Sie sind in Schulklassen ebenso aufgetreten wie in Jugend- und kirchlichen Verbänden und in den Parteien.

Im Herbst des Jahres 2002 konnte durch das Stadtarchiv die zweite, überarbeitete und ergänzende Auflage des Ausstellungskataloges herausgegeben werden. Der Förderverein hatte mehrfach darauf hingewirkt, dass der Katalog wieder erscheint, nachdem die erste Auflage seit langem vergriffen war.

Ebenso hat die Steinwache eine Hinweistafel erhalten, die in der Parkanlage vor dem Gebäude angebracht worden ist und auf die Ausstellung aufmerksam macht. Auch hier wurde ein langjähriger Wunsch des Fördervereins realisiert.

Im Ausstellungskatalog weist der Oberbürgermeister in seinem Geleitwort darauf hin, dass unsere Gegenwart immer noch nicht frei ist von Gewalt, Krieg und rechtsradikalen Tendenzen. „Daher bleibt es eine der vordringlichsten Aufgaben unserer demokratischen Gesellschaft, immer wieder an die grausamen Geschehnisse der nationalsozialistischen Diktatur zu erinnern. Den Opfern zu gedenken und der Jugend die Erkenntnisse und Erfahrungen jener Zeit weiterzugeben, ist eine Aufgabe, der sich die Stadt Dortmund in besonderem Maße verpflichtet fühlt. Es ist uns ein zentrales Anliegen, mit der Ausstellung und der Gedenkstätte selbst, zur Entwicklung und Bewahrung einer demokratischen Kultur beizutragen“.

Dieses Anliegen entspricht voll und ganz dem Handeln des Fördervereins Gedenkstätte Steinwache. Über unser Wirken in den vergangenen zwei Jahren legen wir hiermit unseren bescheidenen Bericht vor.

Dortmund, im November 2003

**Der Vorstand
des Fördervereins Gedenkstätte Steinwache**

Ernst Söder
Vorsitzender

Norbert Schilff
Stellvertretender Vorsitzender

Gründung des Fördervereins am 23.9.1997

Rückbesinnung an die Anfänge vor 25 Jahren

Auf Initiative des „Antifaschistischen Seminars“ wurde der Förderverein Gedenkstätte Steinwache am 23. August 1997 gegründet und am 23.9.1997 in das Vereinsregister beim Amtsgericht Dortmund unter der Nr. 4949 eingetragen. Damit übernahm der Förderverein die Verpflichtung, für die am 14.10.1992 in der renovierten Steinwache eröffnete Ausstellung „Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933-1945“ sich aktiv einzusetzen.

Zum Vorsitzenden wählte die Gründerversammlung **Fritz Kwiatkowski**, zum Stellvertretenden Vorsitzenden Valentin Frank und zur Kassierererin Michaela Pawlak. Ferner gehörten dem ersten Vorstand u.a. Heinz Junge, Norbert Schilff, Werner Haneberg und Hajo Koch an.

Fritz Kwiatkowski

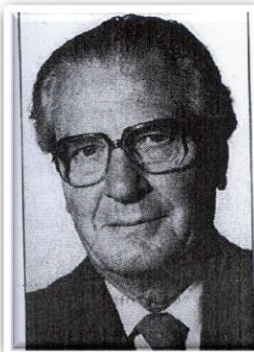
Gewerkschaftssekretär der IG-Bergbau und Energie und Ratsvertreter der SPD von 1975 bis 1989. Davor war er bereits seit 1957 Mitglied des Bürgerausschusses. Viele weitere Funktionen wurden von Fritz Kwiatkowski wahrgenommen. 1980 erhielt er die Ehrennadel der Stadt Dortmund und 1989 den Ehrenring. Im Alter von 81 Jahren verstarb Fritz Kwiatkowski am 5. Januar 2003.

Zwei Jahre nach der Vereinsgründung schied Fritz Kwiatkowski auf eigenen Wunsch aus dem Vorstand aus.

Zum Vorsitzenden wurde **Ernst Söder** (damals Kreisvorsitzender des DGB der Region Hellweg/Hochsauerland) gewählt. Ferner gehörten dem Vorstand Norbert Schilff als Stellvertretender Vorsitzender, Michaela Pawlak als Kassierererin an. Erich Rüttel, Heiko Kickuth, Heinz Junge, Hajo Koch, Lore Junge, Walter Liggesmeyer und Marion Jaroscheck wurden zu Beisitzern sowie Burkhard Braun, Ingrid Grothe und Walter Haneberg zu Kassenprüfern gewählt.

Die Vorsitzenden des Fördervereins 1997 bis 2022 und ab Juni 2022

Fritz Kwiatkowski
1997-1999



Ernst Söder
1999-2020



Norbert Schilff
2020 - 2022



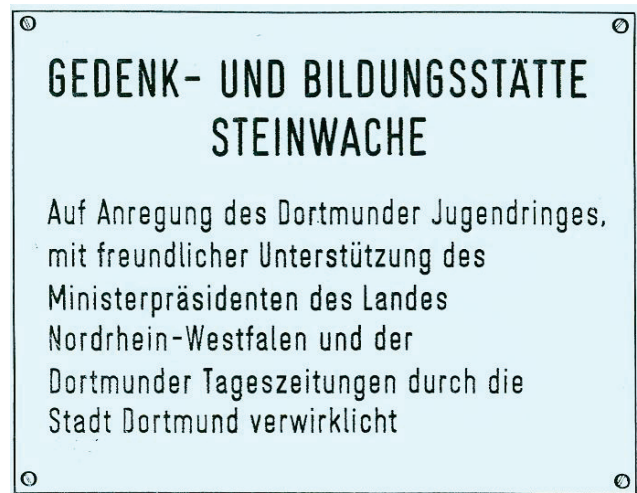
Georg Deventer
ab Juni 2022



ERINNERUNG ...

Ohne die Initiative und die Beharrlichkeit des Dortmunder Jugendringes keine Mahn- und Gedenkstätte Steinwache in Dortmund.

Die Mahn- und Gedenkstätte Steinwache zählt zu den bedeutendsten Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen. Mehr als zwanzigtausend Besucher kommen jährlich in das frühere Gestapo-Gefängnis, um dort die Ausstellung „Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933-1945“ zu sehen. Doch in Dortmund erinnert sich kaum jemand daran, dass dieses historisch bedeutsame Gebäude einst vom Abriss bedroht war.



Der Dortmunder Jugendring hatte Anfang der achtziger Jahre Kenntnis erhalten, dass in den politischen Gremien des Rates über einen Bebauungsplan für den Dortmunder Norden beraten wird, mit dem Ergebnis, bei der Sanierung des Geländes die Steinwache abzureißen. In einem ersten Schreiben an die SPD-Fraktion des Rates, unterschrieben von den beiden Vorsitzenden des Jugendringes (Ernst Söder – Reiner Simon), bat der Jugendring am 26. Mai 1981 um nähere Auskunft über die Planungsabsichten und verdeutlichte, dass auf jeden Fall die Steinwache erhalten bleiben müsse, um dort u.a. die Ausstellung „Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933-1945“ unterzubringen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Die Antwort der SPD-Fraktion, vom 4. Juni 1981, überzeugte die Verantwortlichen des Jugendringes jedoch nicht. Unter anderem schrieb Horst Zeidler, der damalige Geschäftsführer der Fraktion, dass seit längerem entschieden worden sei, „*die Gedenkstätte für den Widerstand – konkret auch die bis vor kurzem im Foyer des Stadthauses gezeigte Ausstellung – im neuen Museum an der HansasträÙe (ehem. Sparkassengelände) unterzubringen. Ein Erhalt der alten Steinwache ist nach diesen Planungen nicht vorgesehen*“.

Damit begann der Kampf des Jugendringes, sich mit allen Mitteln und Möglichkeiten für den Erhalt der Steinwache einzusetzen und einen Abriss des Gebäudes, das für die jungen Menschen ein „Symbol des lebendigen Widerstandes“ sein sollte, zu verhindern.

Anlässlich einer Bürgeranhörung, am 15.12.1981, informierte die Planungsverwaltung die Bewohner der Nordstadt über die Planungsbeschlüsse des Rates, die zum Inhalt hatten, Polizeigebäude und Zellentrakt der Steinwache abzureißen, um an dieser Stelle ein Parkhaus für die Justizbehörden zu schaffen. Der Rat der Stadt Dortmund hatte inzwischen am 25.6.1981 den Änderungsbeschluss zum Flächennutzungsplan zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nord III / West 2 (nördlicher Bahnhofsvorplatz) gefasst.

Vertreter des Jugendringes konnten die Anwesenden bei der Bürgeranhörung überzeugen, den Planungsabsichten des Rates zu widersprechen. Damit war Zeit gewonnen und der Jugendring hatte die Chance, für seine Ideen auf allen Ebenen zu werben, um eine planungsrechtliche Sicherung des Gebäudes zu erreichen, was letztendlich auch erfolgte.

Heute gibt es „*viele Väter*“, die sich eingesetzt haben wollen. Mag sein, aber ohne das Engagement und die Beharrlichkeit des Jugendringes würde es diese Gedenkstätte in Dortmund nicht geben. ([Ernst Söder – Vorsitzender des Jugendringes in den 1980er Jahren](#))

Bereits 1986 feierte die RWAG ihren Einzug in die neue „Alte Steinwache“

RWAG feiert ihren Einzug in neue ‚Alte Steinwache‘

OB: Lektion aus der Geschichte gelernt Künftig Stätte internationaler Begegnungen

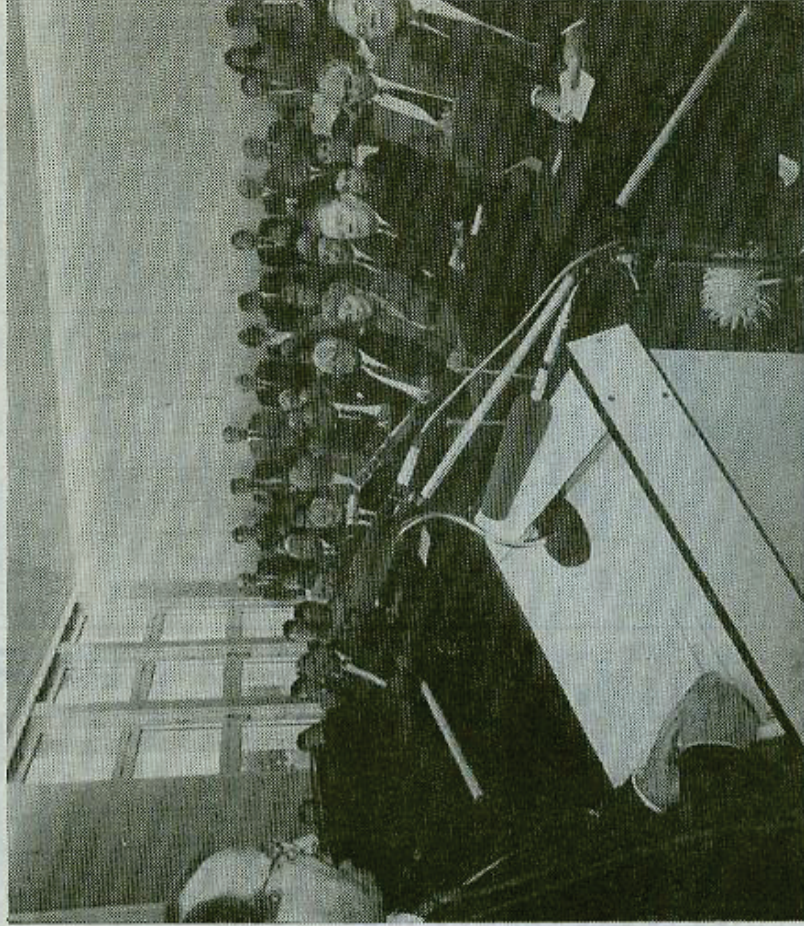
„Man muß es deutlich sagen“, meinte Oberbürgermeister Günter Samtlebe am Samstagmorgen. „Dieser Bau ist wirklich eine architektonisch gelungene Sache.“ Die zahlreichen Gäste im viel zu kleinen Festsaal des nagelneuen Anbaus der Rheinisch-Westfälischen Auslandsgesellschaft (RWAG) applaudierten. Mit Begrüßungsreden und einem internationalen Forum von zwölf Arbeitskreisen zum Thema „Verständigung durch Dialog, Begegnung und Zusammenarbeit“ feierte das RWAG seinen offiziellen Einzug ins neue Domizil „Alte Steinwache“.

Die dunkle Geschichte der Steinwache, so Samtlebe, könne nicht durch die „Gnade der späten Geburt“ ausgelöscht werden. Aber Dortmund habe seine Lektion aus der Geschichte gelernt. Deshalb müsse gerade dieses Haus künftig zu einer „Stätte der internationalen Begegnung, zu einem Haus der Völkerverständigung“ werden.

Dankesworte fand Samtlebe für Dr. Harald Koch, Ehrenpräsident des RWAG. Unter seiner Leitung habe „die RWAG Brücken zur Völkerverständigung, insbesondere mit unseren ost-

und südoeuropäischen Nachbarn geschlagen.“ Präsident Horst Schiffmann dankte dem Dortmunder Jugendring für „zähes und langes Ringen um den Erhalt der Steinwache“. Dessen Vorsitzender Ernst Söder überreichte Schiffmann eine Dokumentation über den langjährigen Einsatz für das Gebäude.

Unterstützung seitens des Amtlichen Amtes versprach Ministerialdirigent Helmut Wegner, Stellvertretender Leiter der Kulturabteilung. Er überbrachte Grüße von Außenminister Genscher. gb



PRÄSIDENT HORST SCHIFFMANN eröffnete am Samstag den Reigen der Festredner in der Alten Steinwache, dem neuen Domizil der Auslandsgesellschaft.
waz-Bild: Horst Müller



Die Steinwache: Als Mahnmal gegen faschistischen Terror soll sie erhalten bleiben. Ehemalige Widerstandskämpfer möchten auch den Gefängnistrakt retten, der zum Abriß bestimmt ist.

Gefängnistrakt der Steinwache muß unbedingt erhalten bleiben

Betrifft: Erhalt der Steinwache als Symbol faschistischen Terrors.

Wir müssen mit Befremden feststellen, daß der Planungsvorschlag zum Bebauungsplan „Nord III West 2“ nicht vorsieht, den Gefängnistrakt in die Neugestaltung des nördlichen Bahnhofsvorplatzes mit einzubeziehen.

Nach dem Abriß der ehemaligen Gestapo-Dienststelle in Dortmund-Hörde, Benninghoferstr. 16, ist dieses Haus das letzte geschichtsträchtige Bauwerk aus der Zeit der Nazidiktatur. Der damals insgeheim benutzte Name „Hölle von Westdeutschland“ bezeugt den traurigen

Ruhm, den die Steinwache sondern bis weit über die deutschen Grenzen hinaus genossen hatte.

Aber dieses Haus war auch ein Ort der Solidarität. Hier hat es Menschen gegeben, die eines gemeinsam hatten: die Bereitschaft, Freiheit und Leben zu opfern, damit andere in Freiheit leben konnten. Darum muß uns dieses Haus erhalten bleiben. Um diesem auch heute noch existenten Freiheitswillen Rechnung zu tragen, bitten wir ebenso herzlich wie eindringlich, unsere nachstehenden Forderungen zu unterstützen:

● Der Gefängnistrakt der Steinwache wird umgewandelt in ein

antifaschistisches Museum nebst Gedenkstätte.

● Die Ausstellung „Verfolgung und Widerstand in Dortmund“ wird als ständige Ausstellung in der Steinwache untergebracht und nach Möglichkeit erweitert.

● Die Steinwache soll auch Raum bieten für zeitlich begrenzte Ausstellungen gesellschaftspolitischer Art.

● Die Steinwache soll Begegnungsmöglichkeiten für alle Menschen bieten, die aus den Schrecken der Vergangenheit lernen wollen.

Kurt Piehl

Jahnstr. 106

4619 Bergkamen-Oberaden

Kurt Piehl, späteres Mitglied des Förderereins Gedenkstätte Steinwache, gehörte zu den wenigen, die den Jugendring begleitet und unterstützt haben. Kurt war als Edelweißpirat Häftling in der Steinwache und wurde dort schwer misshandelt.



Dortmunder
Jugendring

- 2. FEB. 1983

Eingegangen

f. Vorst. Kepp.

DER OBERBÜRGERMEISTER DER STADT DORTMUND

Arbeitsgemeinschaft
Dortmunder Jugendverbände
Herrn Vorsitzenden
Ernst S ö d e r
Kleppingstraße 20

4600 DORTMUND 1, SÜDWALL 2-4
TELEFON (02 31) 542 220 30/220 50
FERNSCHREIBER 08 22 287

DATUM 01. Februar 1983

4600 Dortmund 1

Sehr geehrter Herr Söder,

für Ihr Schreiben vom 26. Januar 1983, mit dem Sie mir die Antwort der Staatskanzlei zum Erhalt der Steinwache übermitteln, möchte ich mich herzlich bedanken.

Gleichzeitig möchte ich Ihnen meinen Dank aussprechen für das Engagement, mit dem Sie um den Erhalt des ehemaligen Polizeigefängnisses sowie der ehemaligen Polizeiwache an der Steinstraße kämpfen. Ich freue mich natürlich, daß die Antwort der Staatskanzlei positive Tendenzen erkennen läßt.

Da in der Vergangenheit Gespräche zwischen dem Finanzminister, dem Justizminister und der Stadt Dortmund geführt worden sind, habe ich Herrn Oberstadtdirektor Heinze gebeten, mir den aktuellen Sachstand mitzuteilen. Zu gegebener Zeit werde ich erneut mit Ihnen in Verbindung treten.

Beglaubigt:

Mit freundlichem Gruß


Dieckhoff

gez.
Günter Samtlebe
(nach Diktat verreist)

Oberbürgermeister Samtlebe dankt dem Dortmunder Jugendring für sein Engagement zum Erhalt der Steinwache

➤ [s. auch Seite 79 „30 Jahre Mahn- und Gedenkstätte Steinwache“](#)

Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942



Vor 80 Jahren

Diese Verbrechen dürfen niemals in Vergessenheit geraten

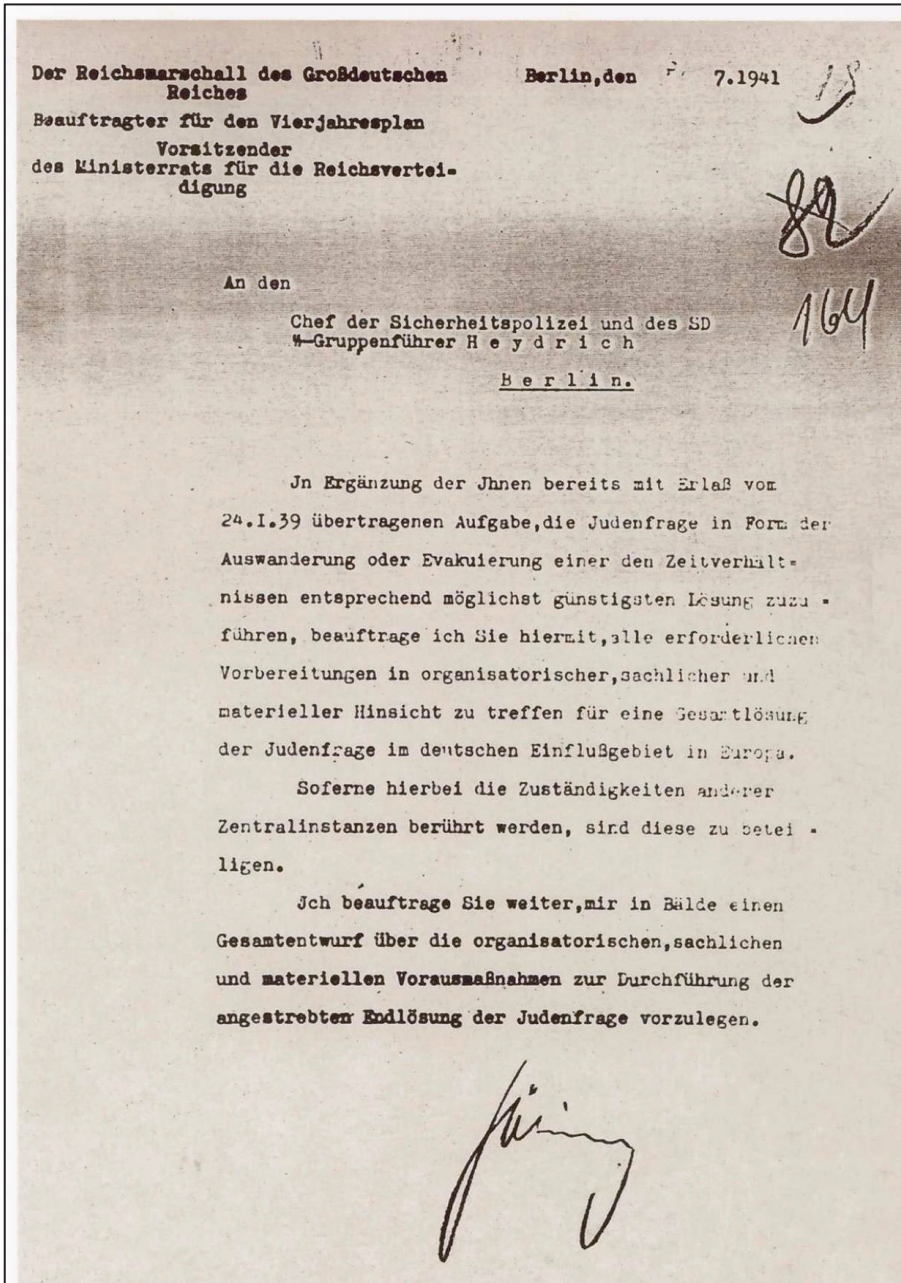
Ein Datum, das nicht in Vergessenheit geraten darf: Vor achtzig Jahren organisierten 15 führende Vertreter aus den Reihen der SS, Parteifunktionäre der Nazis und hohe Beamte aus den Ministerien der nationalsozialistischen Bürokratie die Ermordung der Juden in Europa.

Die Wannseekonferenz ist benannt nach ihrem Ort, einem in der Nazizeit von der SS und der Gestapo als Gästehaus genutzte Villa am Berliner Wannsee.



Die Villa am Wannsee – Ort der Konferenz der Faschisten am 20. Januar 1942
Heute ist die Villa eine Gedenkstätte „Haus der Wannseekonferenz“.

Die Wannseekonferenz schuf die Grundlage für die koordinierte Deportation und Vernichtung von Juden. Vorsitzender dieser Konferenz war Reinhard Heydrich, der als SS-Obergruppenführer mit der „Endlösung der Judenfrage“ beauftragt wurde. Anschließend begann die systematische Ermordung der Juden in den europäischen Vernichtungslagern. Doch als die Nazis am Wannsee tagten, hatte das Morden längst begonnen.



Auftrag Görings an Heydrich



Nachdem im Vernichtungskrieg im Osten und bei Versuchen mit Giftgas in den Konzentrationslagern bereits Erfahrungen gesammelt worden waren, ging es der faschistischen Administration bei diesem Treffen nur noch um die organisatorische Seite des Massenmordes. Nicht nur in der Ideologie, sondern in der politischen Praxis hatte das NS-Regime zu diesem Zeitpunkt bewiesen, dass jüdische Menschen, Sinti und Roma oder Slawen als „Untermenschen“ und „Volksschädlinge“ im faschistischen Herrschaftsraum kein Lebensrecht mehr besaßen. Es war wohl die mörderischste Konferenz in der Geschichte der Menschheit. Das Thema: „Planung des millionenfachen Massenmordes an der jüdischen Bevölkerung Europas“.

Im Zuge der Endlösung der europäischen Judenfrage kommen rund 11 Millionen Juden in Betracht.

Jahrestag der Befreiung von Auschwitz am 27. Januar

Am 27. Januar 1945 haben Soldaten der Roten Armee das Konzentrationslager Auschwitz befreit. Die sowjetischen Soldaten wurden überrascht von den Leichen im Lager, von den Verhungerten, Erschossenen und Erschlagenen, etwa 600 Toten. Die Rote Armee fand darüber hinaus noch 7.600 Überlebende, abgemagert, krank und körperlich geschunden.



Ein damals 21jähriger sowjetischer Soldat erzählte von dem Tag, als er Auschwitz zum ersten Mal gesehen hat. *„Als wir das KZ betraten, hatten wir schon alle Schrecken des Krieges gesehen. Wir erlaubten uns keine Atempausen. Wir hatten keine Zeit zu weinen, wir mussten kampfbereit sein“.* Aber der junge Soldat erinnert sich auch an ein Gefühl der Hoffnung. *„In den Augen der befreiten Häftlinge haben wir Freude gesehen“* sagt er. *„Sie verstanden, dass sie jetzt frei sind. Wir waren froh, dass wir eine gute Tat vollbracht und die Menschen aus dieser Hölle befreit haben.“*



Auschwitz ist zum Synonym für millionenfachen Mord geworden, für Folter und Menschenversuche, für eine bis ins letzte geplante Vernichtungsmaschinerie – für Unmenschlichkeit schlechthin. Auschwitz ist Ausdruck des Rassenwahns und das Kainsmal der deutschen Geschichte. Die industrielle Tötung von Millionen von Menschen, die nach den Regeln der Bürokratie zweckrational und routinemäßig vollzogen wurde, ist eine unfassbare Perversion.

Im Jahre 2022 jährt sich die Befreiung von Auschwitz zum 77. Mal.

Aber auch 77 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz beobachten wir ein Wiedererstarken des Antisemitismus in Deutschland und eine Zunahme antisemitischer Gewalttaten. Vor diesem Hintergrund ist die Auseinandersetzung mit den bedrückendsten Wahrheiten unserer Geschichte besonders gefordert.

**Dieser Ort sei allzeit ein Aufschrei der Verzweiflung
und Mahnung an die Menschheit.
Hier ermordeten die Nazis über
anderthalb Millionen Männer, Frauen
und Kinder. Die meisten waren Juden aus
verschiedenen Ländern Europas.**

Text am Denkmal im Vernichtungslager Birkenau

Gedenktag in Deutschland

Der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus erinnert an die Opfer eines beispiellosen totalitären Regimes während der Nazi-Diktatur.

Der Gedenktag wurde am 3. Januar 1996 durch Proklamation des Bundespräsidenten Roman Herzog eingeführt und auf den 27. Januar festgelegt.

In seiner Proklamation führte Herzog aus:

„Die Erinnerung darf nicht enden; sie muss auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen, Es ist deshalb wichtig, nun eine Form des Erinnerns zu finden, die in die Zukunft wirkt. Sie soll Trauer über Leid und Verlust ausdrücken, dem Gedenken an die Opfer gewidmet sein und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken.“

VERANSTALTUNGEN IN DORTMUND

Erste „Höllenfahrt“ für Dortmunder Juden begann vor genau 80 Jahren

Mit dem Holocaust-Gedenktag am 27. Januar wird der Befreiung des KZ Auschwitz gedacht. In Dortmund begannen zu diesem Datum vor genau 80 Jahren aber auch die großen Judendeportationen.

Am Tag, als in Berlin die Wannseekonferenz stattfindet, beginnen in Dortmund die Transporte der jüdischen Bevölkerung nach Riga, eine Reise in Leid und Tod. Es war der Start für die erste Deportation, mit der die Nazis die Vernichtung von Jüdinnen und Juden vorantrieben. Mit der Deportation nach Riga setzten die Verschleppung und die systematische Ermordung der Dortmunder Juden ein.



Oberbürgermeister Thomas Westphal am 27. Januar bei der Veranstaltung im Naturkundemuseum:

„ Am 27.1.1945 wurde Auschwitz von der Roten Armee befreit.

Gedenken und Nachdenken über die Vergangenheit hilft uns bei der Orientierung für die Zukunft. Aber Gedenken reicht nicht. Wir alle müssen aktiv

einstehen gegen den wachsenden Antisemitismus der Neuzeit. Niemals dürfen wir zulassen, dass wilde Verschwörungstheorien erneut jüdisches Leben gefährden oder verunglimpfen.“



Bündnis Dortmund gegen Rechts

Gemeinsam gegen Faschismus und Krieg



70 Leute und beleuchtete Schuhe an der Reinoldikirche: Das war los

Dortmund. Weiße Schuhe auf einer Decke, darum etwa 70 Menschen, zwei Schauspieler und ein Musiker: Dieser Anblick direkt vor der Reinoldikirche dürfte am Donnerstagabend für Verwunderung gesorgt haben.

Eine Gruppe von rund 70 Leuten stand am Donnerstagabend (27.1.) auf dem Vorplatz der Dortmunder Reinoldikirche. Zwischen ihnen waren einige angeleuchtete Schuhe zu sehen, dazu gab es Reden und Musik.

Hinter der außergewöhnli-

chen Aktion stand das „Bündnis Dortmund gegen Rechts“. Anlass war der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus.

„Die Schuhe stehen symbolisch für 43.526 Paar Schuhe, die Soldaten der Roten Armee vorgefunden haben, als sie am 27. Januar 1945 die letzten überlebenden Gefangenen in Auschwitz befreiten“, erklärte Organisator Hermann Klein.

Die Schuhe boten den symbolischen Hingucker für eine etwa einstündige Gedenkveranstaltung. Schauspielerinnen Tirzah Haase und



Es war am Donnerstagabend in der Dortmunder Innenstadt kaum zu übersehen: Eine große Gruppe stand mitten auf dem Vorplatz der Reinoldikirche um diese weißen Schuhe herum.

FOTO WESTERKÄMP

ihr Kollege Andreas Weißert präsentierten zusammen mit Mitgliedern des Bündnisses verschiedene Stücke aus und passend zu der Zeit zwischen dem 27. Januar 1932 und dem 27. Januar 1945.

Darunter waren Berichte von Überlebenden, Texte von Augenzeugen und aus Vernehmungen, die reale Geschichte des Dortmunders Albrecht Vögler und kulturelle Beiträge wie Paul Celans „Todesfuge“. Der Dortmunder Peter Sturm begleitete die Aktion musikalisch. jowe

Gedenken in Brackel

Erinnerung an das Schicksal der jüdischen Bevölkerung

Erinnerung an das Schicksal der jüdischen Bevölkerung Brackels

Brackel. Auch 77 Jahre nach dem Ende der Nazi-Herrschaft ist es wichtig, auf die Gräueltaten dieses Regimes hinzuweisen. Dieser Ansicht ist die Bezirksvertretung Brackel und legte einen Kranz nieder.

Auch im Regen und bei äußerst unangenehmen Temperaturen blieb die Bezirksvertretung Brackel am Donnerstag ihrer Tradition treu, am 27. Januar, dem Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, einen Kranz am Mahnmal an der Kommendemauer niederzulegen.

Das Mahnmal dort weist auf das Schicksal der Bra-

ckeler Brüder Karl und Erich Mörchel hin, Widerstandskämpfer, die später von den Nazis in der Bittermark ermordet wurden.

Hohe Güter

In Anwesenheit der Enkelin Erich Mörchels wies Bezirksbürgermeister Hartmut Monecke auf die hohen Güter Grundrechte, freie Meinungsäußerung, Freiheit und Demokratie hin, für die es sich lohne, sich einzusetzen.

Unterstützung erhielt er von einem Geschichtskurs an der Geschwister-Scholl-Gesamtschule. Lehrer Ronnie Schmale hatte mit sei-



Auch im Jahr 2022 legte die Bezirksvertretung Brackel wieder einen Kranz an der Kommendemauer nieder - hier vertreten durch (von rechts) Andreas Esch (Die Linke), Bezirksbürgermeister Hartmut Monecke (SPD), Heide-Kröger-Brenner und Claudia Plieth (beide Die Grünen).

FOTO SCHRÖTER

nen Schülern etwas zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Brackel ausgearbeitet, das zwei Schülerinnen anlässlich der Kranzniederlegung vortrugen. Darin ging es auch um die Brackeler Ereignisse in der Pogromnacht auf den 10. November 1938.

Hartmut Monecke, der in Corona-Zeiten nicht mit so vielen Besuchern der Veranstaltung gerechnet hatte, wie dann tatsächlich anwesend waren, gab seiner Hoffnung Ausdruck, die Veranstaltung im nächsten Jahr wieder in einem würdigeren Rahmen in der Kirche stattfinden lassen zu können. AS

In Brackel, an der Erinnerungstafel am Südbahnhof, an der Erinnerungstafel in Hombruch und anderswo wurden in den Stadtteilen Kränze niedergelegt, an denen sich auch der Förderverein personell beteiligte.



KRIEG IN EUROPA

Der Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022

Krieg in Europa – was für viele von uns bis vor kurzem noch unvorstellbar war, ist für die Menschen in der Ukraine Ende Februar 2022 bittere Realität geworden. **Nie wieder Krieg-nie wieder Faschismus**, das war die Losung nach Beendigung des verbrecherischen Zweiten Weltkrieges im Jahre 1945. Nie wieder sollte es in Europa zu Kriegshandlungen kommen. Diesen Schwur hat die Russische Föderation am 24. Februar gebrochen. Brutal und rücksichtslos hat ein autoritäres System einen Angriffskrieg gegen die Ukraine begonnen. „Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine macht fassungslos – und ähnlich fassungslos sind auch die Kommentare, die es nicht für möglich gehalten haben, dass Putin tatsächlich das wahr macht, worauf seine militärische Vorbereitung und semantische Aufrüstung sehr deutlich hingewiesen haben.“ (Die Zeit/Armin Nassehi)



Diplomatische Versuche, den Krieg zu stoppen, waren ohne Erfolg. Bundeskanzler Olaf Scholz war bei Putin in Moskau, ebenso Emmanuel Macron aus Frankreich und beide telefonierten darüber hinaus mehrfach mit Putin. Später führte auch UN-Generalsekretär António Guterres Gespräche mit dem russischen Staatspräsidenten.

Bilder von Zerstörung, Not und Flucht erreichen uns und erschüttern uns zutiefst. Eine nie dagewesene Flüchtlingsbewegung führte dazu, dass Millionen Menschen die Ukraine verlassen haben, um sich vor Bomben- und Raketen zu schützen.

Der Frieden in Europa ist durch das Vorgehen der russischen Regierung gefährdet. Experten befürchten gar einen „Dritten Weltkrieg“.

Der 24. Februar ist ein schwarzer Tag für

uns alle, ein Angriff auf unsere freiheitlichen und demokratischen Werte.

Den Aufrüstungsbestrebungen der Bundesregierung können wir trotz allem nur eine Absage erteilen. Mehr Waffen haben die Welt noch nie friedlicher gemacht.

Andererseits werden die avisierten 100 Milliarden Euro für zusätzliche Rüstungsausgaben nicht einfach gedruckt, sondern an anderer Stelle fehlen.

Wir benötigen dieses Geld für Zukunftsinvestitionen und wir brauchen es für die Leistungsfähigkeit unseres Sozialstaates.

Heute ist ein schrecklicher Tag für Europa. Der russische Angriff auf die Ukraine ist ein Bruch des Völkerrechts.



**International Federation of Resistant Fighters (FIR) -
Association of Antifascists**

Newsletter

weekly news for veterans and antifascists of today



Nachruf

Ehemaliger Dortmunder Zwangsarbeiter Boris Romantschenko in der Ukraine getötet.

Am 18. März 2022 wurde der 96jährige Boris Romantschenko in seiner Wohnung im ukrainischen Charkiw bei einem russischen Bombenangriff getötet. Während des Zweiten Weltkrieges wurde er als Zwangsarbeiter nach Dortmund gebracht und bei einem Fluchtversuch im Januar 1943 von Dortmunder Polizisten festgenommen, ins Polizeigefängnis Steinwache eingeliefert und von hier ins KZ Buchenwald deportiert. Es folgten das Aussenlager Peenemünde, das Konzentrationslager Mittelbau und das Konzentrationslager Bergen-Belsen.



Nach seiner Befreiung im Frühjahr 1945 musste Romantschenko in der damaligen Sowjetarmee bis 1950 Dienst in der SBZ/DDR leisten. Danach konnte er in seine Heimat zurückkehren, wo er an der Bergbau-Akademie studierte und anschließend als leitender Ingenieur arbeitete. Später war Boris Romantschenko Vizepräsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos für die Ukraine (IKBD).

Der Deutsche Bundestag gedachte am 22. März 2022 in einer Schweigeminute Romantschenkos.

+++++



Aus unserem Vereinsleben

Unser Mitglied Adelheid Sroka wurde 100 Jahre

Unseren herzlichsten Glückwunsch auch noch einmal an dieser Stelle. Adelheid war seit Gründung des Fördervereins vor 25 Jahren Mitglied des Fördervereins

Donnerstag, 24. März 2022
DOSLO1, Nr. 070, 12. Woche

HÖRDE HOMBRUCH APLERBECK

Eine Kämpferin für den Frieden: Adelheid Sroka wird 100 Jahre alt

WELLINGHOFEN. Erst vor sieben Jahren gab sie ihr Auto ab: Adelheid Sroka, die ihren 100. Geburtstag feiert, lebt immer noch selbstständig in ihrer Wohnung. Das Leben machte sie zur Friedenskämpferin.

Von Reinhard Schmitz

Als sie in Dortmund das Licht der Welt erblickte, lag der Erste Weltkrieg gerade erst wenige Jahre zurück.

Als sie 20 Jahre alt war, wurde sie zum Reichsarbeitsdienst verpflichtet und ins württembergische Isny abkommandiert.

Viel erlebt hat Adelheid Sroka, die am Donnerstag (24.3.) ihren 100. Geburtstag feiert.

Ihre zerbombte Heimatstadt war kaum wiederzuerkennen, als sie nach dem

Ende des Zweiten Weltkriegs zu ihren Eltern zurückkehren konnte.

Sie wurde eine engagierte Kämpferin für den Frieden

Diese Erlebnisse ließen die Jubilarin zu einer Kämpferin für den Frieden werden. Sie nahm an den Ostermärschen teil und an den Mahnfeiern für die Karfreitags-Gräueltaten auf der Bittermark, engagierte sich für die Mahn- und Gedenkstätte Steinwache und im Touristenverein Die Naturfreunde. Der spätere Oberbürgermeister Dietrich Keuning



selbst vermittelte sie 1950 zum Studium an der Sozialakademie Dortmund.

Privat war Adelheid Sroka, die bis zur Pensionierung im Büro der Dortmund-Hörder Hüttenunion gearbeitet hat, seit 1949 mit Ehemann Hans verheiratet, der aber viel zu früh schon im Jahre 1975 starb.

Urlaub in Bayern mit größeren Bergtouren

Gern erinnert sie sich an die Urlaube bei Freunden im bayerischen Piding (bei Bad Reichenhall), die sie zweimal jährlich besuchte und

dort auch größere Bergtouren unternahm. Erst mit 93 Jahren gab sie ihr Auto ab, aber lebt immer noch selbstständig in ihrer Wohnung – versorgt von verschiedenen Hilfsdiensten.

Erster Gratulant ist der Oberbürgermeister

Ihren Ehrentag feiert Adelheid Sroka im Restaurant Jägerheim in Dortmund-Wellinghofen mit Freunden, Familie und Musik.

Als einer der ersten Gratulanten wird der Dortmunder Oberbürgermeister Thomas Westphal erwartet.

Adelheid Sroka feiert am 24. März in Dortmund-Wellinghofen ihren 100. Geburtstag.

FOTO STOPPEL

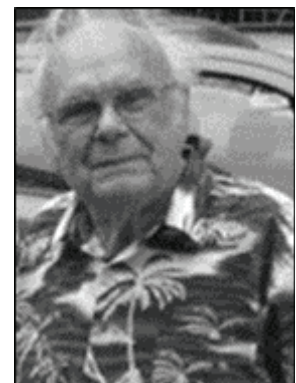
Günter Bennhardt – Jahrgang 1932

erreichte am 2. Mai 2022 sein **90. Lebensjahr**. Dazu gratulieren wir an dieser Stelle ebenfalls ganz herzlich. Günter ist langjähriges Vorstandsmitglied des Fördervereins. Er gehört ebenfalls der VVN und dem IRPK an.

Seine Biographie schildert seinen Lebensweg, insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg, als er der Freien Deutschen Jugend (FDJ) beitrug. Sie ist ein Abriss der Geschichte seines Lebens in einer Zeit, als die Kommunisten verboten, verfolgt und inhaftiert wurden.

2018 erschien ein Artikel aus „Heiße Eisen“ über Günter Bennhardt, die wichtigen Stationen der Nachkriegsgeschichte aufzeigt.

>Er ist einer von denen, die schon bald nach 1945 politisch klare Kanten zeigten. Dabei war Günter Bennhardt damals noch ein halbes Kind. Er kämpfte – zunächst in der Freien Deutschen Jugend (FDJ), dann als Mitglied der KPD – für einen demokratischen Neubeginn und gegen die Remilitarisierung in Deutschland. Weder Verbot und Verfolgung durch die Adenauer-Regierung, noch Gefängnishaft konnten ihn schrecken. Auch nicht die



Verfolgung, wegen einer Reise mit der FDJ zum Deutschlandtreffen. Es gab eine maßlose antikommunistischer Hetze, die sich durch die Treffen der Jugend in Ostberlin ergab.

Bis heute ist er aktiv. Ist Mitglied der KPD geblieben, der er seit ihrer Gründung 1968 angehört. Auch die welthistorischen Niederlagen des Sozialismus im Jahr 1989 ließ ihn nicht verzweifeln.

Gebürtig 1932 in Hagen, wuchs Günter in einem politisch engagierten Elternhaus auf. Der Vater, Ingenieur von Beruf, war Mitglied der SPD und wurde 1935 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Sein „Vergehen“: er hatte für Angehörige inhaftierter Nazigegner, die bittere materielle Not litten, Geld gesammelt. Nach 1945 zog Vater Bannhardt die Konsequenz aus seinen politischen Erfahrungen und setzte sich für die Vereinigung von SPD und KPD ein (wie sie ja im Osten Deutschlands, d.h. in der sowjetisch besetzten Zone und später DDR, in der Tat vollzogen wurden). Wegen dieses Engagements wurde er 1948 aus der SPD ausgeschlossen. Konsequenter Weise trat er nun der KPD bei.



Dortmunder Kommunisten.

Das, was seinem Vater vor und nach 1945 zustieß, aber auch eigene kindliche Eindrücke vom Faschismus und Krieg, waren für den Sohn eine Art politischer Elementarunterricht. Noch heute hat Günter Erinnerungen an die fürchterliche Angst, die er als Elfjähriger in den Bombennächten empfand. Und er hat nicht vergessen, dass die unmenschliche Behandlung russischer Gefangener mit ansehen musste. So kann das frühe Erwachen seines politischen Bewusstseins nicht verwundern.

An Pfingsten 1950 fuhr der damals 18-jährige mit zum genannten Treffen in Berlin (Ost). Bei der Rückkehr in die BRD wurden die jungen Westdeutschen dann von der „eigenen“ Polizei übel schikaniert. So mussten sie am Grenzübergang Herrenhausen wegen angeblicher Seuchengefahr an Ärzten vorbei defilieren.

Noch übler war es im August 1951 im Anschluss an das Weltjugendtreffen in Ostberlin, an dem Günter ebenfalls teilnahm. Diesmal wurden die Jugendlichen nach dem Grenzübertritt in ein Fußballstadion gesperrt, wo sie gezwungen wurden, ihre Bücher und Broschüren abzugeben. Das Schriftgut wurde von der Polizei dann vor den Augen der jungen Leute in unheilvoller Tradition verbrannt.

1950, im Anschluss an das Pfingstjugendtreffen in Ostberlin, trat Günter in die FDJ ein. Bald wurde er Gruppenleiter und stellvertretender Vorsitzender der Dortmunder Kreisorganisation. Noch heute kann er sich an dem „tollen Jugendleben“ begeistern, das die Dortmunder FDJ damals organisierte.



Die Kommunisten kämpften gegen die restaurative Politik des Adenauerstaates und stemmten sich mit allen Kräften gegen die Remilitarisierung Deutschlands. Mit anderen fortschrittlichen Kräften bereiteten sie eine Volksbefragung gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands vor. Nicht zuletzt die FDJ leistete in dieser Kampagne einen großen Beitrag.



Foto: Günter Bennhardt mit Gisa Marschefski und Uli Sander

Am 24. April 1951 verbot die Bundesregierung die Volksbefragung über die Atomrüstung per Erlass als verfassungsfeindlich. Am selben Tag erfolgte das Verbot der FDJ in NRW. Am 26. Juni 1951 erging dann das bundesweite Verbot der FDJ. In Dortmund wurden führende Genossen der NRW-FDJ inhaftiert, und zwar ausgerechnet in der Steinwache (der heutigen Gedenkstätte), die unter den Nazis als Folterhöhle berüchtigt war. Dort waren hunderte Nazi-Gegner, mehrheitlich Kommunisten, grausam gequält worden und nicht wenige waren ums Leben gekommen.

Dass dem Verbot der FDJ über kurz oder lang das Verbot der KPD folgen würde, war abzusehen. Wie es seine Art war, zog Günter daraus seine Konsequenz: am 11. 12. 1951 ließ er sich in die KPD aufnehmen. Er war 19 Jahre alt. Am 17. August 1956 wurde das Verbot der KPD-Realität. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Antimilitaristen immerhin neun Millionen Unterschriften gegen die Wiederbewaffnung gesammelt.

Illegale Arbeit unbeirrt weitergeführt

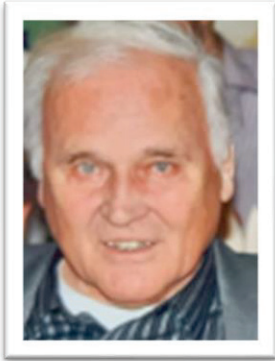
Aber schon zwei Jahre vorher, am 1. September 1954, wurde der damals 23-jährige wegen Verstoß gegen das FDJ-Verbot verhaftet. Er saß in der Steinwache ein. Am 8. 3. 1955 verurteilte ihn die große Strafkammer des Landgerichts Dortmund zu einem Jahr und vier Monaten Gefängnis. Nach 11 Monaten Haft wurde er vorläufig entlassen: 5 Monate Reststrafe wurden zur Bewährung ausgesetzt. Trotz allem setzte Günter seine illegale Arbeit fort. In dieser Zeit ging er mit einer Genossin aus Flensburg eine Liebes- und Lebensgemeinschaft ein. Heiraten konnte das Paar aus Gründen der Illegalität erst im August 1961 in Ostberlin. Aus der Ehe gingen drei Kinder hervor.

Im Oktober 1964 stellte sich der inzwischen 33-jährige, weil die Bewährung für seine Reststrafe widerrufen worden war, der Justiz. Noch während er einsaß, klagte der Staatsanwalt ihn wegen Verstoß gegen das KPD-Verbot an. Im Oktober 65 wurde er zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil gingen beide Seiten in Revision. Jene des Angeklagten wurde verworfen.

Folglich brachte die Revisionsverhandlung im Juli 66 vor dem Landgericht Düsseldorf eine Verschärfung des Urteils: aus 8 Monaten waren jetzt 14 Monate geworden.

Gegen dieses Urteil legte die Verteidigung Revision ein. Sie wurde im Januar 1967 vom Bundesgerichtshof in letzter Instanz verworfen. Günter Bennhardt blieb die Verbüßung der Strafe dann aber doch erspart. Zwar erhielt er im Frühjahr 1967 noch die Vorladung zum

Verstorben ist unser langjähriges Mitglied Karl Heinz Gerhold



Karl Heinz starb am 5. Juli 2022 im Alter von 91 Jahren. Seit Anfang an gehörte er dem Rombergparkkomitee und später unserem gemeinsamen Förderverein Gedenkstätte Steinwache-Internationales Rombergparkkomitee an. Karl Heinz war bis zu seinem Tode aktives Mitglied. Gemeinsam mit ihm sind wir alten und neuen Nazis entgegengetreten.

Karl Heinz war unermüdlich mit Herz und Verstand Antifaschist und Friedenskämpfer. Die Spuren seines Lebens werden in uns stets lebendig sein. Unser Beileid gilt seiner Familie und seiner Lebensgefährtin Hannelore Mörchel. Wir werden Karl-Heinz Gerhold

nicht vergessen.

*

Unvergessen bleibt uns unser Mitglied Harald Hudy, langjähriger Bezirksbürgermeister und führender Kommunalpolitiker in Dortmund-Huckarde. Er starb am 23. Oktober 2022 im Alter von 75 Jahren. Wir werden Harald in dankbarer Erinnerung behalten.



Unerwartet starb im September unser langjähriges Vorstandsmitglied Andreas Roshol

Andreas verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit am 25. September 2022 im jugendlichen Alter von 59 Jahren.

Seit vielen Jahren hat Andreas die Arbeitsstelle Zukunft braucht Erinnerung beim Dortmunder Jugendring koordiniert, er war Ansprechpartner für die Botschafterinnen und Botschafter der

Erinnerung und hat insgesamt die Gedenk- und Erinnerungsarbeit des Jugendringes sehr geprägt. Er engagierte sich im Förderverein und initiierte, dass Vertreter*innen der „Botschafter der Erinnerung“ beratende Mitglieder im Vorstand wurden. Dieses herausragende Projekt entwickelte sich im Anschluss an den „Zug der Erinnerung“, der erstmalig 2008 auch in Dortmund Halt machte. 2011 wurden die ersten Botschafter*innen der Erinnerung vom Oberbürgermeister ernannt. Mittlerweile sind nahezu 400 Jugendliche bei den Botschaftern aktiv. Andreas Roshol war auch Ansprechpartner für die Verlegung von „Stolpersteinen“ in unserer Stadt. Mittlerweile sind in Dortmund etwa 300 Stolpersteine verlegt.

Die genannten Aktivitäten eigen, dass sein früher Tod eine große Lücke hinterlässt, die nur schwer wieder zu füllen ist. Für die vielen jungen Menschen in den Projekten der Erinnerungskultur und der politischen Bildung war er väterlicher Freund, Ideengeber und Mutmacher. Andreas war ebenfalls seit ein paar Jahren der Stellvertretende Geschäftsführer des Jugendringes Dortmund. Auch wir, der Förderverein, werden Andreas Roshol als engagierten Unterstützer und Förderer unserer Arbeit stets in dankbarer Erinnerung behalten.

MITGLIEDERVERSAMMLUNG am 10. Juni 2022

Georg Deventer übernimmt den Vorsitz von Norbert Schilff



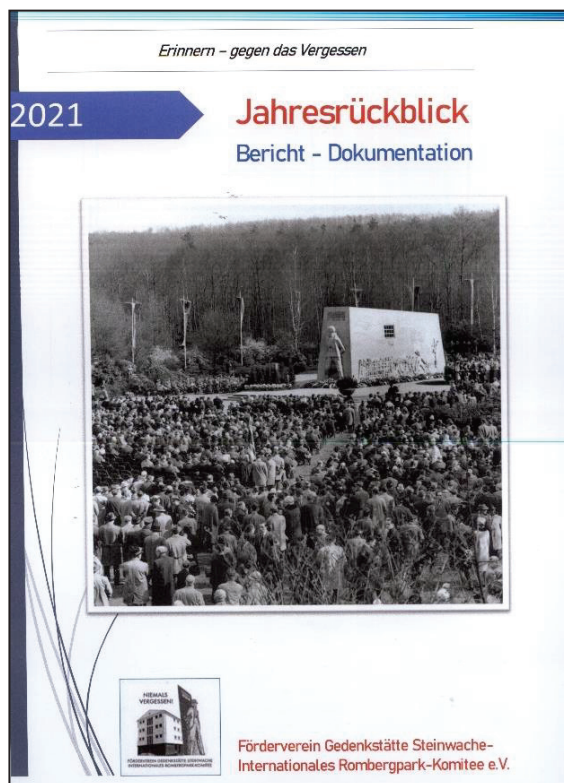
Die Mitgliederversammlung des Fördervereins Gedenkstätte Steinwache-Internationales Rombergpark-Komitee e.V. hat am 10. Juni 2022 einen neuen Vorstand gewählt. Georg Deventer hat von Norbert Schilff, Erster Bürgermeister der Stadt Dortmund, den Vorsitz übernommen. **Stellvertretende Vorsitzende** sind Iris Bernert-Leushacke, Doris Borowski und Hannelore Tölke. Kassierer ist weiterhin Marc Frese.

Beisitzer/innen des Vorstandes sind: Ralf Brinkhoff (gleichzeitig Internet Administrator), Petra Dresler Döhmman – Dmitiy Kostovarov – Katrin Rieckermann – Andreas Roshol (seit 25.9.22 verstorben) – Norbert Schilff – Wilfried Stockhaus.

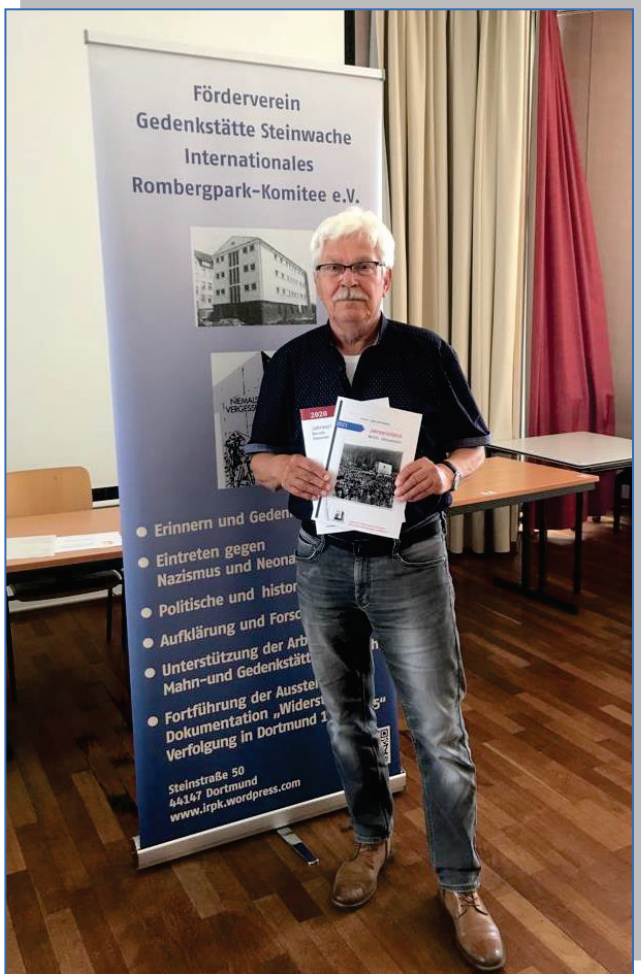
Die Kassenprüfungen obliegen Anja Butschkau, MdL und Wilfried Harthan.

Als **ständiger Berater** gehören Ernst Söder als Ehrevorsitzender, drei Vertreter der Botschafter*innen der Erinnerung, eine Mitarbeiterin „Demokratie leben“, ein(e) Vertreter (in) des Jugendringes Dortmund sowie der Leiter der Steinwache an.

Aus dem Vorstand ausgeschieden sind Günter Bennhardt, Ulli Sander und Thorsten Heymann.



Die Jahresberichte des Fördervereins über die Jahre 2020 und 2021 standen ebenfalls zur Diskussion



Bei der Mitgliederversammlung stand neben den Neuwahlen die Weiterentwicklung der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache, die Sanierung des historischen Baubestandes und die Fortschreibung und Modernisierung der jetzigen Dauerausstellung „Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933-1945“ zur Debatte. Der Leiter der Steinwache Markus Günnewig und der Geschäftsführende Direktor der Kulturbetriebe, Dr. Stefan Mühlhofer, berichteten über den Planungsstand. Baubeginn ist für 2024 geplant. Die derzeitige Ausstellung wird bis zum Baubeginn geöffnet bleiben.
(Diskussionsbeiträge nächste Seite)



Blick in den Saal der Mitgliederversammlung



Vorstandsmitglieder Doris Borowski, Katrin Rieckermann, Wilfried Stockhaus, Ralf Brinkhoff, Hannelore Tölke, Georg Deventer, Iris Bernert Leushacke, Marc Frese, Petra Dresler Döhmman
Nicht auf dem Foto: Norbert Schilff, Andreas Roshol, Dmitry Kostovarov.

Diskussion/Vorschläge zur Steinwache:

Eberhard Weber hatte in der MV angeregt, zeitnah in einem Workshop oder einer ähnlichen Veranstaltung die Neukonzeption der Ausstellung zu beraten. Der 2024 eingeleitete Prozess der geplanten umfassenden Modernisierung der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache bedürfe einer schleunigsten Umsetzungsstrategie, nicht zuletzt durch eine aktive, partizipative, damit öffentliche Begleitung. Die inhaltliche und fachliche Neuausrichtung müsse in angemessener Weise beratend begleitet werden., auch durch Einbeziehung von Historiker/Innen, Museumspädagogen oder auch Geschichtslehrer/Innen. Ein solcher Öffentlicher Prozess, qualifiziert moderiert, wäre dem Thema und der Bedeutung der Steinwache aktuell hoch angemessen und würde auch für Offenheit und Bürgernähe der Kommunalpolitik und Kulturverwaltung sprechen.



Mahn- und Gedenkstätte Steinwache

Georg Deventer übernimmt den Vorsitz von Norbert Schilff

Auf der Mitgliederversammlung des „Fördervereins Gedenkstätte Steinwache-Intern. Rombergparkkomitee“ ist nun ein neuer Vorstand gewählt worden. Georg Deventer übernimmt den Vorsitz von Norbert Schilff, Bürgermeister der Stadt Dortmund.

Stellvertretende Vorsitzende sind Doris Borowski, Iris Bernert-Leushacke und Hannelore Tölke. Kassierer ist weiterhin Marc Frese. Beisitzer sind Ralf Brinkhoff, Petra Dresler-Döhmman, Dmitry Kostovarov, Katrin Rieckermann, Andreas Roshol, Wilfried Stockhaus und Norbert Schilff. Beratende Mitglieder des Vorstandes sind Vertreter des Jugendringes, der „Botschafter der Erinnerung“ und der Leiter der

Mahn- und Gedenkstätte Steinwache, Markus Günnewig. Ernst Söder ist Ehrenvorsitzender des seit über 25 Jahren aktiven Fördervereins, der sich vor zwölf Jahren mit dem Rombergpark-Komitee zusammenschloss. Die Kassenprüfungen obliegen Anja Butschkau MdL und Wilfried Hartman.

Bei der Mitgliederversammlung standen neben den Neuwahlen die Weiterentwicklung der Mahn- und Gedenkstätte, die Sanierung des historischen Baubestandes und die Fortschreibung und Modernisierung der jetzigen Dauerausstellung „Widerstand und Verfolgung 1933-1945“ zur Debatte.

Weitere Infos unter www.steinwache-rombergparkkomitee.org

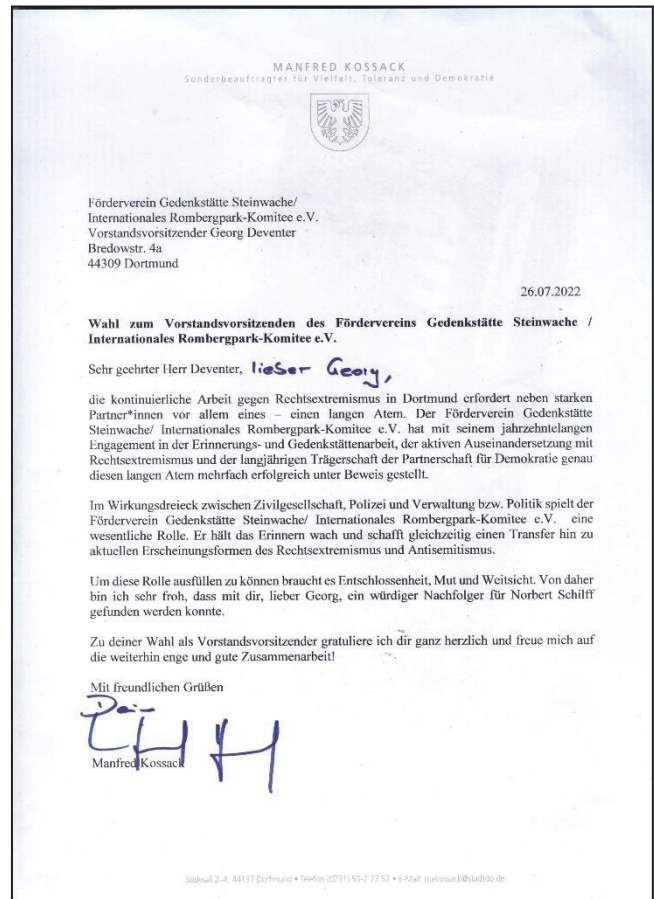


Mitglieder des neuen Vorstandes des „Fördervereins Gedenkstätte Steinwache-Intern. Rombergparkkomitee“ FOTO VEREIN

Georg Deventer regt an, nach Schließung der Ausstellung bei Baubeginn die komplette – bereits digitalisierte – Ausstellung ins Netz zu bringen, sei es im Stadtportal/Stadtarchiv oder auch im Internetauftritt des Fördervereins. Diese Möglichkeit hatte Dr. Mühlhofer in der Versammlung zugesichert. Einzelne Ausstellungsstücke von Widerstandskämpfern gehen nicht verloren und werden, soweit von Angehörigen nicht zurückgefordert, im Stadtarchiv eingelagert. Im Herbst d.J. wird das Stadtarchiv eine öffentliche Veranstaltung zu den Planungen durchführen. Zeitgleich wird auch das Kuratorium Widerstand und Verfolgung 1933-1945 tagen.



**Gratulation des Oberbürgermeisters
Thomas Westphal ...**



**und des Sonderbeauftragten für
Vielfalt, Toleranz und Demokratie
Manfred Kossack ...**



Gedenken unterwegs

Die Botschafter*innen der Erinnerung starten ihr neues Projekt

Das Jugendring-Projekt will das Gedenken und Erinnern in den Alltag der Menschen bringen. Es werden zukünftig mit Fahrradtouren Gedenkorte mit Jugendlichen besucht und an den Orten mit Mahnmalen, Gedenkort, Stolpersteinen usw. Mahn- und Gedenkveranstaltungen durchgeführt. Die Fahrradtouren enden vorläufig am Karfreitagsgedenken in der Bittermark. Die Ergebnisse der dezentralen Aktivitäten werden u.a. in einem Lastenfahrrad mitgenommen. Das Gedenken unterwegs soll des Weiteren nach dem Karfreitagsgedenken an Schulen und Jugendfreizeitstätten fortgeführt werden, denn insbesondere wollen die Botschafter*innen der Erinnerung die junge Generation erreichen.



Die erste Tour fand am 27. Februar 2022 statt und führte eine große Fahrradgruppe u.a. in den Rombergpark zum Gedenkstein für die Opfer der Karfreitagsmorde, dann nach Hörde zum Synagogendenkmal und zur Gedenktafel an der ehemaligen Gestapo-Wache in der Benninghofer Straße und endete auf der Kulturinsel am Phoenix See mit dem Mahnmal zur Zwangsarbeit. Bei dieser Abschluss Veranstaltung informierten unter der Moderation von Andreas Roshol einige Botschafter*innen der Erinnerung über ihre selbstgestellte Aufgabe und der Bezirksbürgermeister des Stadtbezirkes Hörde, Michael Dep4nbrock sprach ein solidarisches Grußwort.

Georg Deventer vom Vorstand des Fördervereins Gedenkstätte Steinwache-Internationales Rombergpark-Komitee überreichte für das Gedenken unterwegs einen Rucksack mit Dokumentationen über die langjährige Gedenk- und Erinnerungsarbeit des Vereins, Literatur zu den Kriegsendphasenverbrechen und Material zur Mahn- und Gedenkstätte Steinwache mit der



Dauerausstellung Verfolgung und Widerstand. In seinem Grußwort beglückwünschte er alle Beteiligten zu der ungewöhnlichen Art des Gedenkens und sicherte den Botschafter*innen der Erinnerung die volle Unterstützung des Fördervereins zu. Zum Krieg in der Ukraine, der uns alle fassungslos mache und völlig irrational sei, sprach er die Hoffnung aus, dass die Friedenswilligen sich bald durchsetzen und auch das russische Volk Putin mit seinen Generälen in die Schranken weist. Es gäbe keine Alternative für das friedliche und zivile Zusammenleben der Völker.
(Text Georg Deventer)



"Krieg ist ein Ort, an dem junge Menschen, die sich nicht kennen und nicht hassen, sich gegenseitig töten, durch Entscheidungen alter Menschen, die sich kennen und hassen, aber sich nicht gegenseitig töten."

(Erich Hartmann)



[Zum Nachdenken](#)



BESUCH DER VILLA TEN HOMPEL IN MÜNSTER



Imposante Industriellenvilla aus der Weimarer Republik,

Machtzentrale der uniformierten Polizei in der NS-Zeit, danach Schauplatz der Entnazifizierung von Tätern sowie der Entscheidung über Ansprüche von Opfern: Das war die Villa ten Hompel im Laufe der Geschichte. Mehr nur als vergangene Ereignisse; ebenso gehören die mehr oder minder klaren Spuren dazu, in denen die Vergangenheit in der Gegenwart weiterlebt.

Gewalt hat die Geschichte der Villa ten Hompel geprägt. Hier standen die Schreibtische jener NS-Beamten, die Polizisten ins besetzte Europa abkommandierten – zur Teilnahme an Massenmorden an Juden, Sinti und Roma.

Deportationen gab es aber auch ins Reichsgebiet herein: Millionen von Menschen aus den besetzten Gebieten mussten als Zwangsarbeiter nach Deutschland kommen und bei oft grausamer Behandlung die Wirtschaft retten, der durch den Krieg die Arbeitskräfte ausgingen.

All dies geschah vor den Augen der Öffentlichkeit und im Regelfall sogar mit deren Einverständnis. Und hier standen die Schreibtische jener Nachkriegsbeamten, die nationalsozialistische Gewalttaten untersuchten und zugefügtes Unrecht wiedergutmachen sollten.

Nicht weniger als 600 Tausend Verfolgte und Regimegegner starben direkt von der Hand der uniformierten Polizisten. Gewissen bleibt eine Sache der einzelnen Person. Auch wer Gewalt auf staatliche Anordnung ausübt, muss sich fortan als Gewalttäter im Spiegel anschauen und seine Handlungen vor seinem Gewissen verantworten.

KARFREITAGSGEDENKEN 2022

Nach einer coronabedingten Pause von zwei Jahren fand Karfreitag 2022 wieder eine Gedenkveranstaltung in der Bittermark mit internationalen Gästen statt. Im Vergleich zu den Vorjahren wurde der Programmverlauf um einiges verändert.

Rund 1.500 Menschen waren gekommen, darunter Nicole Godard, die Vorsitzende der Zwangs- und Arbeitsdeportierten aus Frankreich. Bürgermeister Norbert Schilff schlug in seiner Rede einen Bogen von den Verbrechen der Nazis in der Bittermark zum aktuellen Krieg in der Ukraine. „Wie wir heute wissen, sind unter den hiesigen Toten aus der damaligen Sowjetunion viele Ukrainer“.

Begrüßung / Ansprache

Norbert Schilff Bürgermeister

und Vorsitzender des Fördervereins Gedenkstätte Steinwache-Internationales Rombergpark-Komitee e.V.

Nicole Godard

Vizepräsidentin des Verbandes der französischen Zwangs- und Arbeitsdeportierten

Ekkehard Freye Schauspieler / Theater Dortmund

Lesung Rombergparkprozess

Botschafterinnen und Botschafter der Erinnerung

Beitrag „Gedenken unterwegs“.



Norbert Schilff, Erster Bürgermeister der Stadt Dortmund und Vorsitzender der Gedenkstätte Steinwache – Internationales Rombergpark-Komitee bei seiner Ansprache



Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Gäste aus dem In- und Ausland, sehr geehrte Frau Godard,

zwei Jahre konnten wir uns hier nicht gemeinsam versammeln. Wir haben das Gedenken dennoch aufrechterhalten, weiterhin Kränze niedergelegt und Videobotschaften an Sie geschickt. Umso mehr freue ich mich, Sie und insbesondere unsere internationalen Gäste bei uns begrüßen zu dürfen. Aus tiefer Verbundenheit begrüße ich zudem herzlich unsere Freundinnen und Freunde aus Frankreich.

Heute, 77 Jahre nach den Gräueltaten der Gestapo und der SS gedenken wir wieder gemeinsam der circa dreihundert im Rombergpark und der Bittermark ermordeten Männer und Frauen. Ihr Tod war grausam und sinnlos. Kurz vor Kriegsende zeigten der Nationalsozialismus und diejenigen, die in ihrem Sinne handelten, noch einmal ihre wahren abscheulichen Gesichter. Menschen wurden damals gefoltert und ermordet, Familien wurden zerstört.

Wir gedenken an dieser Stelle tausender Kriegsgefangener und Zwangsarbeiter aus Belgien, Frankreich, den Niederlanden, Polen, dem ehemaligen Jugoslawien, der damaligen Sowjetunion und



Deutschland, die den Massenmördern ausgeliefert waren. Dies waren nicht nur Taten bloßer Willkür, sie machten das grauenvolle Wesen des Faschismus aus.

Heute, an diesem Gedenktag, können wir den Opfern des Nationalsozialismus und den Getöteten, den Verschleppten sowie den Gefolterten, durch unser Erinnern und unser Versprechen, alles dafür tun, dass sich ein solches Unrecht nicht wiederholen wird, ein Stück Gerechtigkeit verschaffen.

Die heutige Veranstaltung, hier am Mahnmal in der Bittermark ist kein Ritual, keine Zweckveranstaltung. Sie ist ein Zeichen der Erinnerung, fest verankert in unserer Dortmunder Gedenkkultur und unserem Politischen Handeln.

Besonders freue ich mich, wenn sich viele junge Menschen unter den Gästen befinden. Dies zeigt mir, dass das Thema Nationalsozialismus und Rechtsradikalismus auch die junge Generation nach wie vor bewegt.

Das Thema Faschismus ist aktueller als jemals zuvor. Ein Blick in den Bundestag, in viele Landtage und auch im Dortmunder Rat zeigt das sehr deutlich. So erinnere ich an das „freundliche Gesicht des NS“ Hören Sie die Äußerungen der Mitglieder aus seiner Ratsfraktion an. Dann wird die rechte Nähe deutlich.



An dieser Stelle ist für mich eindeutig, dass die demokratischen Kräfte in unserer Stadt gemeinsam gegen diese rechten Tendenzen eintreten müssen! Wir dürfen Rechtsextremisten und ihren vermeintlich bürgerlichen Mitläufern keinen Fußbreit Raum lassen. Wir alle sind aufgefordert, jederzeit und überall klare Grenzen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu setzen. Wir dürfen nicht nachlassen, uns gemeinschaftlich für eine vielfältige, tolerante und demokratische Gesellschaft einzusetzen. Auch dafür ist der heutige Gedenktag ganz wichtig!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, nie wieder Krieg. Das ist hier an diesem Mahnmal die Losung seit der ersten Gedenkveranstaltung. Doch vor genau 50 Tagen, am 24. Februar, marschierten Soldaten der russischen Föderation in die Republik Ukraine ein. Seitdem dauert der Angriffskrieg Russlands unvermindert an. Mit dem Angriffskrieg ist die Lage in der Ukraine für viele Zivilisten lebensgefährlich geworden. Genaue Opferzahlen sind unbekannt. Mehr als dreieinhalb Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer haben UNHCR bislang ihr Land Auch deswegen sind gute Informationen so wichtig. Ich appelliere an Sie: bitte informieren Sie sich über unterschiedliche Kanäle, versuchen Sie verschiedene Nachrichten zu

verlassen und sind in die europäischen Nachbarstaaten geflüchtet.

Erlauben Sie mir hier kurz den Hinweis, dass es viel zu viel Leid in unserer Welt gibt. Die Hilfsaktionen für die Ukraine und die Menschen dort sind wichtig und großartig. Wir müssen aber auch den Flüchtenden aus anderen Regionen weiterhin helfen.

Viele Staaten, darunter auch Deutschland, liefern Waffen zur Verteidigung des Landes. Es herrscht Krieg in Europa! Ein Krieg, der sich auf vielen Ebenen abspielt. Ein Krieg, und in den sozialen Medien gekämpft wird.

Meine Damen und Herren, die Beeinflussung der Bevölkerung über Desinformationen und Propaganda durch Medien und die Steuerung der Nachrichtenwaren immer schon wichtig für Kriegsparteien. Für uns alle und selbst für Journalistinnen und Journalisten ist es schwer zu kontrollieren, ob die Nachrichten wirklich stimmen. Deswegen kann es leicht passieren, dass selbst von seriösen Medien falsche Nachrichten verbreitet werden. Andersherum werden aber gerade auch bewusst Falschnachrichten verbreitet. So kann man ein „Feindbild“ schaffen und aufrechterhalten, um die eigene Bevölkerung von der angeblichen Richtigkeit und Wichtigkeit seines Handelns zu überzeugen. Das war schon damals so und ist heute auch noch so. In den Zeiten des Internets verbreiten sich die Nachrichten rasend schnell. Mit den heutigen technischen Möglichkeiten ist es oft ein Kinderspiel, Falschnachrichten täuschend echt zu erstellen und zu verbreiten. Auch das ist eine große Gefahr.

Denn diese Nachrichten, egal ob wahr oder falsch, machen vielen Menschen Angst. Nicht nur den direkt betroffenen Menschen im Kriegsgebiet, sondern auch den Menschen hier bei uns. Diese Angst belastet, die Betroffenen fühlen sich traurig und verlieren die Kraft, ihren Alltag zu bewältigen.

Auch deswegen sind gute Informationen so wichtig. Ich appelliere an Sie: bitte informieren Sie sich über unterschiedliche Kanäle, versuchen Sie verschiedene Nachrichten zu

sehen, zu hören oder zu lesen. Das gilt nicht nur für Ausnahmesituationen wie Krieg oder Pandemie, nein, das gilt zunehmend auch für allgegenwärtige Situationen.

Die Desinformation, ja sogar die Lüge, um zu täuschen, ist ein sehr beliebtes Mittel von autoritären Staaten, auch von Russland!

Die schrecklichen Auswirkungen des Ukrainekrieges bekommen heute an dieser Gedenkstätte eine weitere tragische Bedeutung. Am 18. März dieses Jahres hat das Internationale Komitee Buchenwald-Dora bestätigt, dass deren Vizepräsident bei einem russischen Angriff getötet worden ist. Es handelt sich dabei um den 96jährigen Boris Romantschenko. Er hat vier Konzentrationslager der Nazis überstanden. Er war während des Zweiten Weltkrieges als Zwangsarbeiter nach Dortmund gebracht worden, hat im Bergbau gearbeitet und wurde im Januar 1943 bei einem Fluchtversuch von Dortmunder Polizisten festgenommen, ins Gestapo- Gefängnis Steinwache eingeliefert und von hier ins KZ Buchenwald deportiert. Es folgten das Außenlager Peenemünde, das KZ Dora-Mittelbau und das KZ Bergen-Belsen.

Boris Romantschenko setzte sich intensiv für die Erinnerung an die Nazi-Verbrechen ein. Auch sein Tod mahnt uns, dass Deutschland eine besondere historische Verantwortung hat. Boris Romantschenko ist einer von Tausenden, die in der Ukraine bisher gestorben sind. Jedes verlorene Leben erinnert uns, alles daran zu tun, um diesen grausamen Krieg zu stoppen und nicht zu vergessen, dass auch in vielen anderen Ländern dieser Erde bei kriegerischen Handlungen jeden Tag Menschen ihr Leben sinnlos verlieren.

Wie wir heute wissen, sind unter den hiesigen Toten aus der aus der damaligen Sowjetunion viele Ukrainer. Was würden sie wohl über die derzeitige Situation in ihrem Heimatland

denken; wir wissen es nicht. Nie wieder Krieg! Dafür stehen wir ein, dafür sollten wir jeden Tag kämpfen.

Niemals vergessen!

Der sinnlose Tod der Menschen, wie unter dem Naziregime oder aktuell in der Ukraine und anderen Kriegsgebieten, wird uns immer begleiten. Diese Menschen dürfen nicht vergessen werden. Für uns gilt, die Erinnerung an sie wachzuhalten. In der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache halten wir in unserer Stadt die Erinnerung an die menschenverachtenden Taten des Nazi-Regimes aufrecht, ebenso wie an diesem Mahnmal in der Bittermark und den zahlreichen Gedenktafeln dieser Stadt.

Erinnern, Gedenken, Mahnen – aber auch handeln – das ist eine unserer Aufgaben. Niemals vergessen! Nie wieder Krieg! – Diese Losung wird durch Sie alle, meine Damen und Herren, hier und heute gelebt. Herzlichen Dank dafür.

Bedanken möchte ich mich auch bei dem Kinderchor, dem Posaunenchor und den Botschaftern der Erinnerung. Mein Dank gilt auch Ihnen, Herr Freye für die Lesung. Und ebenso bedanke ich mich bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des „Heinrich-Czerkus-Gedächtnislaufes“.

An der Organisation des diesjährigen Karfreitagsgedenkens haben so viele Menschen mitgewirkt, dass ich sie an dieser Stelle gar nicht alle aufzählen kann. Ihnen möchte ich meinen Dank aussprechen. Und wenn Sie sich umschauchen, stellen Sie fest, ihre Mühen waren nicht umsonst, die erneut große Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bestätigt das!

Stehen wir gemeinsam ein für Frieden und Versöhnung, für eine vielfältige, bunte und tolerante Welt.





Auf dem Weg zur Krypta:

Foto mit Nicole Godard aus Frankreich, Norbert Schilff, Wolfgang Asshoff, Georg Deventer

Gedenken auf dem Internationalen Dortmund- Brackel

Ansprache von Hannelore Tölke:

Liebe Freundinnen und Freunde, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe lange überlegt, was ich in diesen Zeiten an diesem Ort sagen soll. In einer Zeit, in der es wieder Krieg in Europa gibt, ein Krieg der viele Menschen hier zutiefst erschüttert.

Ein Ort wie dieser, der die Ruhestätte für tausende Kriegsoffer aus verschiedenen Ländern ist, muss eine Mahnung und eine Aufforderung uns für ein Ende von Krieg und Tod einzusetzen. Verhandlungen schaffen Frieden, nicht weitere Krieg und noch mehr Waffen. Ein Ort wie dieser zeigt uns deutlich, welche Folgen es hat, wenn



wir unsere Herzen und Gedanken für Kriegspropaganda öffnen. Er zeigt uns auch, welche Konsequenzen Krieg für den einzelnen Menschen hat.

Auf diesem Friedhof sind mehrere tausend Menschen begraben, die nach Deutschland zur Zwangsarbeit verschleppt wurden und hier an den Folgen des Krieges gestorben sind. Für uns sind die meisten bisher namenlos, wir kennen sie nicht.

Zwei junge Männer, die hier begraben sind, möchte ich deshalb heute vorstellen. Als sie starben waren sie 24 und 33 Jahre alt. Es sind Roman Anzebor, aus dem Gebiet Poltawa, das auf halbem Weg zwischen Kiew und Charkiw liegt, und Michail Kartoschkin, aus dem Dorf Mokrizi im Gebiet Rjasan, 200 km südöstlich von Moskau. Wier sehen beide auf den Transparenten hier. (s. Fotos unten)



Roman und Michail gerieten beiden wenige Tage nach dem Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion in Litauen in deutsche Kriegsgefangenschaft. Beide kamen Anfang Oktober 1941 in das Kriegsgefangenenlager Bergen Belsen im heutigen Niedersachsen. Dort mussten sie in zahlreichen Arbeitskommandos Zwangsarbeit leisten. Anfang Dezember 1942 brachte man beide in das Kriegsgefangenenlager nach Hemer und von dort in das Arbeitskommando der Zeche Kaiserstuhl in Dortmund. Wann sie sich getroffen haben, ob sie sich gut kannten oder befreundet waren, wissen wir nicht.



In der Nacht vom 4. Mai auf den 5. Mai 1943 gab es einen der schwersten Fliegerangriffe auf Dortmund. Auch die Zeche Kaiserstuhl wurde getroffen, Roman und Michail kamen im Bombenhagel um. Ihre sterblichen Überreste wurden auf Feld 4 begraben.

Gedenken in Lünen Süd

Ansprache von Katrin Rieckermann

Katrin ist seit dem 10.06.2022 Beisitzerin im Vorstand des Fördervereins

Katrin hat Karfreitag in Lünen nachfolgende Rede gehalten. Sie wurde von den Anwesenden mehrfach unterbrochen, so dass sie ihre Ausführungen nicht zum Ende führen konnte. Ihr textlicher Beitrag ist umstritten, wir übernehmen ihn in unseren Bericht zur Diskussion.

Liebe Anwesende, sehr geehrte Damen und Herren,

Mein Name ist Katrin Rieckermann. Ich bin Mitglied im Förderverein Steinwache in Dortmund und ich möchte mich für die Einladung, hier zu sprechen, herzlich bedanken.

Wir erinnern hier an die sechsen Lünen Kommunisten, die in den letzten Kriegstagen des Zweiten Weltkriegs ermordet wurden: Johann Berg, Jakob Bink, August Dombrowski, Bernhard Höltmann, Johann König, Josef Kriska. Als Mitglieder der KPD waren sie gegen Krieg. Karl Liebknecht stimmte als einziges Reichstagsmitglied gegen die Kriegskredite zur Finanzierung des Ersten Weltkriegs. Ernst Thälmann warnte im Vorfeld des Zweiten Weltkriegs: Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, und wer Hitler wählt, wählt den Krieg. Wie sieht es heute aus?

Der Überfall Russlands auf die Ukraine ist durch nichts zu rechtfertigen. Er wird allerdings von den bundesdeutschen Medien genutzt, um Russland, alles Russische und insbesondere den Präsidenten Wladimir Putin zu dämonisieren und zu verteufeln. Dabei wissen wir alle: Das Erste, was im Krieg stirbt, ist die Wahrheit.

Die gegenwärtige mediale Hetze führt in eine Einbahnstraße, aus der eine Umkehr immer schwieriger wird. Säbelrasseln und Hurra-Geschrei verstellen dabei den Blick darauf, dass jeder politische und auch militärische Konflikt Ursachen hat – in diesem Fall werden letztere von unseren Medien schlichtweg verschwiegen.

Wendet man sich ausländischer – und damit meine ich nicht russischer - Berichterstattung zu, erhält man tatsächlich oft ein differenzierteres Bild der Ereignisse. Das hat nichts mit dümmlichen Schablonen zu tun wie dem Unwort "Putin-Versteher" oder einer angeblichen Relativierung des Krieges. Eine weitere Eskalation zwischen der NATO, vor allem den USA, sowie der EU und den zu Feinden erklärten Staaten Russland und China kann schnell außer Kontrolle geraten.

Mittlerweile ist es zu einem nie für möglich gehaltenen Paradigmenwechsel in der bundesdeutschen Politik gekommen. So werden alle bislang gültigen diplomatischen Gepflogenheiten und Standards über Bord geworfen. Statt auf Verhandlungslösungen zu setzen, auf einen Waffenstillstand und eine Rückkehr an den Verhandlungstisch zu drängen und sich für internationale Vereinbarungen einzusetzen, wird beispielsweise von unserer Außenministerin lauthals postuliert, Russland "ruinieren" zu wollen.

Dies greifen Nachahmerinnen und Nachahmer der unteren politischen Chargen dann gerne auf: Inzwischen können selbst ernannte Feldherren an jedem Küchentisch (und nicht nur dort!) verkünden, wie der "Despot Putin" am besten in die Knie zu zwingen sei.

Der ehemalige militärpolitische Berater von Angela Merkel, Brigadegeneral a.D. Erich Vad, betont, dass aus guter gesinnungsethischer Absicht sehr viel Kriegsrhetorik gemacht werde. Ich zitiere ihn: "Aber der Weg in die Hölle ist bekanntlich immer mit guten Vorsätzen gepflastert. (...) Wenn wir den dritten Weltkrieg nicht wollen, müssen wir früher oder später aus dieser militärischen Eskalationslogik raus und Verhandlungen aufnehmen."

Auf der Tagesordnung steht aktuell auch ein weiterer Tabubruch: Die Lieferung deutscher Waffen in Kriegsgebiete. Was bislang ein außenpolitisches No-Go war, wird jetzt lauthals gefordert.

(Erich Vad merkt dazu an, dass eine Lieferung von schweren Waffen nutzlos ist, solange kein geschultes Personal zu ihrer Bedienung vorhanden ist. Sollten dann ebenfalls deutsche Ausbilder zum Einsatz

kommen, könnte dies als Kriegsbeteiligung Deutschlands interpretiert werden und zu unabsehbaren Folgen führen.)

Beim Export von Waffen soll es allerdings nicht bleiben. Geplant ist von Seiten der Bundesregierung, ein 100 Milliarden-Sondervermögen sowie Ausgaben von über 2% des Bruttoinlandsprodukts jährlich für die Bundeswehr im Grundgesetz festzuschreiben.

Die ehemalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen hatte ein solches Aufrüstungsprogramm schon vor längerer Zeit versprochen – nun wurde der Schock über den russischen Einmarsch genutzt, um diese Forderung in die Tat umzusetzen. Nebenbei muss angemerkt werden, dass der Posten "Verteidigung" schon jetzt an zweiter Stelle im Bundeshaushalt steht.

Eine Festlegung auf 2% des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung würde überdies dazu führen, dass mehr Wachstum und Wohlstand in Deutschland immer automatisch zu mehr Militär führen. Dies freut zuallererst die Rüstungsindustrie, Rheinmetall in Duisburg sucht schon jetzt 3000 weitere Arbeitskräfte.

Wem ist mit einem derartig gigantischen Aufrüstungsprojekt geholfen, das Deutschland weltweit auf Platz drei (in Europa auf Platz 1) der Rüstungsausgaben heben würde? Weder den Menschen in der Ukraine, geschweige denn der Bevölkerung hierzulande! Es soll gerüstet werden, als ob es kein Morgen gäbe. Dabei kommen alle Bereiche der Daseinsvorsorge in unserem Land zu kurz.

Wann immer in den letzten Jahren politisch wichtige Probleme auf der Tagesordnung standen, hieß es: Es sei kein Geld da. Es gab kein Geld für drängendste Klimaschutzmaßnahmen, um das Überleben unseres Planeten zu sichern. Es gab kein Geld zur Sicherung der Gesundheitsversorgung – nicht grundlegend und auch nicht angesichts der Corona-Pandemie. Es gab kein Geld für Bildung und auch nicht für die Herausforderungen der Digitalisierung. Es gab kein Geld für dringend anstehende Infrastrukturprojekte. Habe ich noch einen Bereich vergessen?

Natürlich, die Armutsbekämpfung. Für die ist schon in der Vergangenheit kein Geld da gewesen. Wenn weiter kategorisch an der Schuldenbremse festgehalten wird und wenn ausgeschlossen ist, Großkonzerne und Superreiche wirksam zu besteuern, wird auch in Zukunft kein Geld da sein! Stattdessen drohen massive Kürzungen in allen öffentlichen Bereichen und ein weiteres Kaputtsparen unseres Landes.

Durch den Verzicht auf russische Gaslieferungen und die Wirtschaftssanktionen gegen Russland verteuern sich sowohl Energie als auch Lebensmittel dramatisch. In Verbindung mit der galoppierenden Inflation bedeutet dies eine immense Belastung der privaten Haushalte, vor allem der ärmeren.

Ohne eine massive Unterstützung der Bevölkerung durch die Bundesregierung bedeutet diese Politik ein gigantisches Verarmungsprogramm. (Dass die Ärmsten in unserem Land auf keine Hilfe hoffen dürfen, zeigt das halbherzige Vorhaben, Steuerpflichtige mit jeweils 300.- Euro bei den Energiekosten entlasten zu wollen. Hartz-IV-Empfänger*innen sollen nur einen Bruchteil davon bekommen, es ist von einem Zuschuss von zweimal 100.- Euro die Rede. Rentner*innen mit einer kleinen Rente, die nicht versteuert wird, sollen leer ausgehen – die dürfen dann im Winter frieren.)

Insbesondere im Bereich der Armutsbekämpfung muss dringend Geld in die Hand genommen werden, wie es derzeit die Gewerkschaften, allen voran Ver.di, fordern. Eine weitere Vertiefung der Kluft zwischen Arm und Reich können und dürfen wir uns nicht leisten!

Darüber hinaus ist es durch die politischen Entscheidungen der jüngsten Zeit zu einem weiteren Riss gekommen, der durch die Gesellschaft geht und von dem unklar ist, wie er je wieder gekittet werden kann. Selbstverständlich brauchen wir in Deutschland Zuwanderung.

Renommierte Wirtschaftswissenschaftler sprechen von 200.000 bis 500.000 Menschen, die jährlich einwandern müssen, damit hier die Lichter nicht ausgehen. Es versteht sich, dass wir die Menschen, die vor dem Krieg aus der Ukraine fliehen, selbstverständlich bei uns aufnehmen und unterstützen.

Was aber ist mit den anderen? Mit denjenigen, die beispielsweise unter Lebensgefahr im Schlauchboot über das Mittelmeer gekommen sind? Die auf der Flucht Familienmitglieder verloren haben? Die in

Lagern an den europäischen Außengrenzen oder nach ihrer Ankunft in Deutschland jahrelang in Asylbewerberheimen auf die Anerkennung ihrer Asylanträge gewartet haben, ohne Arbeitserlaubnis, lediglich mit einer Duldung, ständig in Angst vor einer möglichen Abschiebung?

Was ist beispielsweise mit den Menschen in Afghanistan, die mit der Bundeswehr zusammengearbeitet haben und die nun – nach dem Abzug der Deutschen – den Taliban ausgeliefert sind? Was ist mit all den anderen, die in Deutschland Schutz vor Krieg, Hunger und Verfolgung suchen?

In der migrantischen Community wird diese eklatante Ungleichbehandlung von Geflüchteten sehr genau zur Kenntnis genommen, und sie führt zu neuem sozialem Sprengstoff. Eine Unterteilung in Menschen erster und zweiter Klasse darf es nicht geben!

Was ist nun zu tun?

- Zu allererst muss es heißen: Die Waffen nieder! Es braucht einen sofortigen Waffenstillstand mit anschließenden Verhandlungen, um das Sterben und das Leid zu beenden.
- Die mediale Hetze, die den Weg zu jedweder friedlichen Beilegung des Krieges verstellt und ihn unnötig befeuert, muss aufhören.
- Mit Hochdruck muss an einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur und entsprechenden internationalen Abkommen gearbeitet werden.
- Es braucht eine Wiederbelebung der internationalen Rüstungskontrolle, Vereinbarungen über Gewaltverzicht und ein gemeinsames Handeln bezüglich der Herausforderungen der Zukunft, wie beispielsweise dem Klimawandel.
- Abrüsten statt Aufrüsten, das ist das Gebot der Stunde! Geld muss in Soziales, in Gesundheit, Bildung und Infrastruktur investiert werden, nicht in Militär.
- Alle Menschen, egal welcher Herkunft, müssen gleichbehandelt und unterstützt werden!

Um diesen Forderungen Gewicht zu verleihen, rufen Kirchen, der DGB, verschiedene Einzelgewerkschaften, Parteien und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft dazu auf, sich an den diesjährigen Ostermärschen der Friedensbewegung zu beteiligen. Folgen wir ihrem Aufruf!



Gedenkstätte
in Lünen-Süd

Karsamstag in Lippstadt

Der Patriot – Lippstadt am 19.04.2022

Als das Teilen von Brot ein Verbrechen war

„Weil sie fehlen“: Gedenken nahe St. Joseph-Kirche an 13 Opfer der Nationalsozialisten

VON HELGA WISSING

Lippstadt – „Wir gedenken ihrer, weil sie fehlen, ihren Angehörigen, ihren Freunden und uns allen in unserer Mitte. Sie lebten in einer barbarischen Zeit, in der das Teilen von Brot ein Verbrechen war. Doch sie blieben Mensch, auch unter Lebensgefahr.“ Mit bewegenden Worten erinnerte der DGB-Kreisvorsitzende Holger Schild am Karsamstag vor dem Gedenkstein an der St. Joseph-Kirche zum wiederholten Mal an 13 Menschen, die kurz vor Kriegende noch ein Opfer der Nationalsozialisten wurden.

Sechs deutsche Arbeiter der Lippstädter Union-Werke waren gemeinsam mit sieben französischen Zwangsarbeitern verhaftet und in der Nacht vor Karfreitag 1945 im Dortmunder Rombergpark erschossen worden, weil sie mit diesen ihr Brot geteilt hatten. „Menschen wurden ermordet, weil sie Mitleid gezeigt haben, auch mit Fremden und Feinden“, erinnerte die stellvertretende Bürgermeisterin Sabine Pfeffer an das Unrecht. „Wie nah muss



Gemeinsam gegen das Vergessen, v.l.: Ernst Söder (Ehrenvorsitzender Rombergpark-Komitee), Sabine Pfeffer (stellv. Bürgermeisterin Lippstadt), Norbert Schilff (Int. Rombergpark-Komitee), Ralf Beltermann (DGB), Britta Peter (1. Bevollmächtigte IG Metall Hamm-Lippstadt) Wolf Stötzel (Buchenwald-Komitee), Holger Schild (DGB Kreisvorsitzender). FOTO: WISSING

das Grauen sein, damit wir diese Menschlichkeit entwickeln?“, stellte sie die rhetorische Frage. „So präsent wie der Krieg in der Ukraine, also mehr als 1000 Kilometer entfernt?“, zog sie die Verbindung zu den heutigen Ereignissen, um gleichzeitig an die „Gräueltaten“ in Vietnam, Korea Syrien und den Irak zu erinnern.

„Die schrecklichen Auswirkungen des Ukrainekrieges bekommen heute an dieser Gedenkfeier eine weitere tragische Bedeutung“, spannte auch Norbert Schilff, Bürgermeister von Dortmund und Mitglied vom Int. Rombergpark-Komitee, den Bogen in die Gegenwart. Der Tod von Boris Romantschenko mahne, dass Deutschland „eine

besondere historische Verantwortung“ habe. Wolf Stötzel aus Berlin, dessen Vater ebenfalls ein Opfer der Nazis war und in der Steinwache in Dortmund schwer gefoltert wurde, erinnerte unter anderem an zwei Außenlager des KZ Buchenwald im Stadtgebiet, Lippstadt I und Lippstadt II. Die Insassen seien ausschließlich jüdische Mäd-

chen und Frauen gewesen. Auch ihrer wurden an diesem Tag gedacht. Die bewegende und gut besuchte Veranstaltung wurde von Sängerin Bianca Zielke und Jörg Schnieder am Keyboard musikalisch begleitet. Unter anderem erklang das zu Herzen gehende Lied von den „Moor-soldaten“, in das einige der Besucher mit einstimmten.

Auf dem Foto:

Ernst Söder (Förderverein), Sabine Pfeffer (Stellv. Bürgermeister der Stadt Lippstadt), Norbert Schilff (Bürgermeister in Dortmund und Vors. des Fördervereins Steinwache-IRPK), Ralf Beltermann (DGB), Britta Peter (IGM), Wolf Stötzel (Buchenwald Komitee – und Förderverein Gedenkstätte Steinwache-IRPK), Holger Schild (DGB-Vors. Soest/Lippstadt).

Norbert Schilff sprach für den Förderverein Gedenkstätte Steinwache-IRPK.:

Seit vielen Jahren ist es eine gute Tradition das Vertreter des internationalen Rombergparkkomitees hier an diesem Stein sprechen dürfen.

Uns verbinden die schrecklichen Gräueltaten der Nazis an unschuldigen Menschen die eines gemeinsam hatten, sie waren in- und ausländische Zwangsarbeiter oder Gegner des Regimes.

In der Karwoche 1945 wurden in den südlichen Waldungen der Stadt Dortmund und an anderen Stellen hunderte von Menschen von der Gestapo ermordet um Mitwisser zeitzeugen und Menschen die nach dem Sieg der Alliierten Deutschland wieder hätten aufbauen können zu vernichten.



Nach der Vernichtung durch Arbeit, nach der planmäßigen Ausrottung durch Rassenwahn, nun der letzte Akt, die Vernichtung der Zeitzeugen von Verbrechen.

Bei der Bergung der Leichen im Rombergpark und in der Bittermark bot sich ein grausamer Anblick.- von hinten erschossen, mit Stacheldraht gefesselt, bis Unkenntlichkeit entsteht. als 300 ermordete, - Franzosen, Belgier Sowjetbürger, Niederländer Polen, Jugoslawen und Deutsche. Unter ihnen Arbeiter und Zwangsarbeiter des Werkes westfälische Union in Lippstadt.

Wir gedenken in dieser Stunde der Opfer, der Ermordeten. Wir erinnern an das Leid unschuldiger Männer, Frauen und Kinder aus anderen Völkern und aus unserem eigenen Land, wir trauern.

Die Zeit der Zeitzeugen geht unwiederbringlich zu Ende. Jetzt kommt die Zeit derjenigen die diese Menschen noch gekannt haben und die die Zeit derjenigen die diese Flamme für die Zukunft weitertragen und sich gegen jeglichen rechten und faschistoiden Tendenzen wenden.

Wir dürfen Rechtsextremisten und ihren vermeintlich bürgerlichen Mitläufern keinen Fußbreit Raum lassen. Wir alle sind aufgefordert, jederzeit und überall klare Grenzen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu setzen. Wir dürfen nicht nachlassen, uns gemeinschaftlich für eine vielfältige, tolerante und demokratische Gesellschaft einzusetzen. Auch dafür ist die heutige Gedenkveranstaltung ganz wichtig!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,
nie wieder Krieg! Das ist hier an diesem Mahnmal die Losung seit der ersten Gedenkveranstaltung. Doch vor genau 50 Tagen, am 24. Februar, marschierten Soldaten

der russischen Föderation in die Republik Ukraine ein. Seitdem dauert der Angriffskrieg Russlands unvermindert an. Mit dem Angriffskrieg ist die Lage in der Ukraine für viele Zivilisten lebensgefährlich geworden. Genaue Opferzahlen sind unbekannt. Mehr als dreieinhalb Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer haben nach Angaben des UNHCR bislang ihr Land verlassen und sind in die europäischen Nachbarstaaten geflüchtet.

Erlauben Sie mir hier kurz den Hinweis, dass es viel zu viel Leid in unserer Welt gibt. Die Hilfsaktionen für die Ukraine und die Menschen dort sind wichtig und großartig. Wir müssen aber auch den Flüchtenden aus anderen Regionen weiterhin helfen und dürfen sie nicht vergessen. es darf keine Flüchtlinge erster und zweiter Klasse geben.

Vergessen dürfen wir auch nicht, dass es an vielen Stellen dieser Erde bewaffnete Kriege und Konflikte gibt und dadurch millionenfaches Leid.

Die schrecklichen Auswirkungen des Ukrainekrieges bekommen heute an dieser Gedenkfeier eine weitere tragische Bedeutung. Am 18. März dieses Jahres hat das Internationale Komitee Buchenwald-Dora bestätigt, dass deren Vizepräsident bei einem russischen Luftangriff getötet worden ist. Es handelt sich dabei um den 96-jährigen Boris Romantschenko. Er hat vier Konzentrationslager der Nazis überstanden. Er war während des Zweiten Weltkriegs als Zwangsarbeiter nach **Dortmund** gebracht worden, hat im Bergbau gearbeitet und wurde im Januar 1943 bei einem Fluchtversuch von

Dortmunder Polizisten festgenommen, ins **Gestapo-Gefängnis Steinwache** eingeliefert und von hier ins KZ Buchenwald deportiert. Es folgten das Außenlager Peenemünde, das KZ Dora-Mittelbau und das KZ Bergen-Belsen.

Boris Romantschenko setzte sich intensiv für die **Erinnerung an die Nazi-Verbrechen** ein. Auch sein Tod mahnt uns, dass Deutschland eine besondere historische Verantwortung hat. Boris Romantschenko ist einer von Tausenden, die in der Ukraine bisher gestorben sind. Jedes verlorene Leben erinnert uns alles daran zu tun, um diesen grausamen Krieg zu stoppen und nicht zu vergessen, dass auch in vielen anderen Ländern dieser Erde bei kriegerischen Handlungen jeden Tag Menschen ihr Leben sinnlos verlieren.

Nie wieder Krieg! Dafür stehen wir ein, dafür Sollten wir jeden Tag kämpfen. Niemals vergessen. Der sinnlose Tod der Menschen, wie unter dem Naziregime oder aktuell in der Ukraine und anderen Kriegsgebieten, wird uns immer begleiten. Diese Menschen dürfen nicht vergessen werden. Für uns gilt, die Erinnerung an sie wachzuhalten. Erinnern, Gedenken, Mahnen – aber auch handeln – das ist eine unserer Aufgaben. Niemals vergessen! Nie wieder Krieg! – Diese Losung wird durch Sie alle, meine Damen und Herren, hier und heute gelebt! Herzlichen Dank dafür.

Nie wieder Krieg Freundschaft!



Foto: Georg Deventer – Ernst Söder – Norbert Schilff – Wolf Stötzel

(Aufnahme von Ralf Beltermann, DGB)

**Erinnern
das ist
vielleicht die qualvollste Art
des Vergessens
und vielleicht
die freundlichste Art
der Linderung dieser Qual.**
(Erich Fried 1921-1988)



Werte Anwesende,

mein Name - **Wolf Stötzel** - ist hier nicht bekannt. Ich komme aus Berlin und besuche seit Jahren regelmäßig diese traditionelle Veranstaltung hier am Mahnmal in Lippstadt an der St. Joseph-Kirche. Mein Vater August Stötzel war Bergarbeiter im Ruhrgebiet, Kommunist und als solcher Anfang 1934 verhaftet, in der Steinwache in Dortmund schwerst gefoltert wurde und schließlich erst am 11. April, dem Tag der Befreiung und Selbstbefreiung der Häftlinge von Buchenwald, die Freiheit wieder erlangte. Daraus erklärt sich meine Mitgliedschaft im Förderverein Gedenkstätte Steinwache-Internationales Rombergpark-Komitee e.V.



Die Frauen sind nach dreitägigem Todesmarsch von US-amerikanischen Truppen befreit worden. Das Glück der Befreiung ist in den Gesichtern eingebrannt. Es ist ein noch nicht voll erfasstes Glück.

Mich hat immer wieder das Gedenken hier vor Ort berührt und auch nachdenklich gemacht. Ich möchte heute in Erinnerung rufen, dass hier in Lippstadt bereits 1933 ein sehr frühes Konzentrationslager bestand, ein sogenanntes wildes KZ, welches von der SA im Ortsteil Benninghausen betrieben wurde sowie 2 Außenlager des KZ Buchenwald im Stadtgebiet Lippstadt I und Lippstadt II. In Benninghausen wurden viele der 344 Häftlinge gefoltert.

Die Insassen der beiden Außenlager waren ausschließlich junge jüdische Mädchen und Frauen, die zum Teil direkt auch aus Ungarn hierher deportiert wurden sowie aus dem Vernichtungslager Auschwitz. Ihr Überleben war nicht vorgesehen laut den Beschlüssen der Wannseekonferenz vor 80 Jahren. Zuvor sollten sie jedoch noch durch Zwangsarbeit in der Rüstungsindustrie dem Deutschen Reich von Nutzen sein.

Den meisten Häftlinge auf dem Ettersberg hatte wahrscheinlich keine Kenntnis, dass von etwa 270 000 Häftlingen im Stammlager und seinen 140 Außenlagern des KZ-System Buchenwald ca. 27 500 Mädchen und junge Frauen waren, zumeist Jüdinnen. Ihrer zu gedenken, geschieht viel zu selten und muss mehr in das öffentliche Bewusstsein gebracht werden. Hier in Lippstadt wurde Anfang der 90er Jahre viel gegen das Vergessen getan, allerdings in den späteren Jahren nach meiner Beobachtung nicht mehr.

Während in der Hospitalstr. 46, bei der heutigen „Hella KG Hueck & Co.“ eine Gedenktafel angebracht ist, die an die Frauen und Mädchen des Außenlagers Lippstadt II bei der früheren Westfälischen Metall-Industrie GmbH (WMI) erinnert ist mir dergleichen im Ortsteil Cappel, wo die frühere „Lippstädter Eisen-Metallwerke GmbH (LEM)“ mit dem Außenlager Lippstadt 1 ansässig war, nichts bekannt.

Die Arbeitsbedingungen waren schlecht. Darunter litten besonders die Frauen, die aus Auschwitz kamen. Das Totenbuch verzeichnet 9 zumeist namentlich bekannte Opfer im Alter von 20-47 Jahren. Weitere Tote unbekannter Anzahl sind bei Deportation nach Bergen-Belsen und Ravensbrück nach der Aufgabe der Lager in Lippstadt zu beklagen. Die jüngste Inhaftierte war Schülerin und gerade mal 14 Jahre alt.

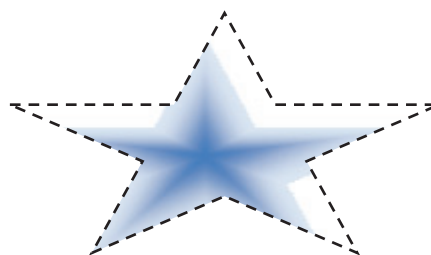
Ein Teil der Frauen ist in Kaunitz, etwa 35 km von Lippstadt entfernt von den Amerikanern befreit worden. Die SS-Bewacher haben am Ende die Frauen sich selbst überlassen, wie überflüssigen Müll. Aber die Frauen und Mädchen haben überlebt.

Von den befreiten Frauen möchte ich in Vertretung aller Frauen einen Namen besonders hervorheben: „Margit (Margarite) Fürst geboren am 07. März 1905 in Vrbovce (Slowakei)“.

Sie trug die Häftlingsnummer 25 730. Wie alle ihre Angehörigen war auch ihr Sohn Naftali Fürst für die Vernichtung vorgesehen. Mit dem Vorrücken der Roten Armee wurden die Häftlinge von Birkenau auf den Todesmarsch geschickt. So kam der 12jährige Naftali Fürst nach Buchenwald, wo er die Befreiung und Selbstbefreiung erlebte. Heute ist Naftali Fürst Präsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos.

Liebe Anwesende,

Sie können sich bestimmt die Freude des 90jährigen vorstellen, wenn er erfährt, dass seine Mutter in Lippstadt geehrt wurde. Und wir tun gut daran, uns anzuschließen.



Der Förderverein hat am 8. Mai in einer kleinen Zeremonie dem Tag der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht und der Befreiung vom deutschen Faschismus erinnert.

Am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg in Europa. Als die Waffen endlich schwiegen, waren mehr als 60 Millionen Opfer zu beklagen. Nach zwölf Jahren nationalsozialistischer Herrschaft bedeutete dieser Tag den politischen, militärischen und moralischen Untergang des verbrecherischen Regimes in Deutschland, das die Welt in den Abgrund gestürzt hatte.



Georg Deventer hat im Innenhof der Steinwache mit einer Kranzniederlegung an diesen Tag vor 77 Jahren erinnert:



Wir erinnern heute an den 8. Mai vor 77 Jahren, dem Tag der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht und den Tag der Befreiung Europas vom deutschen Faschismus.

Rassismus und völkischer Nationalismus, insbesondere deutscher Prägung, haben unmenschliches Leid und Elende über die Welt gebracht. Wir erinnern hier an der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache, an das Kriegsende 1945 und an die vielen Opfer mit der eindringlichen Mahnung, dass sich die Ereignisse der nationalsozialistischen Verbrechen nicht wiederholen dürfen

Nun mag man glauben, dass dieses doch selbstverständlich sei. Doch heute sind menschenbezogene Fremdenfeindlichkeit, Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Rassismus in Teilen unserer Gesellschaft wieder verstetigt und

"Der 8. Mai 1945 ist ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft."

Bundespräsident a.D. Richard von Weizsäcker 1985

unverhohlen wird zum Ausdruck gebracht, dass es noch nach so vielen Jahren Zeit sei, einen Schlusstrich zu ziehen.

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, wir sind es den Opfern der damaligen staatlichen Gewalt schuldig, weiter zu erinnern und zu mahnen. Keine Zukunft ohne Erinnerung. Und aus



der Erinnerung an das Leid der Kriege und der Verfolgung wächst der Auftrag, dass wir uns für den Frieden, für die Freiheit der Menschen, für Gerechtigkeit und ein würdiges Leben für alle, einsetzen müssen.

Ein jeder muss seine Stimme gegen Fremdenhass und Rechtsradikalismus und verbrecherischer Ideologie erheben, um auf die Gefahren aufmerksam zu machen. Das Schlimmste ist, gleichgültig zu sein. Wir dürfen es nicht zulassen, dass rechte Gewalt durch Gleichgültigkeit, stillschweigende Billigung und tatenloses Wegsehen genährt wird.

Die realen Probleme der heutigen Welt, weltweite Kriege und bewaffnete Konflikte, extreme Ausbeutung armer Länder und der Mangel an Demokratie, können nur durch den unbedingten Willen zu

Kooperation und Respektierung der Menschenrechte. Ohne soziale Gerechtigkeit kein Frieden, ohne Verständigung zwischen den Abrahams Religionen kein Frieden, ohne Völkerverständigung kein Frieden.

Anlässlich dieses Tages des Gedenkens und der Erinnerung an die etwa 55 Millionen Opfer des Zweiten Weltkrieges möchte ich an die etwa 27 Millionen Sowjetbürger hinweisen, die ihr Leben lassen mussten.

Und damit habe ich den Bogen gespannt zu dem Krieg in der Ukraine, zu dem es keine Alternative gibt als die Waffen niederzulegen und Autokraten in die Schranken zu weisen.

Dafür gibt es doch zurzeit keinen Königsweg. Es braucht Vernunft, um das Risiko einer Ausweitung auf ganz Europa zu vermeiden. So ist meine Überzeugung, dass eine unbegrenzte militärische Unterstützung nicht hilfreich ist, sie verlängert in jedem Fall das Leid der Menschen, der Soldaten und Zivilisten auf beiden Seiten. Kriege sehen keine Gewinner.

Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte, in der wir mit deutschen Waffen für die Ermordung von so vielen Menschen weltweit und in Osteuropa, von 6 Millionen Juden, acht Millionen Ukrainern, aber auch 27 Millionen Sowjetbürgern verantwortlich sind, dürfen wir nicht Kriegspartei werden.

Und natürlich muss über den Tag hinaus der Prozess der deutsch-russischen Versöhnung, der die letzten Jahrzehnte der Entspannungspolitik zugrunde lag, fortgesetzt werden. Es ist ein Unding, dass wir in diesen Wochen die Schändung von Gedenkortern für die Befreiung und die Befreier erleben müssen. Es beleidigt alle Opfer, die nicht in Verbindung gebracht werden



dürfen mit der heutigen russischen Föderation, die unter Putin – gegen Völkerrecht und Selbstbestimmung – eine Wiederherstellung des früheren Imperiums anstrebt.

Hier und heute, an der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache, hier und heute zur Erinnerung an den Tag der Befreiung 1945 – kann es nur die Forderung zum bedingungslosen Abrüsten geben, zur Rückkehr zur Diplomatie und Verhandlungen.

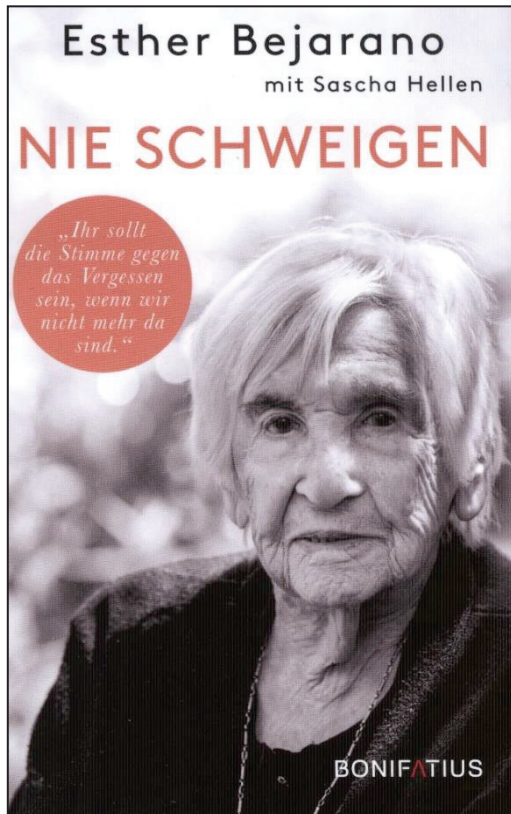
Die Milliarden für Rüstung brauchen wir – in Deutschland und Europa, ja weltweit, für die sozialen Infrastrukturen, für Bildung und Teilhabe, zur Armutsbekämpfung und für friedliche, zivile Projekte. Und insbesondere auch für eine uneigennützig Entwicklungshilfe und damit zur Bekämpfung von Fluchtursachen.

Gerne zitiere ich abschließend noch den Schwur von Buchenwald vom 19. April 1945. Das ist nicht nur ein historisches Dokument, sondern dauerhafte politische Verpflichtung für heute und morgen: Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer Welt des Friedens und der Freiheit unser Ziel“. Ich danke Ihnen allen, die heute gekommen sind und guten Willens sind.



Ich bin nicht sicher, mit welchen Waffen der Dritte Weltkrieg ausgetragen wird, aber im Vierten Weltkrieg werden sie mit Stöcken und Steinen kämpfen.

Albert Einstein, deutscher Physiker (1879 – 1955)



Buchbesprechung



Das letzte Buch über Esther Bejarano

„Bald wird es keine Zeitzeugen mehr geben, ihr müsst dann unsre Geschichte weitertragen, ihr müsst uns eine Stimme geben!“

Bis zu ihrem Tod engagierte sich die ehemalige Akkordeonistin des „Mädchenorchesters von Auschwitz“ gegen Antisemitismus und Rassismus. Ihr größter Wunsch: Dass sich viele Menschen, die die Erinnerung an das Grauen der Nazizeit lebendig halten und sich entschieden gegen jede Form von Fremdenfeindlichkeit stellen.

In ihrem letzten Interview sucht sie wieder den Dialog mit jungen Menschen. Sie beantwortet deren Fragen und berichtet von ihren Erfahrungen sowie Bedrohungen. Sie verurteilt den Rassismus unserer Tage und wirbt leidenschaftlich für ein stärkeres Engagement

gegen Intoleranz, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit.

Das bewegende Gespräch mit Esther Bejarano ist Vermächtnis und Aufruf zugleich: Es darf keinen Hass geben zwischen Völkern, zwischen Menschen.

(Bonifatius Verlag: ISBN 978-3-89710-920-9; 14,00 €)



Pressemitteilung der FIR

FIR verfolgt mit Sorge die Angriffe auf Denkmäler der sowjetischen Befreier in verschiedenen europäischen Ländern

Anfang April haben wir mit großer Bestürzung die Schändung der Grab- und Gedenkstätte für die sowjetischen Befreier von Berlin im Treptower Park erleben müssen. Vorgeblich als Protest gegen den Krieg wurden auf die Gedenkstelen und Erinnerungsplatten faschistische Parolen und Symbole gesprüht. In den folgenden Tagen waren trotz verstärkter Bewachung noch zwei weitere Schändungen zu verzeichnen. In den Tagen wurde auch die Grabanlage für 400 Soldaten auf dem Bassinplatz in Potsdam angegriffen. Das Ehrenmal wurde mit roter Farbe übergossen. Die Potsdamer VVN-BdA bezeichnet diese Tat als „Geschichtsverfälschung“ und „Angriff auf die antifaschistische Gedenkkultur“. Auch in Neubrandenburg war das sowjetische Ehrenmal Ziel solcher Übergriffe.

Auch in anderen Ländern mussten solche Schändungen registriert werden. In Österreich wurden auf dem sowjetischen Soldatenfriedhof in Laa an der Thaya, einem Gedenkort für über 450 Soldaten der Roten Armee, die für die Befreiung Österreichs vom Faschismus ihr

Leben ließen, mit roter Farbe Parolen gesprüht. Die Aktion macht deutlich, wie österreichische Antifaschisten betonen, dass die aktuelle Stimmung für eine geschichtsrevisionistische Generalabrechnung mit den Errungenschaften der Sowjetunion ausgenutzt werden soll.

Auch auf dem Territorium der Slowakei fanden solche Akte des Vandalismus statt. Ein Denkmal für die Soldaten der Roten Armee wurde in der westslowakischen Stadt Piešťany geschändet. Auf den Bildern dieser Schändung ist zu erkennen, dass es sich beim Symbol, mit dem das Denkmal beschmiert wurde, um das Emblem des ukrainischen Neonazi-Regiments Asow handelt. Die russische Botschaft forderte die lokalen Behörden auf, das geschändete Monument wiederherzustellen und die Verantwortlichen zu bestrafen.

Auch in der Ukraine sind die Aktionen gegen Mahnmale und Erinnerungsorte für die sowjetischen Befreier fortgesetzt worden. In der ukrainischen Stadt Charkiw stürzten Angehörige der als Teil der ukrainischen Armee operierenden Asow-Neonazis das Denkmal für den Marschall der Sowjetunion, Georgi Konstantinowitsch Shukow. Die Demontage des Denkmals soll am 17. April, stattgefunden haben. Koatiantyn Nemichev, ein ehemaliger Kämpfer des neonazistischen Asow-Regiments und Leiter des Charkiwer Zweigs des Nationalkorps, veröffentlichte ein Video über den Abriss des Denkmals und erklärte, dass es von KRAKEN-Spezialeinheiten demontiert worden sei.

In letzter Zeit haben die Behörden in ukrainischen Städten verschiedene Denkmäler abgerissen und topografische Namen umbenannt, die mit der UdSSR in Verbindung gebracht werden. In Ternopol wurde ein Denkmal für die sowjetischen Piloten-Befreier abgerissen, und in der Stadt Stryj, Region Lwiw, ein Denkmal für die sowjetischen Soldaten, die einst die Stadt von den Nazis befreit hatten. Die Behörden von Mukatschewo, Region Transkarpatien, haben ein Denkmal zur Erinnerung an die Befreiung der Stadt im Großen Vaterländischen Krieg, einen Obelisken des Ruhmes entfernt. In Rowno wurde eine sowjetische Panzerartillerieeinheit von ihrem Sockel genommen.

Der jüngste Skandal spielt sich aktuell in Lettland ab. Anfang Mai 2022 hat das lettische Parlament eine Gesetzesänderung verabschiedet, die den Abriss des Denkmals der Befreier Rigas im Großen Vaterländischen Krieg erlaubt. Die Saeima, das Parlament der Republik Lettland, setzte Artikel 13 des Abkommens über den Erhalt historischer Monumente, das Riga und Moskau im Jahr 1994 geschlossen hatten, außer Kraft und schuf damit die Rechtsgrundlage für den von der Rigaer Stadtverwaltung angestrebten Abriss des Befreier-Denkmals in der Hauptstadt. Siebzig Abgeordnete stimmten dafür, 18 dagegen.

Während am „Tag des Sieges“ viele Menschen in Riga mit Blumen zu diesem Denkmal gingen und die Befreier ehrten, ließ die Stadtverwaltung am kommenden Tag das Blumenmeer entfernen und zur Mülldeponie transportieren. Deutlicher konnte die Administration ihre Verachtung für die Befreier und den Willen der Bevölkerung nicht ausdrücken. Bei Protesten gegen diese Entscheidung wurde die Abgeordnete des Europäischen Parlaments Tatjana Zhdanok in Riga verhaftet.

Die FIR protestiert in aller Schärfe gegen solch würdelosen Umgang mit dem Gedenken und allen Formen der „Entsorgung“ von Geschichte. Wir betonen erneut: Das heutige Europa entstand auf der Grundlage der militärischen Befreiung von der faschistischen Barbarei.

Die alliierten Streitkräfte, deren Hauptlast die sowjetische Armee trug, befreiten mit der Unterstützung und dem direkten Einsatz der Partisanen die verschiedenen besetzten Länder und des damaligen Deutschen Reiches. Sie angemessen zu ehren, ist eine Verantwortung aller Menschen, die sich für ein friedliches Europa einsetzen.

(Erschienen 19.05.2022 FIR-Newsletter 2022-20 dt)



Vor 89 Jahren

**DORT, WO MAN BÜCHER VERBRENNT
VERBRENNT MAN AM ENDE AUCH
MENSCHEN.**

Heinrich Heine, Almansor 1821

„Hier auf dem Hansaplatz verbrannten am 30. Mai 1933 Dortmunder Nationalsozialisten, angeführt vom Polizeipräsidenten und Nationalistischen Lehrerbund die Werke hunderter freier Schriftsteller, Publizisten und Wissenschaftler.

Viele von ihnen erhielten in der Folge Arbeits- und Publikationsverbot, wurden ausgebürgert, zur Flucht ins Exil gezwungen, starben in Konzentrationslagern an der Folge der Haftbedingungen oder wurden ermordet“.

(Diese Tafel wurde im Jahre 2008 vom Oberbürgermeister Dr. Gerhard Langemeyer eingeweiht. Sie befindet sich auf dem Hansaplatz in Dortmund).

Eine Mahn- und Gedenkveranstaltung des Bündnisses gegen rechts mit Unterstützung der Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie fand am 30. Mai 2022 auf dem Hansaplatz statt.



U.a. sprach Doris Borowski zu den Ereignissen vor 89 Jahren. Sie ist Stellvertretende Vorsitzende des Fördervereins.



DAS MASSAKER VON LIDICE

LIDICE – ein tschechisches Dorf als Synonym für den NS-Terror

**Wir erinnern: Vor 80 Jahren wurde der Ort durch
Deutsche Polizeieinheiten und SS zerstört**

Lidice, der Name dieses Ortes ist in aller Welt ein Begriff für die deutsche faschistische Barbarei gegen das tschechische Volk. Ein kleiner Arbeiterwohnort nahe Prag wurde vor 80 Jahren, am 9./10. Juni 1942, zum Objekt der Rache des Okkupationsregimes. Nach dem erfolgreichen Attentat gegen SS-Obergruppenführer und General der Polizei Reinhard Heydrich, den man im Reichsprotectorat Böhmen und Mähren nur „den Henker“ nannte, wurde in Berlin für den Ort Lidice folgende „Sühnemaßnahme“ beschlossen:

- ❖ Alle männlichen Erwachsenen sind zu erschießen,
- ❖ Alle Frauen sind in ein Konzentrationslager zu überführen,
- ❖ Die Kinder zu sammeln und, soweit „eindeutschungsfähig“, an SS-Familien ins Reich zu geben. Der Rest soll einer anderen Erziehung zugeführt werden.
- ❖ Die Ortschaft ist niederzubrennen und dem Erdboden gleichzumachen.



Foto imago images



Begründet wurde diese verbrecherische Anweisung mit der Behauptung, die Attentäter hätten Unterstützer in dieser Ortschaft gehabt.

SS, **Schutzpolizei** und Wehrmachtseinheiten begingen gemeinsam dieses Verbrechen. 173 Männer wurden erschossen, 198 Frauen und 98 Kinder deportiert. Die meisten wurden im KZ Chelmno ermordet und die 93 Häuser niedergebrannt, nachdem zuvor die bewegliche Habe und das Vieh zu Gunsten des Deutschen Reichs geraubt worden waren. Bürokratisch korrekt wurden alle Maßnahmen der Vernichtung abgerechnet. Eine Ortschaft mit dem

Namen Lidice sollte nicht mehr existieren. Zwei Wochen später ermordeten deutsche Truppen mehr als 30 Männer in Lezaky, rund hundert Kilometer östlich von Prag.

Anfang der 1950er Jahre entstand am Rande des historischen Areals das neue Dorf Lidice. Als Ort der Erinnerung wurde 1955 ein Rosengarten angelegt, der bis heute existiert.

Ein juristischer Skandal bleibt es, dass nicht ein einziger Prozess gegen Verantwortliche und Beteiligte an diesem Massaker eröffnet wurden. Angeblich habe man keine Täter direkt identifizieren können. Das beteiligte Polizeibataillon wurde überhaupt nicht untersucht. Das war in der Nachkriegszeit in Deutschland unerwünscht. Im Justizministerium der Rosenburg in Bonn hatten die dort tätigen ehemaligen Nazis kein Interesse daran. Und sie wurden von der Politik in ihrem Nichtstun gestärkt. Schwerwiegende Versäumnisse bei der strafrechtlichen Verfolgung von NS-Verbrechern waren das Ergebnis von bewusst herbeigeführten politischen und juristischen Entscheidungen in den 1950er und 1960er Jahren.

Das Denkmal für die Kinderopfer aller Kriege wurde im Jahre 2002 enthüllt.

Geschaffen hatte es die Bildhauerin Marie Uchytlová.

42 Mädchen und 40 Jungen, die ermordet

bzw. nach Deutschland verschleppt wurden, blicken ins Tal.

LIDICE WIRD FÜR IMMER EIN MAHNMAL BLEIBEN



Wir erinnern an den Völkermord und den Überfall auf die Sowjetunion 1941



Bild: imago images - Soldaten einer Waffen-SS-Division auf dem Vormarsch in die Sowjetunion

Am **22. Juni 1941** marschierte die deutsche Wehrmacht in die Sowjetunion ein. Mit dem „Unternehmen Barbarossa“ begann ein machtpolitisch, wirtschaftlich und rassenideologisch motivierter Vernichtungskrieg.

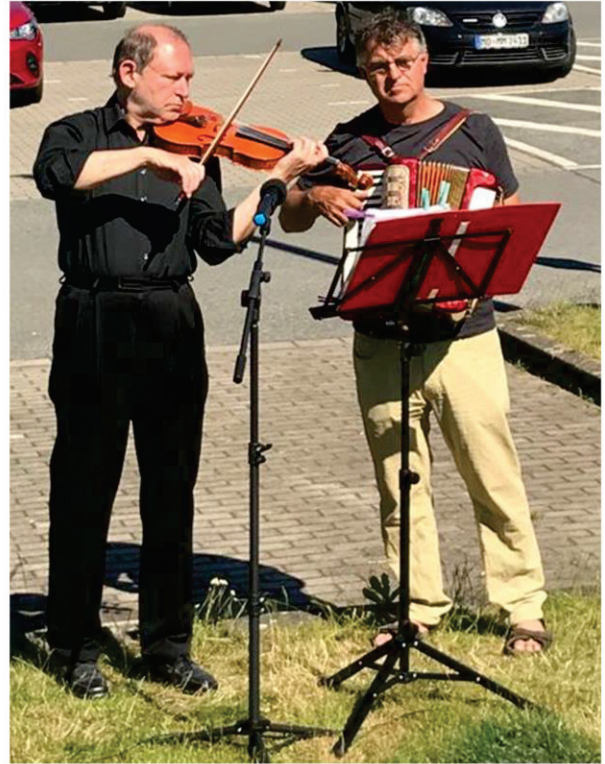
Mit mehr als 3 Millionen Soldaten griff die Wehrmacht ohne Kriegserklärung auf breiter Front zwischen Ostsee und Schwarzem Meer an, obwohl seit August 1939 ein Nichtangriffspakt zwischen Berlin und Moskau bestand. Hitler wollte mit dem Krieg die Lebenskraft der Sowjetunion zerstören und Lebensraum im Osten gewinnen.

Der Förderverein erinnerte und gedachte der vielen Opfer beim Treffen am Gedenkstein an der Westfalahalle am 22. Juni 2022. Es nahmen etwa vierzig Personen teil. Hanne Tölke moderierte die Veranstaltung anlässlich des Überfalls der Deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22.06.1941. Sie konnte Joachim Schramm begrüßen, Landesgeschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft DFG-NRW, dessen Redebeitrag wir auf den Folgezeiten veröffentlichen. Kammerschauspieler Andreas Weißert las Texte zum Thema. Den musikalischen Rahmen setzten Bernd Rosenberg und David Orievski. An der Gedenkveranstaltung beteiligte sich auch der Historische Verein Ar.kod. M.e.V. (Archivarbeiten zu russischen Kriegsopfern) mit ihrem Vorsitzenden Dmitriy Kostovarov. Vom russischen Generalkonsulat in Bonn war die Sekretariats-Mitarbeiterin Worozhova Maria Nikolaewna zur Veranstaltung gekommen.



Gedenken am 22. Juni 2022

Gedenkstein an der Westfalenhalle



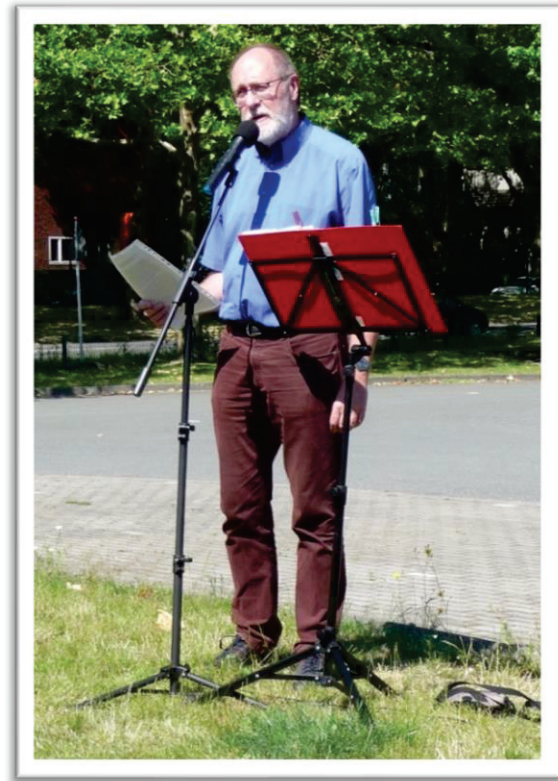
Fotos: Hannelore Tölke (Moderation) – Bernd Rosenberg und David Orievski (Musikalische Begleitung)

Ansprache Joachim Schramm

Landesgeschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsgegner/innen DFG-VK NRW

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

heute vor 81 Jahren startete der Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion. Das sogenannte Unternehmen Barbarossa war von langer Hand vorbereitet und sollte den "jüdischen Bolschewismus" vernichten, die "slawischen Untermenschen", wie es im Jargon der Nazis hieß. Hannelore Tölke hat dazu gerade einiges gesagt. Die sowjetischen Menschen starben nicht nur fern im Osten, sie starben hier in Deutschland, auch in Dortmund. Auf 27 Friedhöfen in Dortmund finden sich Gräber sowjetischer Bürger, die größte Grabstätte für sowjetische Opfer ist der internationale Friedhof am Rennweg, der auch einer der größten Grabstätten in ganz Nordrhein-Westfalen ist. An den Grabstätten und auf den Gedenksteinen findet man zwar Zahlen über die Menge der Opfer, kaum aber Namen der Menschen, die hier litten oder begraben liegen. Daran hatte lange niemand Interesse.



Lange Zeit wurden die an den sowjetischen Menschen verübten Verbrechen verschleiert, die Grabstätten in unserem Land versanken häufig in Vergessenheit. Im Zuge des Kalten Krieges wurden die unvorstellbaren Verbrechen der Wehrmacht und der SS in der Sowjetunion verdrängt. Erst nach Ende des Kalten Krieges räumte vor allem die Wehrmachtsausstellung mit dem Mythos der sauberen Armee auf und thematisierte das Ausmaß der vor allem in der Sowjetunion begangenen Verbrechen. Die Erinnerung an diese an den Menschen der Sowjetunion begangene Verbrechen war vielfach auch die Motivation, mit der ab Anfang der 90er Jahre Städtepartnerschaften zwischen deutschen Städten und Städten der ehemaligen Sowjetunion entstanden, so auch 1992 zwischen Dortmund und Rostow am Don in Russland.

Auch ich war Ende der 80er Jahre in die Anbahnung einer solchen Städtepartnerschaft eingebunden und besuchte die Stadt Kursk. Sie war 1943 Schauplatz einer entscheidenden Panzerschlacht im zweiten Weltkrieg, der Schlacht am Kursker Bogen. Wir trafen dort Menschen, die uns freundlich begrüßten, sich für uns interessierten. Und dann sollte es ein Treffen mit sowjetischen Kriegsveteranen geben. Uns allen war wohl mulmig zumute, wir als Kinder und Enkel der Männer, die so großes Leid über dieses Land und diese Stadt gebracht hatten. Die Veteranen kamen in ihren alten Uniformen, die Brust mit Orden geschmückt. Und sie sprachen nicht von erlittenem Leid und von Rache, sie sprachen von Frieden und das man zusammen die Zukunft gestalten müsse. Und sie nahmen unsere Friedensbuttons und hefteten sie sich an die Brust, neben ihre Weltkriegsorden.

An all diese Menschen, die den Faschismus besiegt und unser Land befreit haben, denken wir an diesem 22. Juni.



*

Kranzniederlegung durch Georg Deventer, Dmitriy Kostovarov, Iris Bernert Leushacke

Nicht nur wir hofften Anfang der 90er Jahre auf ein neues Verhältnis zu den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Auch die Menschen dort hofften auf ein neues, vertrauensvolles Zusammenleben im gemeinsamen Haus Europa. Und das schien ja auf einem guten Wege. Es ist eine zwar nicht schriftlich fixierte aber glaubwürdig bestätigte Tatsache, dass in den 2+4 Verhandlungen zur deutschen Vereinigung der Sowjetunion versichert wurde, die NATO werde sich nicht weiter nach Osten ausdehnen. Doch dann hielt sich die NATO nach Auflösung der Sowjetunion schon bald nicht mehr daran. Nach und nach wurden zunächst die ehemaligen Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages in das verbliebene Militärbündnis aufgenommen, dann auch ehemalige Sowjetrepubliken. Bald trennten nur noch die drei ehemaligen Sowjetrepubliken Georgien, Weißrussland und Ukraine das hochgerüstete Militärbündnis NATO von Russland. Ist es so abwegig, dass diese Entwicklung in Russland als Bedrohung angesehen wurde, auch angesichts der Erfahrungen, die man dort vor 80 Jahren gemacht hatte? Der US-Diplomat und erfahrene Osteuropa-Kenner George F. Kennan sah das so und schrieb bereits 1997 in der New York Times: „Es wäre der verhängnisvollste Fehler amerikanischer Politik in der Zeit nach dem Kalten Krieg, die NATO bis zu den Grenzen Russlands auszuweiten.“

Das ist keine Entschuldigung für den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, der seit dem 24. Februar tobt und bereits zehntausende Opfer gefordert hat. Aber wenn man über die Ursachen dieses Krieges nachdenkt, muss man diese Dinge mit im Auge behalten. Wenn wir in den vergangenen Jahren an die sowjetischen Opfer des II. Weltkrieges gedacht haben, dann haben wir dabei immer an alle gedacht, egal ob sie aus Russland, Weißrussland, der Ukraine oder anderen Teilen der ehemaligen Sowjetunion kamen. Und das sollten wir auch so beibehalten. Hannelore Tölke hat es angesprochen, vor einem Jahr waren wir mit unserer Friedens Fahrradtour hier an dieser Stelle und haben der Toten gedacht. Und wir haben uns nicht vorstellen können, dass ein Jahr später die Nachfahren der Männer und Frauen, die hier

gemeinsam gelitten haben, gegeneinander Krieg führen würden. Dass heute in der Ukraine Menschen sterben, die den Vernichtungskrieg der Nazis oder die Lager überlebt haben, ist ein großes Unglück und zeigt die Unsinnigkeit des Krieges in seinem ganzen Ausmaß. Und dass Russland den Angriff auf die Ukraine mit dem angeblich notwendigen Kampf gegen dortige Faschisten rechtfertigt, muss den Angehörigen dieser jetzt gestorbenen Menschen wie Hohn vorkommen. Dieser Krieg muss beendet werden, je eher desto besser!

Zu Recht wird davon gesprochen, Deutschland habe angesichts seiner Geschichte eine besondere Verantwortung. Diese gilt gegenüber Israel, aber sie muss auch gegenüber den Menschen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion gelten. Wir als Deutsche, als deutscher Staat sollten eine besondere Verantwortung gegenüber den Menschen in der Ukraine, in Weißrussland und in Russland übernehmen. Und diese besondere Verantwortung muss doch darin bestehen, das Leben der Menschen zu bewahren, das Töten in diesem schlimmen Krieg zu beenden, einen Krieg zu beenden, der weite Teile der Ukraine in Schutt und Asche legt und Tag für Tag hunderte Zivilisten und Soldaten das Leben kostet. Zu diesem Töten tragen auch die Waffen bei, die aus unserem Land an die Ukraine geliefert werden. Die Zahlen der Opfer schwanken, aber man kann von mindestens 50.000 Toten seit Februar ausgehen, darunter ein hoher Anteil an Zivilisten. Trotzdem hören wir in diesen Wochen leider meistens nicht die Stimmen des Friedens. Wir hören die Stimmen, die vom notwendigen Sieg der Ukraine sprechen, wie von unserer Außenministerin, vom noch Jahre dauernden Krieg, wie vom NATO-Generalsekretär Stoltenberg oder sogar davon, dass NATO-Staaten direkt in den Kampf eingreifen müssten, wie sich der Chef des britischen Generalstabs Anfang dieser Woche äußerte. Diesen Politikern und Militärs sagen wir: dieser Krieg wird keine Sieger kennen, sondern immer mehr Verlierer, je länger er dauert. Die wachsenden Spannungen um die Enklave Kaliningrad machen deutlich, dass dieser Kriege auch jederzeit weiter eskalieren kann.

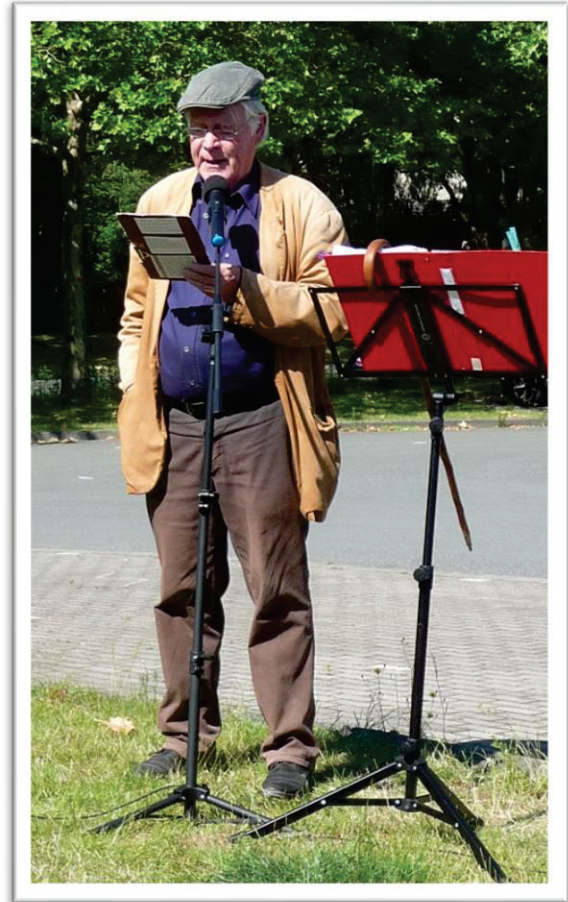
Wir brauchen Frieden, nicht militärische Wortgeklingel.

Heute, am 22. Juni wäre es der passende Tag für deutsche Politiker, für unsere Regierung, sich der eigentlichen Verantwortung gegenüber allen Menschen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion bewusst zu werden und eine Friedensoffensive zu starten. Deutlich zu machen, dass wir nicht auf den Sieg einer der beiden Seiten setzen, dass uns das Leben der Menschen am wichtigsten ist und nicht abstrakte Werte und Aussagen wie „es darf keinen Diktatfrieden geben“, wie „wir wollen alles zurückhaben, was uns gehört“. Zwischen der aus Russland zu hörenden Position, die Ukraine sei eigentlich kein eigenständiger Staat und der ukrainischen Position, man wolle alle Gebiete zurückerobern, gibt es Zwischenpositionen. Diese auszuloten und alle diplomatischen Kräfte zu bemühen, sie auf die Verhandlungswege zu erreichen, dass wäre eine lohnenswerte Aufgabe für die deutsche Regierung. Dabei kann unsere Regierung nicht selbst der Vermittler sein, aber sie könnte solche Vermittler suchen, diese unterstützen und so den Weg zum Frieden in der Ukraine zu öffnen. Dazu rufen wir auf, heute an diesem 22. Juni.

Denn, auch wenn das viele heute nicht gerne hören, wir können uns kein Europa der Konfrontation auf Dauer leisten. Wir sehen in diesen Tagen, wohin diese Konfrontation führt. CO₂-schleudernde Kohlkraftwerke werden reaktiviert, es wird über die Verlängerung der Atomkraft nachgedacht, der teuersten und gefährlichsten Energiequelle. Wie soll dem Klimawandel Einhalt geboten werden, das Ziel des Stopps der Erderwärmung erreicht werden, wenn wir das nicht einmal in Europa gemeinsam auf den Weg bringen, sondern uns in Kriege

und Konflikte verstricken. Es wird keine Friedensordnung in Europa geben ohne das atomar bewaffnete Riesenland Russland. Wie soll der Klimawandel gestoppt werden, wenn ein isoliertes Russland weiter seine Reserven an Kohle und Gas verfeuert, statt mit westlicher Hilfe erneuerbare Energien stärkt. In Sibirien tauen die Permafrostböden auf und verströmen klimaschädliches Methangas. Geht uns das nichts an, weil das ja dann in einem isolierten Russland passiert? Das können wir uns und unserer Jugend nicht zumuten! Auch wenn unser Gerechtigkeitsgefühl sagt, wir dürfen eine Aggression wie die russische gegen die Ukraine nicht einfach akzeptieren, muss unsere Vernunft sagen, dass wir nicht mehr Waffen und mehr Konfrontation in Europa brauchen, sondern Gespräche, Verhandlungen und Verträge, die mehr Sicherheit in Europa schaffen, aber auch den Weg öffnen können für mehr demokratische Entwicklung.

Foto: Andreas Weißert Kammerschauspieler



Wir brauchen eine neue Entspannungspolitik.

Wir brauchen das gemeinsame Haus Europa, zu dem auch Russland gehört!

Ein Weg dahin könnte die Wiederbelebung der OSZE, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sein, in der alle beteiligten Staaten Mitglied sind. Eine wichtige Basis für eine Entspannungspolitik, für ein respektvolles Miteinander, ist auch der wirtschaftliche Austausch. Der wird jedoch plötzlich nicht mehr als Chance gesehen, sondern nur noch als Gefahr der möglichen Erpressung. Wollen wir wieder zurück in ein System autarker Nationalstaaten? Das kann nicht die Lösung sein. Und auch der zivilgesellschaftliche Austausch, die Kontakte von Mensch zu Mensch sind das Fundament, um Feindbilder abzubauen und Verständnis füreinander zu entwickeln, aber auch voneinander zu lernen. Städtepartnerschaften sind Beispiele für einen solchen Austausch.

Hierzu zählt aber auch die Übernahme von Verantwortung z.B. für die wenigen noch Lebenden der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter bzw. deren Nachkommen in Form von finanziellen Leistungen durch den deutschen Staat, die es bisher nur in unzureichendem Maße gegeben hat. Dazu bedarf es neuer Kontakte nicht nur mit der Ukraine, sondern auch mit Russland und Weißrussland. Das sollte unsere Regierung, aber auch wir alle im Blick haben, auch wenn es angesichts des aktuellen Krieges vielen schwer fällt. Das gehört zu unserer Verantwortung, Verantwortung für das, was in deutschem Namen vor achtzig Jahren an Verbrechen verübt wurde, und was am 22. Juni 1941 begann!



Gedenken in Hombruch

In Erinnerung an Hombrucher Widerstandskämpfer legte der Vorstand an der Gedenktafel in Hombruch ein Blumengebinde nieder. Anlass war der Todestag von Hans Grüning und Wilhelm Knöchel, die 1944 vom Volksgericht zum Tode verurteilt wurden und am 24. Juli 1944 im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet worden sind sowie weiteren Hombrucher Nazigegnern. Seit mehr als 20 Jahren werden Veranstaltungen in Hombruch vom Förderverein organisiert und durchgeführt.



Hans Grüning

1917 geboren und an der Palmweide in Barop aufgewachsen, arbeitete als Kraftfahrer in Dortmund-Hombruch. Er hatte Verbindung zu illegal organisierten russischen Kriegsgefangenen in Hombruch und Barop, vor allem an der Zeche Oespel. Hans gab einigen von ihnen die Gelegenheit, sowjetische Sender abzuhören. Im Januar 1944 wurde er in Dortmund zusammen mit einer Reihe von deutschen und ausländischen Mitarbeitern verhaftet und später vom Volksgerichtshof wegen des Verdachts der Vorbereitung zum Hochverrat zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde am 24. Juli 1944 vollstreckt.



Wilhelm Knöchel

1899 geboren, arbeitete von 1929 bis 1930 im Bergbau als Grubenschlosser.

Seit 1925 gehörte er dem Bergbauindustrieverband (BAV) an. Unter seiner Leitung wurden von Amsterdam aus illegale Flugblätter an die Bergarbeiterschaft im Ruhrgebiet und im Saarland gerichtet. Im Januar 1943 wurde Wilhelm Knöchel verhaftet, vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am 24. Juli 1944 hingerichtet. Durch vorherige Folterungen war er nicht in der Lage, zu seiner Hinrichtung zu gehen. Er wurde auf einer Trage dorthin gebracht. Während des Ersten Weltkrieges war er Soldat an der Westfront. 1919 trat er der SPD bei, verließ diese aber bald wieder und schloss sich der KPD an, wo er Gruppenkassierer und später Vorsitzender der Ortsgruppe Dortmund-Brünninghausen wurde.



Wilhelm Oberhaus

am 31. Januar 1902 in Herford als Sohn einer Fabrikbesitzer-Familie geboren, war nach seiner Priesterweihe seit 1933 Vikar an der Hombrucher St.-Clemens-Gemeinde. In seinen Predigten setzte er sich mit wachsender Entschiedenheit für das elterliche Erziehungsrecht ein. Nach einer Predigt am 4. Mai 1935 wurde Oberhaus von mehreren Leuten denunziert und im Jahre 1936 vor das Dortmunder Sondergericht zitiert. Dort verurteilte man ihn wegen des Vergehens gegen den Kanzelparagraphen zu drei Monaten Haft. 1941 erhielt er sechs Monate Haft, weil er ein renitentes HJ-Mitglied geohrfeigt hatte. Als er nach verbüßter Strafe von seiner Schwester am Gefängnistor empfangen wurde, traten Gestapo-Männer hinzu und verhafteten ihn erneut. Er wurde ins KZ Dachau überführt, wo er dem sogenannten „Priesterblock“ zugeteilt wurde. Am 20. September 1942 starb er dort an Misshandlungen und Entkräftung. Im Lagerkrematorium wurden seine sterblichen Reste eingeäschert und seinem Vater in einer Urne zugeschickt. Der Vater ließ die Urne in einen Eichensarg stellen. Unter großer Anteilnahme vieler Menschen aus Herford wurden die Überreste des Verstorbenen am 24. Oktober 1942 unter Beteiligung des Paderborner Generalvikars beigesetzt. Die Beerdigung glich einer Protestversammlung gegen das nationalsozialistische Unrecht. Die Stadt Dortmund würdigte Wilhelm Oberhaus mit der Benennung einer Straße im Stadtteil Hombruch. Die Katholische Pfarrei St.-Clemens in Hombruch benannte das im Januar 1958 fertiggestellte Pfarrheim nach Wilhelm Oberhaus.





Fritz Husemann

Geboren am 19.9.1873; bis 1918 war er in Dortmund und Bochum als Parteifunktionär der SPD und als Gewerkschaftsangestellter des Bergarbeiterverbandes tätig. 1919 wurde er zum 1. Vorsitzenden des Gesamtverbandes der Bergarbeiter Deutschlands („Alter Verband“) gewählt und zog gleichzeitig als Abgeordneter in den preußischen Landtag ein. Von 1924 bis 1933 vertrat er die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag. Husemann zählte damals zu den populärsten Gewerkschaftsvertretern des Ruhrgebietes und galt als einer der profiliertesten Sozialdemokraten der Weimarer Zeit.

Wichtiges Gedenken in „diesen Zeiten blutiger Verwirrung“

Hombruch. Ermordet, weil sie sich widersetzen, wurden vier Männer, denen der Förderverein Gedenkstätte Steinwache jährlich seine Ehre erweist.

Seit mehr als 20 Jahren gedenken und erinnern Mitglieder des Fördervereins Gedenkstätte Steinwache-Internationales Rombergpark-Komitee in Hombruch der von den Nationalsozialisten ermordeten Widerstandskämpfer. Ihre Namen waren Hans Grüning, Wilhelm Oberhaus, Wilhelm

Knöchel und Fritz Husemann.

Der Vorsitzende des Fördervereins Georg Deventer brachte zum Ausdruck, dass es wichtig sei, in diesen Zeiten blutiger Verwirrung an diese Menschen zu erinnern, die sich mutig gegen die faschistische Diktatur und gegen Gewalt und Krieg eingesetzt und dafür ihr Leben gegeben hätten.

Die Schauspielerin Tirzah Haase hat anhand der Biografien der Opfer deren Lebensweg dargestellt.



Mitglieder des Fördervereins Gedenkstätte Steinwache-Internationales Rombergpark-Komitee und Hombrucher Bürger gedenken in diesen Tagen der von den Nazis ermordeten Hombrucher Widerstandskämpfer, Hans Grüning, Wilhelm Oberhaus, Wilhelm Köchel und Fritz Husemann. FOTO DEVENTER

Obwohl seine Emigration im Jahre 1933 von einem amerikanischen Bergarbeiterverband bereits vorbereitet war, kehrte er wieder nach Bochum zurück und stellte sich der Gestapo. Man hatte ihm versprochen, den verhafteten Vorstand des Bergarbeiterverbandes freizulassen, wenn Husemann sich stellen würde.

Nach viermaliger Verhaftung und unzähligen Misshandlungen durch die Nazis wurde Husemann am 15. April 1935 im Konzentrationslager Esterwegen ermordet. Am 22. April erschien anlässlich der Ermordung von Fritz Husemann ein Gedenkblatt des Internationalen Bergarbeiterverbandes in London. „Die Bergarbeiter-Internationale trauert um Husemann, der seit 1930 ihr Vorsitzender war“.

Die Einäscherungsfeier in Dortmund und die Beisetzung auf dem Bochumer Hauptfriedhof Ende April 1935, an der über 1000 Personen teilnahmen, waren

beindruckende Kundgebungen für die persönliche Popularität Husemanns, aber auch für den Zusammenhalt der freigewerkschaftlichen Bergarbeiterbewegung.

➤ [Bericht Ruhr Nachrichten am 30.07.2022](#)

Georg Deventer:

„Im Namen des Fördervereins Gedenkstätte Steinwache-Internationales Rombergpark-Komitee möchte ich Sie und Euch heute alle hier in Hombruch begrüßen. Seit mehr als zwanzig Jahren erinnern wir jährlich an vier Hombrucher Widerstandskämpfer, die in der Zeit des Nationalsozialismus ermordet wurden.

In diesen Zeiten blutiger Verwirrung ist es umso wichtiger, an diese aktiven Widerstandskämpfer zu erinnern, die sich mutig gegen die faschistische Diktatur und gegen Gewalt und Krieg eingesetzt haben und dafür ihr Leben gegeben haben.

Wir sind heute auch hier an der Gedenktafel zusammengekommen, um uns für eine vielfältige, tolerante und demokratische Gesellschaft einzusetzen.

Am 24. Juli 1944 – heute vor 78 Jahren – wurden Hans Grüning und Wilhelm Knöchel im Zuchthaus in Brandenburg durch das Fallbeil hingerichtet. Fritz Husemann wurde schon am 15.04. 1935 im Konzentrationslager Esterwegen ermordet. Der Priester Wilhelm Oberhaus starb am 20. September 1942 in Dachau an Hunger und einer nicht behandelten Krankheit“.

Tirzah Haase hat danach die Biographien der Ermordeten in Erinnerung gerufen, darunter auch einen Zeitungsbericht vom 01. August 1948 über den Tag der Einlieferung Husemanns ins KZ und die Ermordung im Konzentrationslager Esterwegen (nächste Seiten).



Der Berliner Telegraf schreibt (am 1.8.1948) unter der Überschrift:

„So starb Fritz Husemann“

Die Rheinzeitung veröffentlicht folgenden Bericht über die Ermordung Fritz Husemanns, der der Leiter des Deutschen Bergarbeiterverbandes war:

Der fahrplanmäßige Personenzug fährt der Station entgegen, verlangsamt sein Tempo, Bremsen kreischen, ein Ruck – Papenburg! Für manchen Passagier die Endstation seines Lebens.



„Wollt ihr wohl raus! Ihre Schweine! Ihre Sauhunde!“ brüllen schwarz uniformierte SS-Leute, den Totenkopf an der Mütze. Kolbenstöße und Fußtritte hagelten auf die wehrlosen Gefangenen. Rauf auf den LKW. Hände hinter dem Kopf verschränkt. Der Motor springt an, los geht's hin und her geschleudert von der schnellen Fahrt. „Wehe, wer um einen Halt zu suchen oder vor Müdigkeit die Hände vom Kopfe nimmt“.

Unbarmherzig klatscht ihm eine Faust ins Gesicht. Da, eine weiße Mauer am Waldesrand. Tore gehen auf, der Wagen fährt in den Kommandobereich des Konzentrationslagers Esterwegen. die „Hölle am Waldesrand.“ „Runter vom Wagen!“ Kolbenstöße, Fußtritte, „Marsch! Marsch!“ Zur Kommandantur Baracke: Kniebeuge, Arme vorstrecken, Minuten werden zur Ewigkeit.

[Tirzah Haase bei ihrem eindrucksvollen Beitrag](#)

Und dann geht's ins Schutzhaftlager. „Laufschritt marsch-marsch! Hinlegen! Rollen! Auf marsch-marsch!“ Durch Dreck und Pfützen bis zur Bunkerarrest- und Rapportführerstube. Aufnahme der Personalien mit Fußtritten und Fausthieben. Arbeit des Rapportführers Darrey, eines geschneigelten und gebügelten Jünglings aus Dortmund.

Angekommen waren außer einigen BV (Berufsverbrechern) eine Anzahl Arbeiter aus Westfalen, politisch verdächtig, weil sie einen verstorbenen Kameraden gemeinschaftlich zu Grabe getragen hatten. Einer unter ihnen ist ein Gewerkschaftsführer von internationalem Ruf.

Wir treffen uns abends wieder in der Baracke. Alles liegt im Bett. Die Tür fliegt auf, SS-Leute! „Alles raus aus den Betten! Unter die Betten! Auf die Balken! In die Betten!“ Und wieder von vorne, eine halbe Stunde lang. „Wo ist der Bonze, das Schwein? Her mit dir! Kniebeuge, hüpfen! In das Bett! Aus dem Bett!“ Fußtritte, Fausthiebe. „Oben zu dem Judenschwein ins Bett! Du bist doch auch ein Judenfreund!“ So treiben es die jungen Vertreter der Nationalsozialistischen „Arbeiterpartei“ mit einem Arbeiterführer, der dem Alter nach ihr Vater sein könnte. Nach einer Stunde verschwinden sie.

Die Nacht ist vorbei. Wecken, Waschen, Betten bauen, Suppe löffeln, Antreten der Arbeitskommandos. Unsere Zugänge von gestern rücken mit aus zum Sportplatz. Hochbeladene Schubkarren im Laufschrift durchs Moor schieben. Zwischendurch Sport, Sport und wieder Sport!

„Hinlegen! Auf marsch.-marsch! Hinlegen! Rollen Rollen!“ bis die Morgensuppe hochkommt, bis der Magen leer ist, bis zur Bewusstlosigkeit.

„He, du Bonze! Komm her! Hast dich von unseren Groschen fettgemästet, das werden wir dir jetzt austreiben! Hinlegen! Rollen“ Wir kennen die Tour. Wir wissen, was kommt, und keiner kann helfen: Rollen bis zur Bewusstlosigkeit, bis in die Nähe der Postenkette. Die Posten gehen einige Schritte zurück, der Häftling ist außerhalb der Kette. Schüsse peitschen durch die Luft, Gejohle. Wir schmeißen uns mit dem Gesicht in den Dreck.

Der Lagerkommandant Loritz kommt zu dem Angeschossenen. Mit wehleidig-vorwurfsvollen Ton spricht er: „Wie konnten Sie denn auch einen Fluchtversuch machen?“ Der auf den Tod verwundete reckt sich hoch, strafft seine Gesichtszüge, verbeißt mit festem Willen seinen Schmerz und gibt mit harter Stimme zur Antwort: „Sie wissen, es war kein Fluchtversuch“. Blut stürzt ihm aus dem Mund, ein Schrecken, aus.

Der Kommandozettel kam zur Schreibstube: „Arbeitskommando, Sportplatz ausgerückt mit 120 Häftlingen. Eingerückt mit 119 Häftlingen. Ein Häftling auf der Flucht erschossen. SS-Rottenführer Kiesel“. Der Erschossene war der Führer der deutschen Bergarbeiter, Husemann.



Mediale Aufmerksamkeit für alle Schändungen von Gedenkstätten nötig!

Als vor wenigen Tagen in Deutschland Neofaschisten bei Weimar zweimal Erinnerungsbäume für Opfer und Überlebende des KZ Buchenwald in einem Akt von politischem Vandalismus zerstörten, gab es eine mediale Aufmerksamkeit, wie sie selten zu erleben war. Seit über 20 Jahren werden solche Erinnerungszeichen bei Weimar, auf dem Ettersberg in der Nähe des Obelisken, aber auch an den Strecken der Todesmärsche gepflanzt. Träger dieser Idee des Gedenkens „1000 Buchen“ ist eine Einrichtung für Menschen mit Behinderungen, das Lebenshilfe-Werk Weimar/Apolda. Solche Erinnerungsbäume an ehemalige Häftlinge des KZ Buchenwald werden zumeist initiiert von Familienangehörigen, Freunden der Verstorbenen oder politischen

Weggefährten, wie der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora und anderen Organisationen. In der Vergangenheit wurde diese Form der Erinnerung schon mehrfach von Neonazis aus dem

Weimarer Raum attackiert. Bäume wurden mutwillig beschädigt, Erinnerungstafel zerstört. Die diesmal beschädigten Gedenkbäume erinnern an die deutschen **Kommunisten Emil Carlebach, Otto Kipp, Erich Loch, Reinhold Lochmann und August Stötzel**, an den französischen Flugzeugkonstrukteur und Unternehmer **Marcel Dassault** sowie an die 1600 Kinder und Jugendlichen, die ihre Haft und das Konzentrationslager Buchenwald nicht überlebten.

In einer ersten Erklärung verurteilten die Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora und die Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald die öffentliche Schändung der Erinnerung an ehemalige Häftlinge des KZ und damit den Angriff auf das Integrationsprojekt „Lebenshilfe“. Die Gedenkstätte Buchenwald erstattete Strafanzeige wegen Sachbeschädigung und Angriffen auf die Erinnerung von Verfolgten des NS-Regimes. Das Internationale Auschwitz-Komitee, das Internationale Komitee Buchenwald-Dora und Kommandos, die VVN-BdA und andere antifaschistische Verbände verurteilten mit klaren Worten diesen Akt des politischen Vandalismus. Der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow unterbrach angesichts dieses Vorgangs sogar seinen Sommerurlaub, um mit einem deutlichen Statement diesen politischen Skandal zu verurteilen. Überraschenderweise fanden dieser Vorgang und die Proteste breiten Zugang zu den Medien. Nicht nur in Thüringen, in allen überregionalen Zeitungen wurde der Vorgang berichtet. Selbst in



Presseberichten in Belgien, Frankreich, Spanien und Israel wurde darüber berichtet.

Die Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora forderte von den politischen Verantwortlichen und der zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit in Weimar und Umgebung, nicht nur diesen Vandalismus zu verurteilen, sondern auch Initiativen zu ergreifen, diese Erinnerungszeichen wieder herzustellen. Geschichtsvergessenheit und rechter politischer Vandalismus dürfen nicht das gesellschaftliche Klima prägen.

Es macht den Eindruck, dass dieses tatsächlich Wirklichkeit geworden ist. Wir würden uns jedoch wünschen, wenn es eine solche Aufmerksamkeit auch in all jenen Fällen gäbe, die wir in den vergangenen Wochen bei Angriffen auf Gedenkorte für die Befreier von der faschistischen Barbarei erleben mussten. Im Umfeld des 8./9. Mai 2022 mussten wir in verschiedenen west- und osteuropäischen Staaten erleben, dass Gedenkorte für die sowjetischen Streitkräfte, die an der militärischen Befreiung vom Faschismus beteiligt waren, und selbst Gedenksteine für sowjetische Kriegsgefangene, die als Zwangsarbeiter für die faschistische

Kriegsproduktion in Westeuropa ermordet wurden, mit Parolen und Schmierereien geschändet wurden. Von diesen unwürdigen Angriffen auf die Erinnerung erfuhr man jedoch meist nur aus den lokalen Medien oder durch Berichte antifaschistischer Verbände. Wer die antifaschistische Gedenkorte angreift und schändet, der vergeht sich ein zweites Mal an allen Opfern und verunglimpft diejenigen, die in diesem Kampf ihr Leben, ihre Gesundheit und ihre Freiheit für die Rettung der Menschheit eingesetzt haben.

Foto:

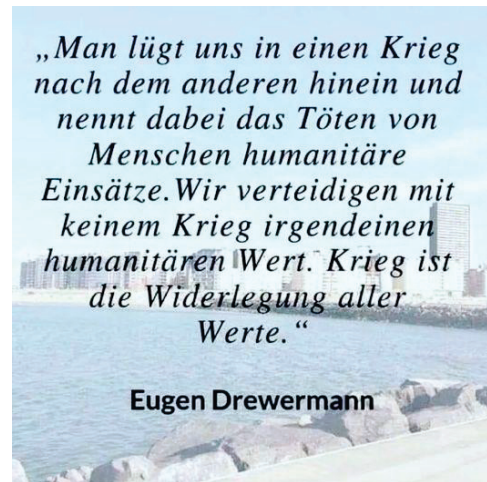
Unser Vereinsmitglied Wolf Stötzel (rechts im Bild) hatte ebenfalls für seinen Vater August Stötzel einen Baum gepflanzt, der zerstört worden ist.



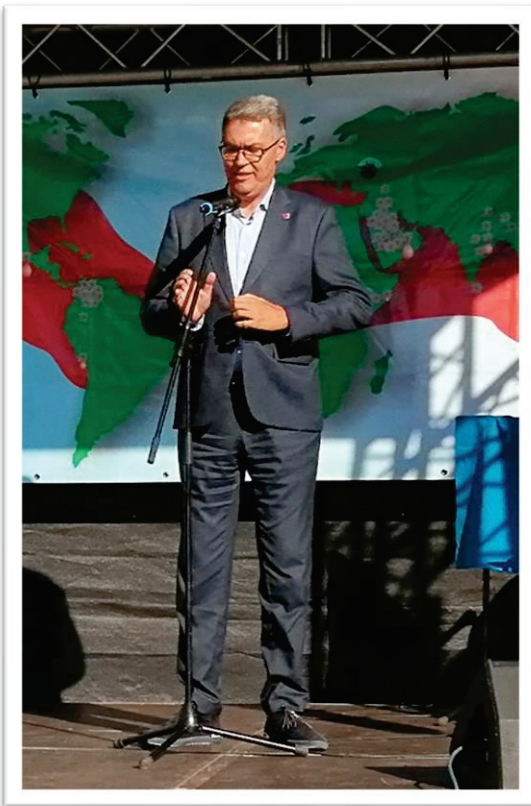
In Deutschland wird jährlich am 1. September der Antikriegstag begangen. Er erinnert an den Überfall der Deutschen Wehrmacht in Polen am 1. September 1939 und damit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges, der mehr als 60 Millionen Menschen das Leben kostete.

Die Initiative für diesen Gedenktag ging vom Deutschen Gewerkschaftsbund aus, der erstmals am 1. September 1957 unter dem Motto „Nie wieder Krieg“ zu Aktionen aufrief. Mit Beginn der 1960er Jahre veranstaltete dann der DGB in Dortmund die ersten Antikriegstage. Diese Tradition ist bis heute (mit wenigen Unterbrechungen) aufrechterhalten worden.

Der Förderverein Gedenkstätte Steinwache (vor dem Zusammenschluss mit dem IRPK) nahm erstmalig 2007 an der Veranstaltung an der Steinwache teil und gehört seitdem zu den Mitveranstaltern.

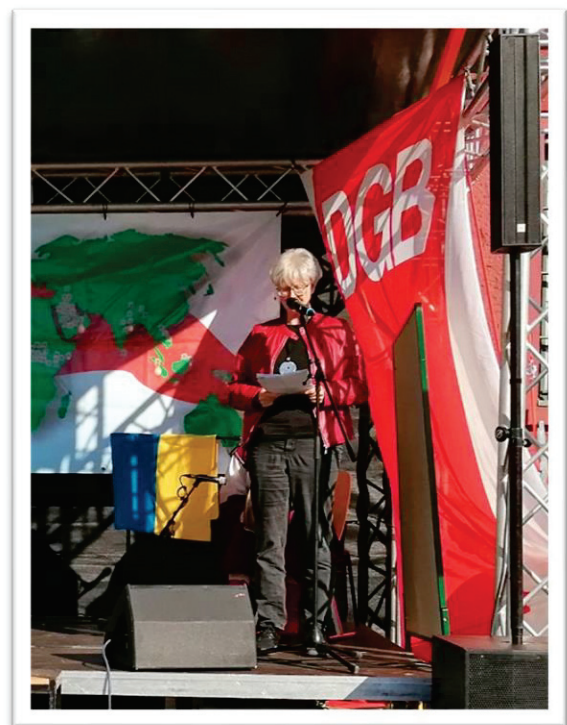


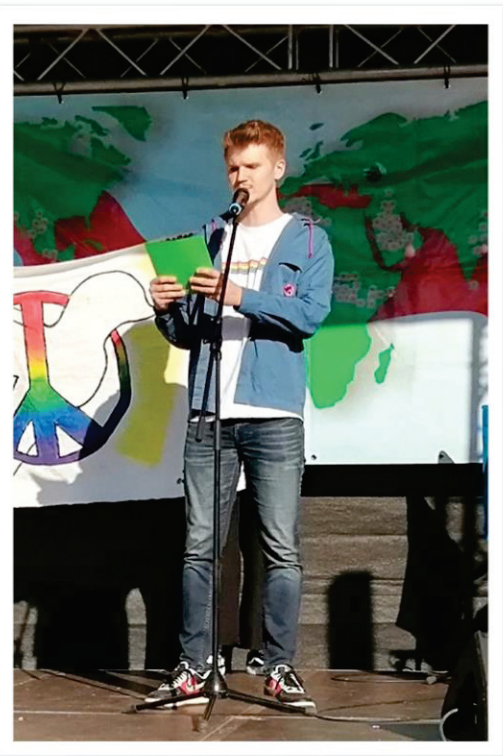
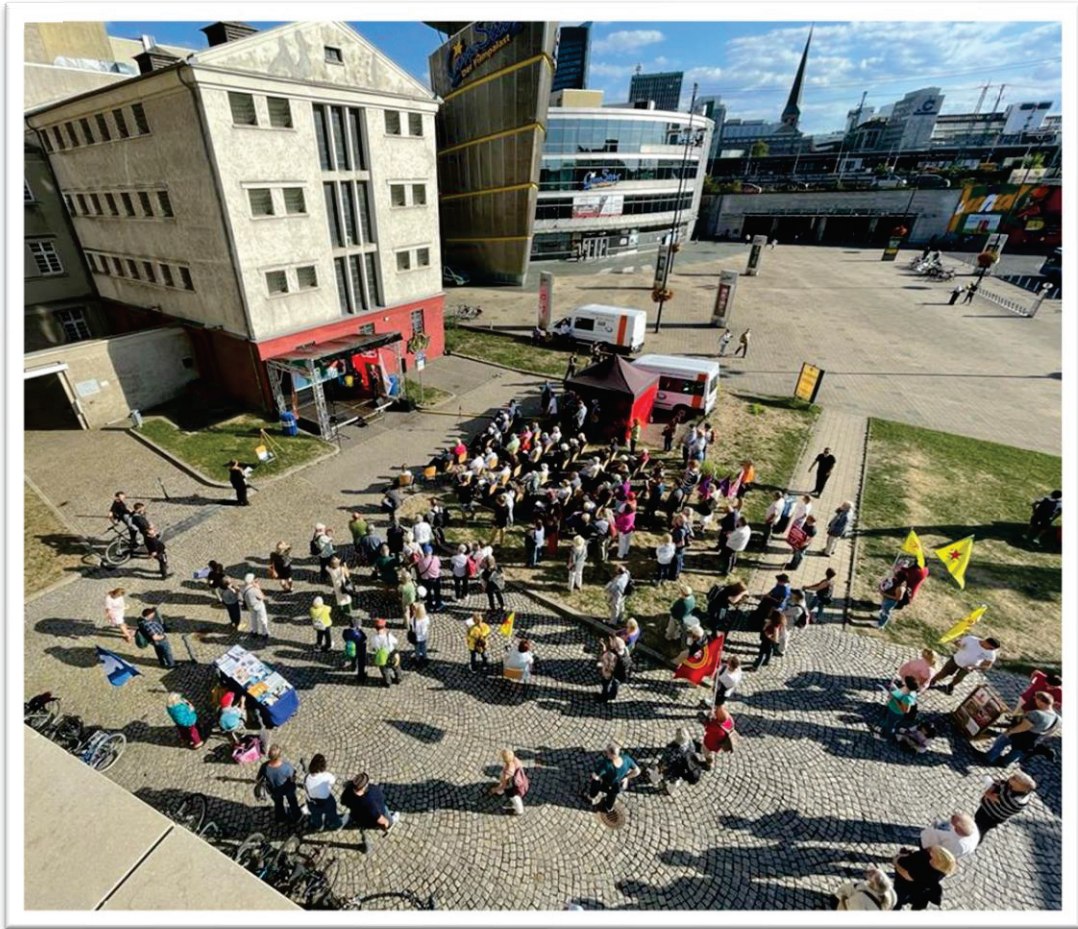
Eugen Drewermann



Oberbürgermeister Thomas Westphal
Mitglied der Internationalen Mayors
for Peace sowie der Cites for a Nuclear Free Europa

Begrüßung durch Jutta Reiter
Vorsitzende des DGB in Dortmund





Redebeiträge von Sophie Niehaus –
Vorsitzende des Jugendringes Dortmund sowie von Philip Herrmann – Vorsitzender der „Falken“

AUFRUF ZUM ANTI-KRIEGSTAG 2022

“

Es ist die Zeit der Diplomatie.
Die EU und ihre Mitgliedstaaten
müssen ihre diplomatischen
Anstrengungen verstärken, um
eine Waffenruhe zu befördern.

”

DIE WAFFEN MÜSSEN SCHWEIGEN!

Die musikalische Eröffnung übernahm Zoriana Grzybowska mit Liedern aus der Ukraine.

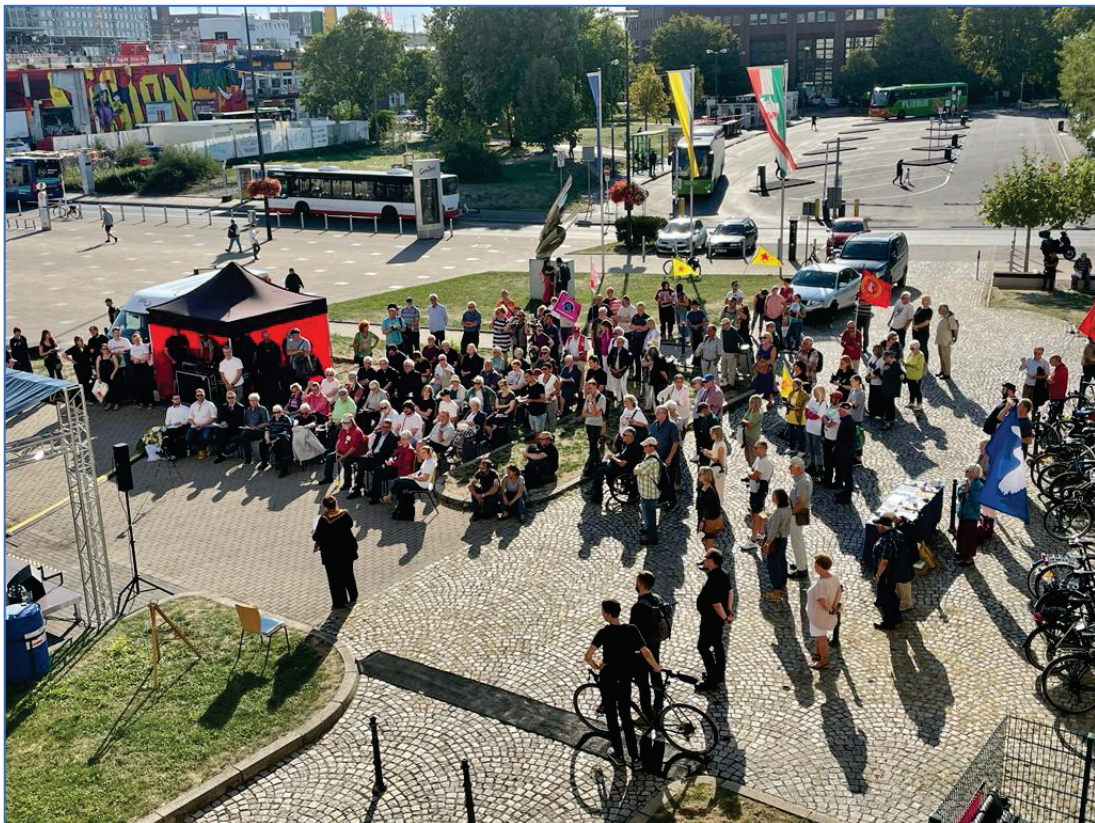
Nach einer Rede des Vertreters von „Slado e.V.“, einer Gedenkminute und Kranzniederlegung endete die Veranstaltung zum Antikriegstag.



FÜR

DEN FRIEDEN

Gegen Rüstungswettlauf! Die Waffen müssen endlich
schweigen!





Bekannte Besucher des Antikriegstages – von links nach rechts –
Georg Deventer, Ernst Söder, Eberhard Weber, Thomas Westphal, Jutta Reiter, Sophie Niehaus

Zu einigen Redebeiträgen:

Jutta Reiter, Vorsitzende des DGB in Dortmund, eröffnete die Gedenkveranstaltung mit dem Grundsatz des DGB – „Nie wieder Krieg“. Besonders betroffen sei sie darüber, dass der Krieg in Europa zurückgekehrt ist: „Die Ukraine hat ein Recht auf Selbstbestimmung.“ Das Ziel der NATO, zwei Prozent der Wirtschaftsleistung für Verteidigung auszugeben, lehnte sie ab und auch die Notwendigkeit einer Investition von 100 Milliarden Euro in die militärische Aufrüstung zweifele sie stark an, vor allem wo man das Geld doch gerade an anderen Stellen dringend benötige.

Freude hingegen äußerte sich Jutta Reiter über den Besuch des Oberbürgermeisters Thomas Westphal, den sie in ihrer Eröffnungsrede bereits angekündigt hatte. Sie beendete ihre Ansprache mit einem Zitat von Michail Gorbatschow: „Sieger ist nicht, wer Schlachten in einem Krieg gewinnt, sondern wer Frieden stiftet“.

Thomas Westphal betonte in seiner Rede, dass ihm Kommunikation, gerade in Krisenzeiten, sehr wichtig sei, so auch der Austausch mit der russischen Partnerstadt Rostow am Don. Für Westphal steht fest „Der Krieg, der im Februar begonnen wurde, ist ein Krieg des russischen Präsidenten, der die Nachkriegszeit zurückdrehen will – aber nicht das russische Volk hat der Ukraine den Krieg erklärt“. Unüberlegte, schnelle Forderungen nach Waffenlieferung seien völlig inakzeptabel, findet der Oberbürgermeister. „Wir haben die Verantwortung alles zu tun, um einen Dritten Weltkrieg zu verhindern. Wir haben es mit einem Krieg zu tun, der, wenn wir nicht aufpassen sich schnell erweitert und vergrößert“, mahnt er und verweist an einen, Egon Bahr, der für „Wandel und Annäherung“ stand, „für Gespräche mit der anderen Seite in Zeiten, in denen niemand mit der anderen Seite reden wollte“.

Paul Klammer von SLADO e.V., der sich seit 1998 für die Rechte von Schwulen-, Lesben-, Bisexuellen- und Transidenten in Dortmund einsetzt, hielt die letzte Rede im Rahmen der Gedenkveranstaltung. „Im Krieg sind die Menschenrechte von Minderheiten besonders bedroht. Queere Menschen sind sowohl in der Ukraine als auch in Rußland in besonders großer Gefahr“, begann Klammer seine Rede vor der Steinwache, in der auch schwulen und bisexuellen zur NS-Zeit großes Unrecht widerfahren sei. In seiner Rede machte er auf die anti-queere Propagandawelle aufmerksam, die in den letzten Wochen in Rußland wieder begonnen habe. Aber auch in der Ukraine sei die Situation schwierig. „Zu Beginn des Krieges erfuhren wir, dass fliehende Trans-Frauen das Land nicht verlassen durften, solange sie ihren Pass noch ein männlicher Geschlechtseintrag vermerkt war“, so Klammer.

Vor der Kranzniederlegung machte Klammer auf den verbalen und körperlichen Angriff an der Reinoldikirche in der Nacht von Samstag auf Sonntag aufmerksam.

Slado e.V. fordert die unbedingte Einhaltung der Menschenrechte für alle Menschen weltweit, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität.

Nach der Rede von Paul Klammer wurde ein Kranz in Gedenken an die verfolgten queeren Menschen vor der Steinwache niedergelegt



Blumen für Stukenbrock



Foto: Jochen Vogler,

Auf dem Foto: Rolf Becker, Doris Borowski, Anke Georges Dmitriy Kostovarov, Hannelore Tölke, Doris Nakken, Wilfried Stockhaus, Traute Sander, Ulli Sander

Mitglieder des Fördervereins besuchten am 3. September 2022 Stukenbrock, um an dem Antikriegstag teilzunehmen. 65 000 sowjetische Kriegsgefangene wurden im Lager Stukenbrock von SS- und Wehrmachtsangehörigen gequält. Sie starben an Hunger, Kälte, Krankheiten, Folter, Totschlag, Erschießen. Zu ihren Ehren entstand ein Obelisk, an dem das Foto mit dem Referenten, Schauspieler und Gewerkschafter Rolf Becker entstand.

„Wo stehen wir, dieses Land, diese Gesellschaft, mehr als 75 Jahre nach der Befreiung durch die Rote Armee?“, so Rolf Becker. „Plötzlich gab es keine Nazis mehr, damals, 1945 – alle waren verschwunden. Uns aber hat Auschwitz nicht verlassen. Die Gesichter der Todgeweihten, die in die Gaskammern getrieben wurden, die Gerüche blieben, die Bilder, immer den Tod vor Augen, die Alpträume in den Nächten.

Wir haben das große Schweigen nach 1945 erlebt, erlebt wie Nazi-Verbrecher davonkommen konnten – als Richter, Lehrer, Beamte im Staatsapparat und in der Regierung Adenauer. Wir lernten schnell: die Nazis waren gar nicht weg. Die Menschen trauerten um Verlorenes: um geliebte Menschen, um geliebte Orte. Wer aber dachte über die Ursachen dieser Verluste nach, fragte, warum Häuser, Städte, ganze Landstriche verwüstet und zerstört waren, überall in Europa? Wen machten sie verantwortlich für Hunger und Not?

Dann brach die Eiszeit herein, der Kalte Krieg, der Antikommunismus. Es war ein langer Weg vom kollektiven Beschweigen bis zum Eichmann-Prozess in Jerusalem, über die Auschwitzprozesse in Frankfurt am Main zu den Studentenprotesten in den 1968er Jahren, hin zur Fernsehserie „Holocaust“ ab 1979. Nur zögerlich entwickelte sich das Bewusstsein, die Wahrnehmung des NS-Unrechts.

Aber auch die Rechten, die Alt- und Neonazis und Auschwitzleugner formierten sich. Sonntagsreden, die Betroffenheit zeigen, reichen deshalb nicht. Betroffenheit muss zum Handeln führen, es muss gestritten werden für eine Gesellschaft ohne Diskriminierung, Verfolgung, Antisemitismus, Antiziganismus, ohne Ausländerhass. Nicht nur an Gedenktagen.

Auftrag angesichts der Gräber hier, den es zu konkretisieren gilt: das Sterben derer, die hier liegen, erhält einen Sinn, wenn wir uns nicht beschränken auf Erklärungen und Transparente, sondern aufklären über Geschichte wie Gegenwart und uns dem Eingreifen bei ökonomischen und politischen Konflikten nicht verweigern. Die Gräber der Toten hier zu Fußstapfen der Freiheit machen – lasst und den Auftrag annehmen“.

(Auszüge aus Beckers Ansprache)



EIN TAG IN AUSCHWITZ- DIE TODESFABRIK

Auschwitz ein Ort und seine
erschütternde Geschichte

Gedenkstättenfahrt Krakau/Auschwitz
vom 19.-21.9.22

34 Teilnehmer unternahmen im September eine
Gedenkstättenfahrt nach Auschwitz und Krakau.

Veranstalter war die Auslandsgesellschaft in
Kooperation mit der SPD Dortmund. Zehn
Teilnehmer*innen kamen aus den Reihen des
Fördervereins Gedenkstätte Steinwache-IRPK.

Leitung der Reise: Georg Deventer, Vorsitzender
des Fördervereins.

**Marc Frese und Volkan Baran haben ihre
Eindrücke geschildert**

Schilderungen über die Reise: **Marc Frese – Geschäftsführer der Auslandsgesellschaft**

(Erst) Heute war es so weit: Mein erster Besuch der Gedenkstätte in Auschwitz und Auschwitz-Birkenau. Zugegebenermaßen war ich selbst gespannt, was mich erwartet. Oranienburg, Plötzensee, Theresienstadt, Dachau, Lidice - viele ehemalige Konzentrationslager kannte ich bereits, aber eben noch nicht das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz.

Meine ersten Eindrücke: Das, was ich heute vor Ort gesehen habe, ist wirklich aufwühlend. Die Baracken für die Häftlinge, die Berge an Schuhe der täglich Ankommenden (vor allem die der Kinder), die Haare, Prothesen und Brillen zu sehen und nicht zuletzt in den Folterkellern und der Gaskammer zu stehen - niemanden lässt das kalt, auch mich nicht!

Mir stellt sich die Frage, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der aktuellen Bilder aus Butschka, und Irpin in der Ukraine, warum die Menschheit nicht mehr aus Auschwitz gelernt hat?

Aber es gibt auch Dinge, die mir heute viel Hoffnung geben: Nämlich die vielen Schulklassen aus aller Welt, die mit uns gleichzeitig in Auschwitz waren. Hoffentlich fahren die Schülerinnen und Schüler mit den gleichen Gedanken von dort wieder weg und nehmen für sich - wie auch ich - eins mit: lasst uns die Welt von morgen (jeden Tag) ein kleines bisschen besser machen.

**Lasst uns für Frieden eintreten. Lasst uns aufeinander
aufpassen...**





Volkan Baran, MdL - SPD

"Ich möchte Ihnen eine Aufgabe mitgeben. Kommen Sie wieder und bringen Sie jemanden mit," schloss unser Guide die Führung durch die Gedenkstätte.

Ich war das 1. Mal in einer Gedenkstätte und dann gleich in Auschwitz. Das Lager, das als Symbol für die Vernichtung der europäischen Jüd:innen während des 2. Weltkriegs steht. Ich bin aufgewachsen mit den Bildern von den Gleisen, des Tors mit dem Schriftzug "Arbeit macht frei" und den schier endlosen Stacheldrahtzäunen und Baracken. Ich kenne sie aus dem Unterricht und den Beschreibungen aus Autobiografien von Überlebenden.

Vorgestern noch hat uns die Zeitzeugin Lidia geschildert, wie an dem Stacheldraht, der damals unter Strom stand, die Menschen in großer Zahl Suizid begangen haben.



Doch auch wenn ich vorher viel wusste, viel gelernt, gelesen und gesehen hatte, so gibt es nichts, das den Besuch einer [Gedenkstätte](#) ersetzen kann. Die Berge von Haaren, Zöpfen, Brillen. Koffer und Schuhen, in allen Größen, meine Erzählung oder Bilder können nicht einfangen, wie beklemmend sich das anfühlte sie zu sehen.

Wir haben Auschwitz I, das Stammlager, gesehen und sind anschließend auch auf dem 200 Fußballfeld großen Gelände des Vernichtungslagers Auschwitz Birkenau gewesen, wo die Nazis die Gaskammern kurz vor Kriegsende sprengten, um die Spuren des Grauens zu vernichten. Ich kann nicht sagen, was mich am meisten beeindruckt hat. Mir hat es nochmal vor Augen geführt: Alle Autobiografien von Überlebenden, die man noch lesen kann, sind von Menschen geschrieben, die die Ausnahme waren. Sie überlebten. Die Geschichten der anderen sind verstummt oder werden von anderen erzählt.

Als Menschen möchten wir, dass Geschichten fröhlich enden. Wir sind daran gewöhnt, dass durch eine Wendung am Ende alles gut wird. Der [Holocaust](#), [Auschwitz](#) hat ein solches Ende nicht. Die Überlebenden haben ein geteiltes Leben, eins vor und eins nach dem Holocaust. Was er aber hat, ist eine Botschaft an alle, die leben. Ich nehme mit, dass ich als Vater und als Politiker viele Menschen dazu bewegen möchte, eine Gedenkstätte zu besuchen. Ich nehme meine Aufgabe und Verantwortung ernst.

Und: ich komme wieder. Die Menschen hatten dort nur solange das Recht zu leben, wie sie arbeiten konnten", so beschrieb heute Lidia Maksymowicz die erste Selektion an der "Judenrampe" in Auschwitz. ([Foto rechts mit Georg Deventer](#)),

Die Schriftstellerin, 1940 im Gebiet, das heute zu Weißrussland gehört, geboren, wurde im Dezember 1943 als Dreijährige nach Auschwitz Birkenau deportiert und überlebte dort bis zur Befreiung des Lagers durch die Rote Armee.

Sie hat sich heute zwei Stunden die Zeit genommen uns zu berichten, was sie erlebt hat, was sie erinnert und wie sie die Erfahrung bis heute prägt.

"Es ist meine Mission, meine Verantwortung und meine Aufgabe ein Leben lang die Wahrheit über das Lager zu erzählen", mehrfach sagte sie das und erläutert auch: "Es gibt viele Berichte von Erwachsenen aus den Lagern, aber wenige von uns Kindern."

Als Tochter von politischen Häftlingen, wurde Lidia in Auschwitz als Dreijährige nicht getötet, wie die jüdischen Kinder, die bis zum 14. Lebensjahr direkt bei Ankunft ermordet wurden.

Heute berichtete sie uns von den Experimenten, die Dr. Josef Mengele und seine Assistenten an den Kindern durchführten, die brutale Trennung von Müttern und Kindern, dem Abschied von den Großeltern an der Rampe, der für immer war. Von der Mutter, die immer des Nachts kam um ihrer Tochter Essen zu bringen, das Dorfbewohner an der Straße ins Lager für die Häftlinge versteckten und sie sich nur an die Hände ihrer Mutter in diesen Situationen erinnern kann, weil sie so hungrig war.

Ich bin beeindruckt von dieser Frau, dieser Überlebenden, die weitererzählt und kämpft gegen das Vergessen. Und ich bin ihr unendlich dankbar. Ihre Geschichte wirkt für mich noch nach, sie wird mich morgen die Gedenkstätte mit anderen Augen sehen und nach den Orten suchen lassen, die sie beschrieben hat. Ich werde noch oft an diese Begegnung zurückdenken.





Georg Deventer, auch Nachlassverwalter von Walter Liggesmeyer, zitierte in Birkenau dessen Auschwitz-Bild- und Textband „Mein Kind trägt Locken“ und übereichte die „Gedanken eines Deutschen“ der Bibliothek der Gedenkstätte.

s. Foto Seite 75



Fotos von Margret Deventer, Arnold Pankratow, Ralf Brinkhoff, Leopold Achilles



Endstation Auschwitz-Birkenau



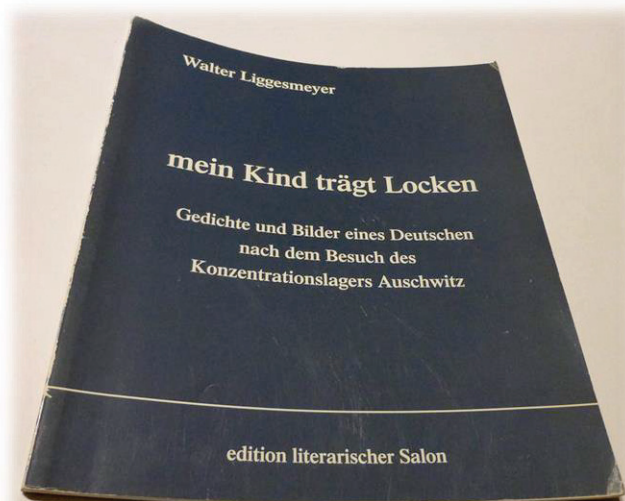
Foto mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Gedenkstättenfahrt

Mein Kind trägt Locken

**Gedichte und Bilder
eines Deutschen nach
dem Besuch des
Konzentrationslagers
Auschwitz**

**Walter Liggesmeyer
1992**

„Hast du Zweifel wer **du**
bist
geh nach Auschwitz
suchst du den Sinn dieser
Welt
geh nach Auschwitz
erzählt man dir von Gott
und seinen Engeln
geh nach Auschwitz und
will dich ein Himmel
täuschen
sein Firmament
Sirengesang
die Lust der Sinne ein
Meer
von roten Rosen ein
Lächeln
geh nach Auschwitz leg
deinen Kopf auf
diese Schienen
wie viele Todeswagen
geh nach Auschwitz
in dieses Lager vor den
Birken“.



30 Jahre Mahn- und Gedenkstätte Steinwache



Schon kurz nach Kriegsende fand im August 1945 auf dem Hansaplatz eine erste „Trauerkundgebung“ für die „Gemordeten des Faschismus“ statt, bei der die beiden Verfolgten Fritz Henßler (SPD) und Jupp Smektala (KPD) sprachen. Vor allem das Gedenken in der Bittermark an die über 200 von der Gestapo in den letzten beiden Kriegswochen Ermordeten war seitdem ein zentraler Kristallisationspunkt der NS-Erinnerung in Dortmund.

Der Ratsbeschluss zur Schaffung der Ausstellung „Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933-1945“ markierte 1978 einen weiteren Meilenstein. Die zunächst im Foyer des Rathauses und danach an zahlreichen Schulen und in Dortmunder Partnerstädten gezeigte Ausstellung war Ausdruck eines wachsenden Interesses der Stadtgesellschaft vor allem am Thema des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus.

Parallel zu den Diskussionen über die Ausstellung entstanden viele Initiativen zum Erhalt des von 1928-1958 genutzten Polizeigefängnisses an der Steinstraße, der „Steinwache“. Schließlich öffnete hier, am historischen Ort der Verfolgung, im Oktober 1992 die Mahn- und Gedenkstätte Steinwache, mit einer erweiterten Version von „Widerstand und Verfolgung“ als Dauerausstellung ihre Pforten. Sie ist nun seit 30 Jahren der

zentrale Ort zur Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus in Dortmund.

Die Erinnerung an den Nationalsozialismus war lange Zeit nicht so selbstverständlich wie sie heute manchmal erscheinen mag. Bereits kurz nach dem Krieg wollte eine Mehrheit der deutschen Gesellschaft einen Schlusstrich ziehen. Dass dennoch vielerorts lokale Verbrechen thematisiert wurden, musste immer wieder vor allem durch Betroffene, überlebende Verfolgte und Widerstandskämpfer, erkämpft werden.

In Dortmund war es insbesondere die jüngere Generation, die sich, organisiert im Jugendring, beharrlich für den Erhalt der Steinwache einsetzte.

Die mittlerweile deutlich stärkere Präsenz des Themas geht aber mit einem weit verbreiteten Mangel an grundsätzlichem Wissen über den NS einher. Vor allem dessen Funktionieren kann als gesellschaftliche Terra incognita gelten. Was bedeutet all das für das vielbeschworene „Nie wieder!“? Welche Rolle spielt das „Ende der Zeiteuginnen und Zeitzeugen“? Welche Konsequenzen ergeben sich für die NS-Gedenkstätten und Erinnerungsorte heute?

- ❖ Obige Texte entstammen im Wesentlichen der Einladung der Stadt Dortmund zu den Veranstaltungen zum Jubiläum im Oktober 2022

Bei einem Festakt am 31.10.2022 in der Rotunde des Museums für Kunst- und Kulturgeschichte an der HansasträÙe diskutierten Prof. Dr. Jens-Christian Wagner (Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora und Professor für Geschichte in Medien und Öffentlichkeit an der Universität Jena), Dr. Elke Gryglewski (Geschäftsführerin der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten und Leiterin der Gedenkstätte Bergen-Belsen), Cornelia Siebeck (Publizistin und Mitarbeiterin der KZ-Gedenkstätte Neuengamme) sowie Dr. Stefan Mühlhofer, (Direktor der Kulturbetriebe Dortmund und Vorsitzender des Arbeitskreises der NS-Gedenkstätten- und Erinnerungsorte in NRW e.V.) Der Leiter der Steinwache, Markus Günnewig, moderierte die Podiumsdiskussion mit Aussprache.

Etwa 60 Gäste aus Politik und Gesellschaft nahmen teil, darunter Kulturdezernent und Stadtdirektor Jörg Stüdemann, der Polizeipräsident Gregor Lange, der Vorsitzende des Fördervereins Georg Deventer, politische Mandatsträger aus Stadt und Land, Vertreter der jüdischen Gemeinde, Mitglieder des Fördervereins und Mitarbeitende aus anderen Gedenkstätten und Orten in NRW.

Nachstehend ein Auszug aus der Rede von Bürgermeister Norbert Schilff zum 30-jährigen Bestehen der Mahn- und Gedenkstätte zur BegrüÙung am 31.10.2022:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste,

vor 30 Jahren, am 14. Oktober 1992, durfte ich schon dabei sein, als in der Auslandsgesellschaft die Eröffnungsveranstaltung der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache stattgefunden hat. Die Steinwache war seit 1906 eine Polizeistation und im Jahr 1928 wurde ein großes, damals modernes Polizeigefängnis errichtet. Ab 1933, unter Hitler, haben dort unmenschliche Folterung bis hin zu Exekutionen stattgefunden. Durch die brutalen Methoden der Nazis, insbesondere der Gestapo, nannte man die Steinwache auch die "Hölle Westdeutschlands".

Juden, Kommunisten oder Sozialdemokraten wurden hier inhaftiert und anschließend - soweit noch möglich - in Konzentrationslager verfrachtet. Auch nach dem Krieg wurde das Polizeigefängnis noch betrieben. Ende der 50er-Jahre wurde die Steinwache als Gefängnis aufgegeben, die Polizeiwache blieb allerdings noch bis 1976 in Betrieb. In den 1980er Jahren dann war das Gebäude zunächst vom Abriss bedroht. Ich erinnere mich gut an die politischen Diskussionen um den Erhalt, den Abriss und die Möglichkeiten einer weiteren Nutzung.

Es war letztlich dem Jugendring mit dem damaligen Vorsitzenden Ernst Söder, einigen zivilgesellschaftlichen Gruppen und in erster Linie auch den überlebenden Verfolgten und Widerstandskämpfern zu verdanken, dass das Gebäude erhalten blieb.

Nachdem sich der Rat für die Erhaltung ausgesprochen hatte, wurde das Gebäude zur Heimat der Auslandsgesellschaft. 1987 beschloss der Rat der Stadt Dortmund dann, die bereits existierende Ausstellung "Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933-1945" dauerhaft im Gefängnisstrakt unterzubringen. Und schlussendlich konnte 1992, eben am 14. Oktober, die Mahn- und Gedenkstätte Steinwache mit der Dauerausstellung „Widerstand und Verfolgung“ eröffnet werden. Seit Anfang an war ich ein Freund der Steinwache und bin es bis heute. Eng verbunden bin ich mit ihr über meine Mitgliedschaft und Tätigkeiten im Förderverein Gedenkstätte Steinwache / Internationales Rombergpark-Komitee. Die Steinwache hat Bedeutung weit über Dortmunds Stadtgrenzen erlangt. Jährlich kommen weit über 20.000 Besucherinnen und Besucher in das frühere Gestapo-Gefängnis. Die Steinwache ist zum Beispiel Ziel für Schulklassen aus dem gesamten Ruhrgebiet.

Diese erhalten hier oft im Rahmen des Geschichtsunterrichts einen Einstieg in das Thema Nationalsozialismus. In der Steinwache können die Schülerinnen und Schüler Geschichte an einem

originalen Schauplatz erfahren. Und selbst manche Lehrkraft kommt schwer beeindruckt aus der Ausstellung heraus. An dieser Stelle möchte ich persönlich anmerken: Der Besuch der Ausstellung sollte zu einer Pflichtveranstaltung werden! Soweit mir bekannt, mussten eine Zeit lang die neuen Soldaten aus der Kaserne in Unna die Ausstellung besuchen. Heute besuchen auch Polizeischüler/innen aus Selm/ Bork die Ausstellung.

30 Jahre lang hat das Konzept der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache nun sehr erfolgreich funktioniert. Ich wünsche mir, dass die Steinwache noch weitere 30 Jahre und länger gut besucht wird. Sie muss weiterhin ins Gewissen reden, erinnern, wachrütteln. Sie ist ein Ort, um aktiv gegen Hass, Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Brutalität zu agieren. Aber dafür muss die Ausstellung auch jeweils zeitgemäß bleiben.

Aktuell bedeutet dies für mich, dass es neue Bildungsformate geben muss, dass zum Beispiel die Lehr- und Lernmaterialien digital werden müssen und auch die Ausstellung selbst moderner werden muss. Doch ich weiß, lieber Markus Günnewig, daran wird fleißig gearbeitet. Die Ergebnisse wurden in den vergangenen Tagen bereits vorgestellt und diskutiert.

Ich bedanke mich bei allen, die seit Jahren die Mahn- und Gedenkstätte Steinwache mit Leben füllen. Ich bedanke mich auch bei allen, die sich Gedanken um die Zukunft dieser für Dortmund so wichtigen Gedenkstätte machen und an der Umsetzung der Zukunftsfähigkeit arbeiten.



Die Steinwache am Ende des Zweiten Weltkrieges
Aufnahme aus dem Jahre 1946
(Foto: Stadtarchiv)



Veranstaltungen zum 9. November 2022

„Das jüdische Leben gehört zu Dortmund“

Unter diesen Aussagen des Oberbürgermeisters Thomas Westphal bei der zentralen Gedenkveranstaltung am 9. November im Foyer des Opernhauses und auf dem Platz der Synagoge sowie in der Ansprache des 1. Bürgermeisters Norbert Schilff, am Mahnmahl in Dorstfeld, kann man mehrere Gedenkstätten in Dortmund

zusammenfassen. Die Erinnerung an die Pogrome muss wachgehalten werden. Es ist nach wie vor dringend geboten, Antisemitismus, Rassismus und Neonazismus entgegenzutreten. Der Förderverein konnte in Dorstfeld auf dem Wilhelmsplatz – neben weiteren Vereinen, Verbänden und Schulen – im Vorfeld der Gedenkveranstaltung am Mahnmahl, Standort des früheren jüdischen



Gebetshauses, mit einem Info-Stand über seine Aufgaben und Aktivitäten informieren. Einige Schülerinnen und Schüler sowie auch Lehrerinnen und Lehrer informierten sich über die Möglichkeiten für einen geführten Besuch

in der Steinwache. Georg Deventer, Ralf Brinkhoff und Jannis Gustke standen für Gespräche zur Verfügung. Jannis Gustke war auch mit Botschafter*innen der Erinnerung und dem Projekt „Gedenken unterwegs“ auf dem Wilhelmsplatz vertreten. Iris Bernert Leushacke, Stellvertretende Vorsitzende des Fördervereins, trug an diesem Gedenktag in Dorstfeld als hauptberufliche Mitarbeiterin der „Quartiersdemokraten“ die Gesamtverantwortung für eindrucksvolle und eine gut besuchte Veranstaltung, an dem u.a. erstmalig auch der neue Rabbiner der jüdischen Gemeinde, Avigdor Moshe Nosikov sprach.



LETZTE SEITE



„Nicht Hitler, Göring, Goebbels, Himmler und wie sie alle hießen haben mich verschleppt und geschlagen. Nein, es war der Schuster, der Nachbar, der Milchmann. Sie haben eine Uniform bekommen, eine Binde und eine Haube - und dann waren sie die Herrenrasse.“

Karl Stojka (1931-2003)

Künstler und Auschwitz-Überlebender



KONTRAST.at

